

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 1.10 Mk., monatlich 20 Pf., wöchentlich 2 Pf. 50 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interflora-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltenen Kolonialgebiete über deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Zeitschriften und Veranlassungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pf., (zulässig 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schaffensanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interflora für die nächste Nummer wählen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abzugeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Kampf gegen die Not.

Am 17. Oktober tritt der Reichstag wieder zusammen. Seine erste und dringlichste Aufgabe wird in der Beratung der Notstandsinterpellation liegen, die von sozialdemokratischer Seite bereits angeklagt worden ist. Regierung und Parlamentsmehrheit werden dann endlich Farbe bekennen müssen, und es wird sich zeigen, ob sie zu einer ernstlichen Bekämpfung der furchtbaren Teuerung entschlossen sind, oder ob sie das darbenende Volk mit unzulänglichen und unwirksamen Palliativmitteln abspesen wollen.

Bisher hat allerdings die Regierung des Reiches wie die Preußens alle wirksamen Maßnahmen unterlassen. Nicht einmal dazu hat sie sich aufzufassen verstanden, das infame System der Einfuhrzölle, das die Staatskassen schädigt und das deutsche Getreide ins Ausland treibt, endlich zu beseitigen. Die preussische Regierung hat nur den allerdings gescheiterten Versuch gemacht, die Aufmerksamkeit des Volkes von den Sünden der agrarischen Wirtschaftspolitik abzulenken und den Handel und die Gemeindeverwaltungen mit billigen Ermahnungen zu bedenken. So gerechtfertigt diese auch sonst sein mögen, die Verteuerung der dringendsten Volksbedürfnisse ist ins Unerträgliche erst gesteigert worden durch die Politik der Zuckerzölle, die den Agrariern Milliarden aus den Taschen der Armen zugehängt und den Kartellmagnaten die Ausplünderung der Massen so außerordentlich erleichtert hat.

Hier ist auch der Punkt, wo der Reichstag einsehen muß. Beseitigung der Einfuhrzölle und Abschaffung aller Zölle auf Lebensmittel, Ermöglichung der zollfreien Einfuhr gesunden Viehs und des überseeischen gefrorenen Fleisches, das sind Mittel, die der herrschenden Teuerung abhelfen können, und sie sind die einzig wirksamen, neben denen alle anderen erst in zweiter Linie kommen.

Freilich es ist kein Zweifel, daß die Ruchnicker des Brot- und Fleischwuchers alles aufbieten werden, um gründliche und wirksame Maßnahmen zu verhindern. Die Ritter und die Heiligen werden wiederum im Zeichen der Volksausplünderung zusammenstehen. Das Verhalten der Zentrums- und der katholischen Presse gibt uns ja schon einen schönen Vorgeschmack von der zu erwartenden Volksverhöhnung. So sucht sich die Presse der schwarzen Agrarier damit herauszureden, daß die gegenwärtige allgemeine Teuerung in der Hauptsache nicht auf die Zollpolitik, sondern auf die Dürre und den dadurch hervorgerufenen Missertrag zurückzuführen sei. Als ob die hohen Brotpreise — und die schon jetzt unerträglich hohen Fleischpreise werden gleichfalls bald noch mehr in die Höhe klettern — deshalb weniger empfunden würden, weil jetzt auch das Gemüse, die Kartoffeln, das Obst, Eier, Milch usw. so teuer geworden sind! Als ob es nicht gerade angesichts der durch die Dürre verursachten allgemeinen Preissteigerungen doppelt am Platze wäre, alles zu tun, um wenigstens die durch die agrarische Verteuerung, durch Zollwucher und Grenzsperrn in die Höhe getriebenen Brot- und Fleischpreise nach Möglichkeit herabzusetzen!

Eine ebenso strupellose Demagogie ist es, jetzt dem Zwischenhandel die Hauptschuld an den Notstandspreisen zuzuschreiben, wie das in der Presse des schwarzblauen Blocks geschieht. Daß der Zwischenhandel die Verbrauchsartikel verteuert, ist gerade von der Sozialdemokratie stets gebührend hervorgehoben worden. Aus dieser Erkenntnis sind ja gerade die proletarischen Konsumvereine hervorgegangen. Wer aber hat stets gegen die Konsumvereine gewettert? Wer hat sie durch exorbitante Steuern zu erdroffeln versucht? Die Herren vom schwarzblauen Block, die jetzt nicht nur gegen die Getreide- und Viehhändler, sondern auch gegen Bäcker- und Schlächtermeister gar nicht genug losziehen können!

Der Redensarten hat das darbenende Volk genug gehört, es verlangt jetzt Taten, durchgreifende Maßnahmen, die ihm billige Nahrungsmittel verschaffen!

Daß das arbeitende Volk unter der herrschenden Teuerung furchtbar zu leiden hat, kann auch der strupelloseste Schönfärber nicht leugnen. Wenn bereits vor einigen Jahren vor der Beamtenbeförderungsreform im Organ der Postassistenten darüber geklagt wurde, daß bei den herrschenden Teuerungsverhältnissen im Haushalt dieser mittleren Beamtenklassen das Fleisch geradezu zum Luxusartikel geworden sei — wie sollen da heute die Arbeiter unter den viel schlimmeren Teuerungsverhältnissen ihre Bedürfnisse mit einem weit geringeren Einkommen zu befriedigen vermögen?

Beim Zusammentritt des Reichstages wird sich auch das arbeitende Volk Berlins zu wichtigen Protestkundgebungen zusammenfinden, um

Einspruch gegen eine Politik des Brot- und Fleischwuchers zu erheben, die gerade angesichts der allgemeinen Teuerungsverhältnisse als frivolle Verhöhnung der Volksnot empfunden werden muß! Mit unabweisbarer Schärfe wird auch das Berliner Proletariat sein Urteil über diese Politik der Volksausplünderung aussprechen und die durch die verzweifelte Lage gebotenen Forderungen erheben.

Dann werden Regierung und Parlamentsmehrheit das Wort haben.

Das letzte Wort aber hat das Volk bei den bevorstehenden Reichstagswahlen!

Zum tripolitanischen Abenteuer.

Rom, 5. Oktober. (Eig. Ber.)

Der „große Eroberungszug“ ist in vollem Gange, und man erfährt in Rom durch etwa stündlich ausgegebene Extrablätter, daß soundso viel türkische Schiffe gekapert wurden, andere in den Grund gehöhrt, sieht dieselben Schiffe im nächsten Extrablatt wieder aus den Tiefen des Ozeans auferstehen, erfährt von der Uebergabe von Tripolis, dann wieder von seinem hartnäckigen Widerstande, hört von dicht bevorstehendem Friedensschluß und in gleichem Atem von der Dauer des Krieges bis zum November — kurz, was veröffentlicht wird, ist widerspruchsvoller Unsinn, und über den Gang der Ereignisse weiß man nirgends weniger als in Rom selbst. Die Zensur meint es weiter mit den Journalisten sehr gut, so daß einer nicht einmal die beim Staatslotto gezogenen Nummern telephonieren durfte, weil man dahinter eine diffamierte Mitteilung vermutete.

Wenn sich trotzdem etwas über Tripolitanien berichten läßt, so ist es mehr über die Dinge, die verdrängt werden, als über das Zeug, das die Extrablätter füllt. Es handelt sich nämlich um einen „Kreuzzug und heiligen Krieg“ des Bankkapitals, und zwar vor allem des clerikalen, als dessen Hauptvertreter der Banco di Roma in Frage kommt. Dieser hat in mehreren Städten Tripolitaniens Filialen, und was es an italienischen Interessen dort zu schützen gibt, sind fast ausschließlich seine Interessen. Waghastige Leute behaupten, daß Italien heute nicht zuletzt diesem Kapital zu Ehren in Waffen steht. Unter diesen Umständen gewinnt eine bescheidene Meldung des „Messaggero“ eine besondere Bedeutung. Nach dieser Meldung, die in Italien überhaupt nicht kommentiert worden ist, hat ein Dampfer des Banco di Roma Tripolis am Morgen vor der Blockierung mit Getreide versehen. Das heißt also, daß italienische Kapitalisten, deren römisches Organ, der „Corriere d'Italia“, Feuer und Flamme für den Krieg ist, eine „feindliche“ Stadt am Vorabend der Belagerung mit Getreide verproviantieren. So sieht der Bankpatriotismus in der Nähe aus: an der ganzen „glorreichen“ Belagerung ist ihm sicher die Erhöhung der Getreidepreise und das dadurch gemachte Geschäft am liebsten gewesen!

Ueberhaupt läßt sich bei dieser Gelegenheit manch interessanter Einblick in die Motive tun, die die Presse für den Krieg begeistern oder gegen ihn entristen. So ist zum Beispiel der österreichisch-italienische „Piccolo“ in Triest Feuer und Flamme für den Krieg, trotzdem der ihm und seinem Irredentismus so nahestehende Verein „Trento e Trieste“ gegen den Krieg ist, und zwar aus denselben Gründen, aus denen die Irredentisten es überhaupt sind, weil sie nämlich in ihm die Gefahr erblicken, Österreich zu einem Vorstoß im Balkan zu ermutigen und überhaupt die Türkei zum Vorteil Österreichs zu schwächen. Die Erklärung dafür, daß sich auf einmal Irredentismus und tripolitanischer Raub verschwören, hat man dem „Avanti“ zufolge in der folgenden Tatsache: der „Piccolo“ ist in Händen weniger Kapitalisten, nebenbei gesagt Juden, und die natürlich für die Interessen des triester Kapitals besorgt sind. Krieg mit der Türkei bedeutet nun Störung des italienischen Handels mit der Levante und auch Vorkauf der italienischen Waren, alles Dinge, die sich für den irredentistischen Nationalismus in einer Vermehrung des triester Handels umsetzen. Daher der Enthusiasmus. Ein Gegenstück zu diesem Fall bietet ein großes bürgerlich-radikales Mailänder Organ, das die tripolitanische Expedition bekämpft. Unter seinen Aktionären befinden sich nämlich viele Textilindustrielle. Für diese stellt Tripolitanien eine doppelte Gefahr dar: einmal bedroht der Krieg ihre Ausfuhr nach der Türkei, einem Absatzgebiet, auf dem die italienischen Textilwaren heute allen anderen den Rang ablauen; dann bedroht die mutmaßliche tripolitanische Produktion die einen Teil der kapitalistischen gehörigen Baumwollplantagen, da das zu erobernde Land in dem sogenannten Alfa eine Textilpflanze besitzen soll. Aus solcher Quelle stammt gelegentlich die Friedensliebe der Bourgeoisie.

Recht lächerlich macht sich die Zentralorganisation der italienischen Unternehmer. Diese hatten gedroht, daß sie auf den Generallstreik mit einer allgemeinen Ausperrung antworten würden, und machen nun durch Maueranschlag bekannt, daß sie für diesmal, um die Produktion nicht zu stören, von dieser Maßregel absehen werden, daß sie aber im Wiederholungsfall energisch vorzugehen bereit sind. Kann man sich etwas kläglicheres denken? Für den nächsten Generallstreik drohen die Herren mit ihrem

Jorn — einstweilen wollen sie aber die Produktion nicht stören und sperren deshalb, unbeschadet ihrer patriotischen Entlohnung, die Arbeiter nicht aus.

Gelegentlich bringt übrigens auch ein Beweis dafür, daß nicht alles Begeisterung und Gurratriotismus ist, in die Öffentlichkeit. So hat der „Lavoro“ vom 4. aus Benedig die Nachricht, daß unter 150 Soldaten des Ingenieurfürs sich 20 melden sollten, um auf den Kriegsschauplatz zu gehen. Der Offizier forderte die in Reihe und Glied stehende Mannschaft zweimal auf, aber kein einziger trat aus den Reihen. Schließlich mußten 20 begeisterte Krieger... ausgelost werden. Uebrigens ist die Auslosung in den übrigen Regimentern die Regel. Auch hierbei sind natürlich nicht alle gleich, denn die Herren Einjährig-Freiwilligen kommen nicht zur Auslosung. Ihnen wird es freigestellt, ob sie reifen wollen oder nicht. Das Kriegsministerium will offenbar die Vorbeeren dieses Krieges hauptsächlich proletarischen Stirnen vorbehalten!

Der Krieg.

Außer Tripolis haben die Italiener noch den wichtigen Hafen von Tobruk in der Lybica besetzt, wo ihnen die kleine türkische Garnison tapferen Widerstand geleistet hat. Die Lage in Tripolis selbst ist noch nicht ganz zu übersehen. Es liegen Meldungen vor, die besagen, daß das Bombardement noch fortgesetzt werde nach den Signalen, die die gelandeten Marinegruppen den Schiffen geben. Die türkischen Truppen haben sich ins Innere zurückgezogen und türkische Kavallerie beunruhigt zeitweise die italienische Besatzungsmannschaft.

In Konstantinopel selbst aber findet man immer noch nicht die Kraft, wirksame Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Das türkische Ministerium ist schon wieder von einer Krise heimgeleitet. Der Wiener Botschafter Reschid Balda, der das Ministerium des Auswärtigen eben erst übernommen hatte, hat demissioniert. An seine Stelle soll Asim Bey, der bisher Gesandter in Sofia war, treten. Dazu herrscht zwischen dem jungtürkischen Komitee und dem Ministerium Zwiespalt. Das Komitee will vor allem den wirtschaftlichen Krieg gegen die Italiener mit Entschiedenheit durchführen, das Ministerium zaudert und legt seine Hoffnungen auf die Vermittlungsmacht der Mächte.

Am Sonntag hat der Ministerrat unter dem Druck des Komitees die Ausweisung aller Italiener aus der Türkei und Kampfszölle gegen italienische Waren, die deren Einfuhr unmöglich machen würden, beschlossen. Gleichzeitig hat das Ministerium einen neuen Hilferuf an die Mächte ergehen lassen. Aber diese Entschiedenheit hat keine 24 Stunden gedauert, und schon am nächsten Tage ist beschlossene worden, die Maßnahmen gegen die Italiener aufzuschieben. Es heißt, daß dieser Beschluß auf Anraten des deutschen Botschafters erfolgt sei. Als das jungtürkische Komitee genug Einfluss besitzen wird, um seine Politik der Fortführung des Kampfes dem Ministerium doch noch aufzuzwingen, steht dahin.

In Italien wird unterdessen mit allen Mitteln einer überhöhten Demagogie die Kriegsstimmung anzufachen versucht. Die eifrigsten in der Kriegshebe sind die Clerikalen, die den Banditenkrieg der Regierung als heilige Tat feiern. So hat der Erzbischof von Vise, Kardinal Maffi, einen Aufruf an das Volk und die Geistlichkeit gerichtet, in dem er zu Bittgebeten für den Sieg Italiens auffordert. Die Priester stellen sich zur Begleitung des Expeditionskorps zur Verfügung, und die clerikalen Vereinigungen veröffentlichen ein chaubinistisches Manifest, worin es heißt: „Der Krieg, den Italien den wilden türkischen Barbaren erklärt habe, sei ein Krieg für die Gerechtigkeit und Zivilisation. Der Krieg ist dazu bestimmt, den Brüdern in Tripolis den Ruf der Freiheit und die Wohltaten des menschlichen Fortschritts zu bringen. Die Katholiken seien zu Unrecht als unpatriotisch verdorren. Im Gegenteil, die Feinde des Vaterlandes seien die Freimaurer und die internationalistischen Sozialisten. Es sei aber ein Trost, daß das Volk der Italiener von den Alpen bis nach Sizilien den mächtigen Ruf ausstöße: „Hoch Italien, hoch das Heer, hoch das italienische Tripolis!“

Und schon verlangen die Clerikalen die Bezahlung für ihren „Patriotismus“ und für ihr Eintreten für die Geschäftsinteressen der päpstlichen Bank. Die Rede, die der Ministerpräsident Giolitti in Turin gehalten hat, ist ihnen nicht reaktionär genug. Giolitti soll die Verstaatlichung der Lebensversicherung und vor allem die veriprodene Wahlreform fallen lassen. Das Volk ist doch ohnehin so schön patriotisch besoffen, wozu braucht es da noch politische Rechte?

Das bedenklichste an der chaubinistischen Gehe ist jedoch, daß die imperialistischen Agitatoren immer deutlicher darauf hin arbeiten, den Krieg auszudehnen. Nicht nur, daß sie von vornherein jedes auch nur formelle Entgegenkommen gegen die Türkei, das den Krieg leichter beendigen könnte, als „Verrat“ auszusprechen, ihrem Ehrgeiz genügt Tripolis allein nicht mehr. Der Appetit kommt während des Effens, und schon erinnert man sich, daß doch viel mehr als Tripolis Triest und Trient italienisches Land seien. Mit jedem Tag, den der Krieg dauert, wächst so die Schwierigkeit, ihn zu beenden und ihn zu lokalisieren.

Die Besetzung von Tobruk.

Rom, 8. Oktober. (Meldung der Agenzia Stefani.) Am Morgen des 4. d. M. liefen die Schiffe des ersten Geschwaders in den Hafen von Marsa Tobruk ein, wo sie keine türkischen Schiffe vorfanden. Auf die Aufforderung, sich zu ergeben, verweigerte die türkische Garnison die Einziehung der türkischen Flagge. Darauf eröffnete der Panzer „Vittorio Emanuele“ das Feuer; mit den ersten Schüssen legte er die Fahne nieder und schob eine breite Brücke in die Umwallung. Dann ließ Admiral Aubry einige Kompanien Matrosen landen, die nach Ueberwindung des von der kleinen türkischen Garnison geleisteten Widerstandes das Fort besetzten, die italienische Flagge hielten und einige türkische Soldaten, die den Kampfplatz nicht hatten verlassen wollen, gefangen nahmen.

Die Beschießung von Tripolis.

Rom, 9. Oktober. Der Korrespondent der „Vita“ hatte in Sydras Unterredungen mit Personen, die aus Tripolis kamen. Diese teilten ihm mit, die Beschießung der Forts in Tripolis durch die italienischen Kriegsschiffe hätte auf eine Entfernung von 12 Kilometern begonnen. Die türkischen Artilleristen hätten sich als unfähig erwiesen; ihre Schüsse wären nur 4 Kilometer weit gegangen, während die Schutzwerte ihrer modernen Kruppischen Geschütze 9 Kilometer betrug. — Als die italienischen Matrosenabteilungen landeten, so heißt es weiter in dem Bericht, ging die türkische Kavallerie zum Angriff auf sie über, aber die italienische Schiffsartillerie gestreute die Kavallerie.

Der Befehlshaber der gelandeten Truppen, Kapitän zur See Cagni, ließ eine Veröffentlichung anschlagen, worin die Entwaffnung zum Zwecke der Sicherheit in der Stadt befohlen wird; in der Besatzung werden für die Auslieferung der Waffen am ersten Tage 10 Franks und am zweiten Tage 5 Franks versprochen; wer vom dritten Tage an noch im Besitze von Waffen sei, werde hingerichtet werden.

Konstantinopel, 8. Oktober. Das jungtürkische Komitee hat die Nachricht erhalten, daß bei der Beschießung von Tripolis der Kommandant von einem Geschöß getroffen worden sei. Der Wali soll schwer verwundet sein.

Die türkischen Streitkräfte.

Rom, 8. Oktober. „Tribuna“ meldet aus Malta: Von hier angekommenen Schiffen wird berichtet, daß die Türken sich in der Umgebung von Tripolis gegen 10 000 Soldaten und ebenso viele mit Gewehren bewaffnete Araber konzentriert hätten. Ob dieses Heer gegen Tripolis marschieren oder sich auf die Verteidigung beschränken solle, wisse man nicht.

Tripolis von den Türken verlassen.

Rom, 9. Oktober. „Tribuna“ meldet aus Malta: Der italienische Dampfer „Hercules“, der gestern nachmittag von Tripolis hier ankam, bringt die Nachricht, daß Tripolis von türkischen Soldaten verlassen ist. Türkische Kavallerie hält sich aber in der Umgegend der Stadt auf und unterrichtet das Gros der türkischen Truppen, die sich nach dem Innern zurückgezogen haben, über die Beschießung und die Bewegungen der Italiener. Alle Forts sind jetzt zerstört.

Kämpfe im Innern.

Konstantinopel, 9. Oktober. Wie die hiesigen Blätter melden, hat sich die türkische Garnison von Tripolis unter Oberst Reschet nach Behare und Kirkkharisch zurückgezogen, wo sie eine Verteidigungsstellung eingenommen hat. Eine italienische Kompagnie versuchte, bis Behare vorzudringen, mußte sich jedoch infolge des Widerstandes der türkischen Truppen zurückziehen. Die einheimische Bevölkerung nahm am Kampfe teil.

Idram erzählt, einige Großmächte hätten der Pforte vorgeschlagen, die Besetzung Tripolitaniens anzuerkennen, wogegen die Mächte die Aretasfrage zugunsten der Türkei regeln würden.

Die Ausweisungsfrage.

Konstantinopel, 8. Oktober. Der Ministerrat hat die Ausweisung der in der Türkei anässigen Italiener beschlossen. Diese müssen das Land innerhalb dreier Tage verlassen. Wie verlautet, soll der Ministerrat auch einen Bollkrieg mit Böllen bis zu 100 Proz. beschließen haben.

Rom, 9. Oktober. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hat die türkische Regierung auf Bitten des deutschen Botschafters in Konstantinopel die Ausweisung der Italiener aufgeschoben. Sie wird wahrscheinlich nicht mehr stattfinden.

Die Befragung der Großmächte.

Konstantinopel, 8. Oktober. Die Pforte hat ihre Botschafter beauftragt, die Großmächte zu befragen, unter welchen Voraussetzungen die Mächte die Einstellung der Feindseligkeiten für möglich halten. — Ein Communiqué des Ministeriums des Aeußern bezeichnet die Mitteilungen als unzutreffend, wonach die Pforte unter gewissen Bedingungen über die Anerkennung der Okkupation von Tripolis mit Italien zu verhandeln bereit sei.

Die Rede des Ministerpräsidenten.

Turin, 8. Oktober. Gestern Abend fand im königlichen Theater ein Diner zu Ehren des Ministerpräsidenten Giolitti statt. Anwesend waren zahlreiche Minister, sämtliche Unterstaatssekretäre, an sechshundert Senatoren und Deputierte, die Bürgermeister von ganz Piemont und hervorragende Persönlichkeiten aus ganz Italien. Viele Tausende von Despeden waren aus dem ganzen Lande eingelaufen, darunter auch von Luzzatti und von oppositionellen Abgeordneten, die dem Vorgehen der Regierung in Tripolis Weisung gaben. Auf dem Platze vor dem Theater wartete eine gewaltige Menschenmenge auf Giolitti, der aber durch eine Hintertür das Theater betrat. Hier wurde er mit einer großartigen Guldigungsumgebung empfangen. Alle Anwesenden erhoben sich und riefen: „Es lebe Giolitti!“ Die Besatzungsbefehle dauerten mehrere Minuten.

Ueber die auswärtige Lage sagte Ministerpräsident Giolitti: Die großen Fortschritte des italienischen Volkes müssen und die Ueberzeugung verschaffen, daß wir erst am Anfang einer neuen Periode unserer Geschichte sind, in welcher der höchste Grad der Kultur, des Wohlstandes, der sozialen Gerechtigkeit im Innern und eine Stellung in der Welt, die der ruhmreichen Vergangenheit der italienischen Nation mehr entspricht, abhängen werden von der Art, in welcher Regierung und Volk es verstehen werden, ihre Pflichten gegen das Vaterland zu erfüllen. Die auswärtige Politik ist ein Stoff, der nicht geeignet ist für zu genaue Erklärungen, da sie sehr oft in ihrer Entwicklung Ereignissen unterworfen ist, die nicht von unserem Willen abhängen. Wir betrachten den Frieden und ein vollständiges Einvernehmen mit allen Mächten als die höchste Wohltat für Italien, aber wir können nicht aus Liebe zu einem ruhigen Leben die Lebensinteressen des Landes und unsere nationale Würde opfern. Eine demokratische Politik ist nicht gleichbedeutend mit einer schwachen und ohnmächtigen

Politik. Die Geschichte aller Völker und die sich vor unseren Augen abspielenden Ereignisse beweisen im Gegenteil, daß die Regierungen, die Vertreter aller sozialen Klassen sein können, die eifersüchtigsten Hüter der großen Interessen ihres Landes sind und nicht nur an die Fragen von unmittelbarem Interesse denken, sondern auch die ferne Zukunft ihres Landes zu sichern wissen. Die auswärtige Politik kann nicht wie die innere gänzlich vom Willen der Regierung und des Parlaments abhängen, sondern muß infolge absoluter Notwendigkeit den Ereignissen und der jeweiligen Lage Rechnung tragen, die zu ändern nicht in unserer Macht liegt, ja die wir bisweilen nicht einmal beschleunigen oder verzögern können. Es gibt Ereignisse, die sich wie ein wahres historisches Verhängnis einstellen, dem sich ein Volk nicht entziehen kann, ohne seine Zukunft unheilbar in Frage zu stellen. In solchen Augenblicken ist es Pflicht der Regierung, alle Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen. Sie hat sie mit ruhigem Geiste übernommen, weil sie überzeugt ist, daß gegenüber der hartnäckigen, systematischen Feindseligkeit, die seit Jahren unsere wirtschaftliche Tätigkeit in Tripolis hinderte, und gegenüber den fortwährenden Herausforderungen der türkischen Regierung jedes Zögern oder jeder Aufschub zu gleicher Zeit die Ehre des Landes und seine politische und wirtschaftliche Lage in Frage gestellt haben würde.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede wandte sich der Ministerpräsident der inneren Politik zu und betonte, die Hebung des vierten Standes auf einen höheren Grad der Kultur sei das dringendste Problem, nicht allein aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Denn nur die tätige Teilnahme an jeder Form des Fortschritts von seiten des ganzen Volkes könne den Reichtum des Landes hervorbringen. Giolitti erörterte und verteidigte sodann die Besetzung Tripolis betreffend das Lebensversicherungsmonopol und das allgemeine Wahlrecht. Die Reform des Wahlrechts werde den Anfang einer neuen geschichtlichen Periode bedeuten und werde es ermöglichen, die großen Reformen auszuführen, denen Italien zustrebe.

Französische Schiffe im Mittelmeer.

Toulon, 8. Oktober. Der Panzerkreuzer „Jules Ferry“ ist heute vormittag in See gegangen. Der Panzerkreuzer „Leon Gambetta“ mit Admiral D'Arlette wird in einigen Tagen abfahren. Beide Schiffe werden sich in den türkischen Gewässern mit dem Panzerkreuzer „Ernest Renan“ vereinigen, um gemeinsam den Schutz der französischen Interessen während des italienisch-türkischen Krieges wahrzunehmen.

Ein französischer Protest.

Paris, 8. Oktober. Gestern Abend fand unter dem Vorsitz unseres Genossen Francis Pressensé eine große Protestversammlung gegen den italienischen Feldzug gegen Tripolis statt. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der den konstitutionellen Ottomanen, die allein fähig seien, ein Land zu retten, dessen Bestehen für den Frieden und das europäische Gleichgewicht notwendig sei, die Sympathie der Versammlung ausgesprochen und an die an dem Streitfall nicht beteiligten Großmächte der Appell gerichtet, den Frieden durch Aufrechterhaltung des Rechts wiederherzustellen. — Der ehemalige türkische Minister Paladjian wohnte der Versammlung bei.

Die Marokkoverhandlungen.

Die Verhandlungen rücken kaum vorwärts. Während die Rongointeressenten in einem Teil der französischen Presse unaufrichtig gegen jede Abtretung französischen Bodens Sturm laufen und der Kongreß der Radikalen und Radikalsozialisten, also der Regierungspartei, eine Tagesordnung angenommen hat, die ebenfalls jede Gebietsabtretung perhorresziert, unterhandeln die Regierungen noch immer über jene sagenhaften „redaktionellen Aenderungen“, ohne sich einigen zu können. Schon vor Wochen hieß es, daß die Einigung in einigen Tagen perfekt sein werde und heute stehen wir genau so weit. Sonntag war wieder mal die „Unterredung“ zwischen dem Herrn Cambon und Aiderlen-Waechter und wieder versichert eine halbamtliche französische Note:

Paris, 9. Oktober. Wie die „Agence Havas“ erfährt, wurde in der gestrigen Unterredung zwischen dem Botschafter Cambon und dem Staatssekretär v. Aiderlen-Waechter die Lösung des marokkanischen Teiles der Verhandlungen sehr gefördert; die Vespereungen scheinen einen guten Fortgang zu nehmen.

Diese Verlautbarung hätte ebenso gut vor vier Wochen erscheinen können und eine ähnliche, fürchten wir, werden wir in vier Wochen wieder zu lesen bekommen, wenn den Herren Aiderlen-Waechter und Cailleux nicht endlich in den Parlamenten erklärt wird, daß sie schleunigst den Vertrag zustande bringen oder fähigeren Männern Platz zu machen haben.

Vormarsch der Spanier.

Madrid, 8. Oktober. Wie die Blätter melden, haben sich gestern früh drei spanische Kolonnen nach dem Ued Kert in Bewegung gesetzt. Eine Kolonne überschritt den Fluß und griff die Befestigung der dahinter verschanzten Garka festig fest an. Die Garka ergriff die Flucht. Zwei spanische Kriegsschiffe unterstützten die Operationen mit ihrer Artillerie.

Melilla, 8. Oktober. Die Kolonne unter Oberst Ribera wurde auf dem linken Ufer des Kert angegriffen und verlor zwanzig Mann. Oberst Ribera und zwei Offiziere wurden verwundet. Darauf überschritt die Division Drozco den Fluß und besetzte eine Stellung 11 Kilometer landeinwärts.

Spanische Verluste.

Madrid, 8. Oktober. Amtlich wird aus Melilla gemeldet: Die vorläufigen Operationen sind nach zehntägigem Kampfe glänzend durchgeführt worden. Die Garka wurde schwer geschädigt und ließ zahlreiche tote sowie Waffen und Munition zurück. Die Division Drozco erreichte die Höhen bei Terkemim nach hartem Kampfe, wobei sie auf dem Marsche alles zerstörte. Die Verluste der Division sind beträchtlich. Privatdepeschen sprechen von mehr als hundert Mann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober 1911.

Zur Landtagswahl im Großherzogtum Oldenburg.

Unsere oldenburger Genossen haben sich, wie wir bereits melden, entschlossen, bei den Nachwahlen (eigentliche Stichwahlen kennt das oldenburgische Wahlgesetz nicht) den Freisinn im weitesten Maße zu unterstützen. Sie werden in den Wahlkreisen Wuljabinen, Brate, Jeber und Stadt Oldenburg für die Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei eintreten, nachdem die Leitung dieser Partei zugesichert hat, daß ihre Kandidaten im Falle einer Wahl für einen weiteren Ausbau des Wahlrechts in Staat und Gemeinde, für eine freiherrliche Ausgestaltung des Volksschulwesens, für weitere Entlastung der untersten Stufen und Förderung aller sozialen Gesehe zur materiellen Hebung der staatlichen Arbeiter und kleinen Beamten eintreten

werden. Im Wahlkreise Delmenhorst II, wo für unseren Genossen 948, für einen Nationalliberalen 949 und für einen Volksparteiler 639 Stimmen abgegeben wurden, gehen hingegen unsere Parteigenossen selbständig vor und dürfen, da die Volksparteier für den Nationalliberalen nicht stimmen wollen, das Mandat erobern. Selbständig werden unsere Genossen ferner im Wahlkreise Oldenburg-Land vorgehen, in dem die sozialdemokratischen Kandidaten 1725 und 1734 Stimmen erhielten, während auf die Volksparteiler 1751 und 1782 Stimmen entfielen. Die Nationalliberalen geben mit ihren 1200 Stimmen den Ausschlag, wahrscheinlich zugunsten der Volksparteier.

Anstelle des Genossen Hug, der die Wahl in Oberstein angenommen hat, wird in Rüstingen der Genosse Heller-Nordenham bei der Erstwahl kandidieren. Die Rüstinger Genossen verzichteten auf einen Kandidaten aus ihrer Mitte, damit im neuen Landtag auch die Arbeiterschaft desjenigen Landesteils vertreten ist, in dem die rasche Entwicklung der Industrie zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Im Nordbezirk des Fürstentums Lübeck ist ein Kompromiß zwischen unseren Genossen und der Fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossen worden, um die Wahl des Agrarierführers und bisherigen Landtagsabgeordneten, Hauptmanns a. D. v. Levetzow-Sielbeck, zu verhindern. Nach diesem Abkommen löst jede Partei einen Kandidaten fallen, so daß der bisherige fortschrittliche Abgeordnete, Bauunternehmer Steenbod-Eutin, mit unserem Kandidaten, Rebenkorf, auf dieselbe Liste kommt.

Wie jetzt feststeht, sind von den bei der Hauptwahl abgegebenen reichlich 150 000 Stimmen nahezu ein Drittel (48 800) für die Sozialdemokratie abgegeben worden, die Fortschrittliche Volkspartei erhielt 40 000, die Nationalliberalen 25 000, das Zentrum 24 000 und die Agrarier 11 000 Stimmen. Die Niederlage der Agrarier wird durch die Nachwahlen hoffentlich vervollständigt werden.

Rein freisinnig-konservatives Wahlbündnis in Schlesien.

In Bunzlau fand gestern der zweite niederschlesische Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei statt. Parteisekretär Widelitz erstattete den Geschäftsbericht und die Abgeordneten Fischbeck und Kopsch hielten Ansprachen.

Offiziell mitgeteilt wurde in der Delegiertenversammlung, daß der Provinzial-Parteivorstand auf das konservative Angebot, betreffend Stichwahlhilfe, geantwortet hat, daß vor der Hauptwahl von der Parteileitung keine Abkommen betreffs der Stichwahl getroffen werden. Die gleiche Antwort sollen die einzelnen Wahlkreise erteilen, in denen ebenfalls bereits solche konservative Anerbietungen gemacht worden sind.

Eröffnung des preussischen Klassenparlamentes.

Der preussische Landtag wird am Dienstag, den 16. Januar 1912 wieder eröffnet, aber wegen der Reichstagswahlen sofort auf zehn bis vierzehn Tage wieder vertagt. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit: In der Tagespresse ist die Nachricht verbreitet worden, daß der Entwurf, betreffend die organische Neuordnung der direkten Staatssteuern in Preußen, in der nächsten Session dem Landtage nicht zugehen werde. Diese Nachricht ist unzutreffend. Es wird vielmehr eine entsprechende Gesetzesvorlage, wie dies im Beleg, betreffend die Bereitstellung von Mitteln zu Dienstinkommenverbesserungen vom 26. Mai 1900 vorgehen ist, in der kommenden Session im Landtage eingebracht werden.

Nationalliberale und Zentrum.

Die Nationalliberalen in Düsseldorf, die sich bei der Stichwahl der Stimme enthalten und damit das Zentrum seinem Unglück überlassen haben, lassen keinen Zweifel darüber, daß es sich nur um ein Warnungszeichen für die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen handelt. Die Nationalliberalen haben die Gelegenheit benützt, dem Zentrum klar zu machen, was ihre Stichwahlhilfe zu bedeuten hat und was für das Zentrum auf dem Spiele steht, wenn dieses sich nicht zu angemessenen Gegenleistungen bei den nächsten Wahlen bereit findet. Expresserpolitisch — wie man es nennen konnte. Im übrigen erklären sich die Nationalliberalen, nachdem sie eine Probe ihrer Macht und ihres Rutes abgelegt haben, gern bereit, mit dem Zentrum im Besten Halbpakt zu machen. Die „Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz“ schreibt nämlich bezüglich der Düsseldorfer Wahl:

„Der Sieg der Sozialdemokraten bedeutet gewiß für das Zentrum eine schmerzliche Niederlage; ob man aber von einer verloren gegangenen Hochburg des Zentrums wird sprechen können, muß die Zukunft lehren. Das wird allerdings in erster Linie davon abhängen, ob das Zentrum gewillt und imstande ist, die Lehren aus dieser höchst interessanten Erstwahl zu ziehen. Boretti hat es noch nicht den Anschein, denn was sich die Zentrumspresse seit vergangener Samstagmorgen im Angriffen auf die Liberale Vereinigung in Düsseldorf und die Nationalliberalen ganz allgemein leistet, geht ins Ashgrau. Man braucht sich darüber aber nicht allzusehr zu erregen; der Schmerz über den Düsseldorfer „Unglücks-Freitag“ muß erst austoben. Hoffentlich vollzieht sich das recht schnell; wenigstens möchten wir es dem Zentrum im Hinblick auf Möglichkeiten der nahen Zukunft dringend empfehlen, wenn sich diese Möglichkeiten nicht in Unmöglichkeiten verwandeln sollen.“

Mit anderen Worten: die Nationalliberalen sind bereit, den Verlust der Düsseldorfer Hochburg für das Zentrum zu einem vorübergehenden zu gestalten, d. h. bei den nächsten Reichstagswahlen dem Zentrum Stichwahlhilfe zu leisten. Und das Zentrum wird dieses Anerbieten nicht ausschlagen. Herr Marx, der Führer der Düsseldorfer Ultramontanen, soll nämlich, wie das genannte Organ der rheinischen Nationalliberalen mitteilt, in einer Rede am Abend der Stichwahl gesagt haben:

„Die Stichwahl lehrt deutlich, daß das Zentrum mehr denn je der Unterstützung der andern bürgerlichen Parteien bedarf.“

Na also! Man weiß beiderseits, was man einander wert ist und wird danach handeln. Vielleicht überlegt sich unterdes Herr Wasser mann, der ja in Saarbrücken kandidieren will, ob das Verhalten der rheinisch-westfälischen Nationalliberalen geeignet ist, seine Wahlausichten in Saarbrücken, wo die Sozialdemokraten das Jünglein an der Waage bilden, zu verbessern.

Die Not der Stunde!

Wenn die „Post“ unter diesem Titel einen Leitartikel veröffentlicht, so meint sie selbstverständlich nicht die Not, unter der augenblicklich die Volksmassen leiden, die unerhörte Lebensmittelerhöhung. Für die Leser und Hintermänner der „Post“ existiert ja eine solche Not nicht. Die Panzerplattenmillionäre werden durch die Steigerung der Lebensmittelpreise nicht berührt. Ihr Tisch ist reichlich gedeckt, so lange die Dividenden nicht sinken, und die Gewinne des Panzerplattenkapitals sind ja stets ganz enorme gewesen.

Unter der „Not der Stunde“ versteht die „Post“ vielmehr die „Not“ unserer Flottenrüstungen. Eine solche Not soll nämlich wirklich vorhanden sein, trotz des Fünfmilliardengesetzes vom Jahre 1900 und der beiden Flottennovellen, die inzwischen angenommen worden sind. Es ist unseren Panzerplattenpatrioten ein schier unerträgliches Ge-

danke, daß nach dem Flottengesetz vom Jahre 1912 ab jährlich nur noch zwei große Schlachtschiffe gebaut werden sollen, während doch in den letzten Jahren jährlich vier Schlachtschiffe auf Stapel gelegt wurden. Zwar kostet heute ein Schlachtschiff oder ein großer Kreuzer dreimal so viel als im Jahre 1900. Aber der Appetit der Auftraggeber der „Post“ ist deshalb nicht gestillt. Sie verlangen, daß das Flottengesetz abermals durchbrochen wird und unterbreiten deshalb einem wohlwollenden Reichsmarineamt ihre „bescheidenen“ Vorschläge. Diese Vorschläge sind so bescheiden, daß sie für die Jahre 1912/13 statt der fälligen zwei Schlachtschiffbauten deren nicht weniger als je fünf verlangen, also in zwei Jahren den Mehrbau von sechs Linienschiffen. 1914 sollen dann gnädigst „nur“ vier Linienschiffe gebaut werden.

Bereits vor den Wahlen mit solchen Vorschlägen zu kommen, verrät einen geradezu erstaunlichen Grad von Unberücksichtigung. Welche Flottentreibereien sind da erst nach der Reichstagswahl zu erwarten!

Zur Verrohung der Jugend.

Aus Anlaß des Revolvententats, das kürzlich ein Magdeburger Gymnasialist gegen einen seiner Lehrer unternommen hatte, veröffentlicht in der „Deutschen Montagszeitung“ ein alter Schulpraktiker, ein Gymnasiallehrer Schneider, das Folgende:

Derartige Schülertatensätze sind keine Seltenheit. An einem mitteldeutschen Gymnasium geschah es vor ein paar Jahren, daß ich und ein Kollege durch zufällige Aufkündigung von Briefen, die sich Schüler untereinander geschrieben hatten, einer Verbindung auf die Spuren kamen, die keinen anderen Zweck hatte als den, den Direktor des Gymnasiums zu erschlagen. Dinge, die unglaublich klingen, für die ich aber jederzeit das Beweismaterial vorzulegen bereit bin. Es handelte sich um eine reguläre Verschwörung gegen das Leben des Schulleiters, unternommen von dreizehn- und vierzehnjährigen Knaben! Man hatte beschlossen, einen aus der Verbindung als Attentäter auszuwählen. Ich bin überzeugt, daß die jungen Hühner ihre Vorkhaben zur Ausführung gebracht hätten, wenn wir ihm nicht rechtzeitig auf die Spur gekommen wären. In einer Lehrerkonferenz wurde dann beschlossen, die Sache mit Rücksicht auf die Familien, denen die Schüler angehörten, vor der Öffentlichkeit zurückzuziehen. In Halle an der Saale haben vor fünf bis sechs Jahren Schüler einem Restaurateur den durch Sammlungen zustande gebrachten Beitrag von 300 Mark angeboten, falls er ihnen gestatten wolle, am Wäffelt in den Abendstunden des Mathematiklehrers einen „Schnaps“ hineinzugehen. Dem Restaurateur kam die Sache nicht geheuer vor, und er meldete den Vorfall vorher dem Lehrer. Das Bier wurde unterfucht, und der „Schnaps“ entpuppte sich als eine starkprozentige Arsenlösung. . . . Es gibt ein deutsches Gymnasium, dessen Direktor mir erklärte: „Wir alle sind hier unseres Lebens nicht sicher!“ Ueberfälle weniger ernstlichen Charakters sind ja namentlich in Berlin an der Tagesordnung. Der Turnlehrer eines Berliner Gymnasiums wurde vor einiger Zeit (auch ein wohl im Interesse der „Autorität!“ geheime gehaltenen Fall) buchstäblich im Angesicht der Klasse blutig geschlagen.

Gymnasialdirektor Schneider schließt: „Auf unseren deutschen Gymnasien wagt eine ewige Schlacht zwischen Lehrern und Schülern, eine Schlacht, in der es manchmal buchstäblich auf Leben und Tod geht!“

Zu dieser Darstellung hat sich auch der derzeitige preussische Kultusminister, Herr von Trost zu Solz, zu äußern veranlaßt gesehen. Er erklärte, daß ihm von derartigen Vorgängen im allgemeinen und von den geschilberten Vorkommnissen im besonderen „nichts bekannt geworden“ sei. Natürlich!

Auch wir wollen gleich der „Täglichen Rundschau“ gern annehmen, daß die Darstellung des „alten Schulpraktikers“ eine unhaltbare Verallgemeinerung vereinzelter Vorkommnisse darstellt. Aber selbst wenn nur die Einzelvorkommnisse des Gymnasiallehrers Schneider den Tatsachen entsprechen, so hätte unsere Bourgeoisie alle Veranlassung, statt in Jugendsorge für die Sproßlinge des Proletariats zu machen, erst einmal gegen die Verrohung der eigenen Bourgeoisjugend nachdrücklich zu kämpfen!

Notstandsinterpellationen im bayerischen Landtage.

München, 7. Oktober. Die nationalliberale Interpellation wird von dem Abg. Reußdorfer begründet. Aus seiner Rede ist nur Weniges bemerkenswert. Er stellt einen der Gründe zu der rapiden Preissteigerung in der Nervosität der Konsumenten, zwei weitere in dem andauernden Wachstum der Löhne und der Belastung der nationalen Produktion durch unsere Sozialgesetzgebung. Die Heilmittel sieht er unter anderen in der Bewässerung, Konsum- und Schweinezucht durch die Arbeiter und in der Gründung von Verkaufsgenossenschaften zur Regulierung der Marktpreise. Mit erheblicher Stimme betont er, daß seine Partei unentwegt festhalte an der bewährten Schutzollpolitik. Später, möglicherweise schon in zwanzig Jahren, komme vielleicht einmal der Zeitpunkt, wo alle landwirtschaftlichen Schutzzölle beseitigt werden würden. Für jetzt lägen die Zölle auch im Interesse der städtischen Bevölkerung.

Nach ihm spricht als Redner der Sozialdemokraten Genosse Auer. Er bringt ein reiches statistisches Material über die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren und weist an einem Bericht des Gesundheitsamtes nach, daß die Teuerung nicht nur in den Großstädten, sondern auf dem Lande selbst vorhanden ist und daß sie in Stadt und Land zur Unterernährung und damit zur Gefährdung der Volksgesundheit führt. Bezeichnend für die Zustände sei es, daß selbst in kleineren Landstädten Bayerns die Pferdegeschlachten ganz unangenehme Ausdehnung angenommen haben.

Genosse Auer konstatierte auch, daß die Bedauerungen des Abgeordneten Dr. Wichter über die Abneigung unserer Bevölkerung gegen ausländisches Fleisch unrichtig seien. Das argentinische Fleisch werde in Oesterreich und England recht gerne gegessen. Gegenüber der Statistik Dr. Wichters, nach der der Fleischkonsum bedeutend stärker gemessen sei als die Bevölkerung, weist Auer darauf hin, daß in fast allen Städten ein wesentlicher Mangel an Schlachtungen und damit des Konsums stattgefunden habe. Von 1881 bis 1910 sei z. B. der Konsum in München um 20 Kilogramm und in Nürnberg um 29 Kilogramm pro Kopf und Jahr gefallen.

An der Teuerung seien in erster Linie das ganze System unserer Schutzzölle und in zweiter Linie die kapitalistische Spekulation schuld.

Darum müssen in erster Linie die Zölle auf Lebens- und Futtermittel aufgehoben und das skandalöse System der Einfuhrzölle beseitigt werden. Im Lande selbst müsse die Kultur der Felder und Moore rascher gefördert und die Aufforstung von Auland durch den reichen Adel verhindert werden.

Nach Auer beantwortet der Minister des Innern v. Bretsch die Interpellationen. Die lange ministerielle Erklärung läßt

sich auf die kurze Formel bringen: Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß. Die Regierung ist bereit, ein halb Dugend, wenn es gewünscht wird, auch zwei Dugend Kleinst- und kleiner Mittel (Rahmungen, Warnungen, Geldunterstützungen, Tarifherabsetzungen, Aufhebung des Maßzölles) zur Anwendung zu bringen, weist es aber weit von sich, etwa im Bundesrat die Aufhebung der Getreidezölle oder auch nur die Beilegung der Einfuhrzölle zu befürworten.

Landtagswahl in Württemberg.

Der Landtagsabgeordnete für Ulm, Dr. med. L. Bauer in Stuttgart, ist am Sonnabend, den 7. Oktober, gestorben. Bauer gehörte früher der nationalsozialen Partei an und trat dann zur Volkspartei über. Er war als Mensch wie als Politiker ein durchaus achtbarer Charakter, der sich jeder Gefährdung gegen die Sozialdemokratie enthielt, in Schulfragen, in solchen der Hygiene und auch in Arbeiterfragen sehr häufig mit der Sozialdemokratie ging. Er wurde 1907 mit sozialdemokratischer Hilfe in den Landtag gewählt. Im ersten Wahlgang erhielt die Sozialdemokratie 1536 Stimmen, die Volkspartei 1930, der Bauernbund 2191 Stimmen. Im zweiten Wahlgang wurde Bauer mit 3396 Stimmen gewählt. Der Bauernbündler erhielt 2308 Stimmen. Sozialdemokratischer Kandidat ist Arbeitersekretär Rob. Fette in Stuttgart.

Ein harter Gemeindevahlkampf

steht dieses Jahr der Sozialdemokratie in Stuttgart bevor. Die Gemeindevahl ist auf den 8. Dezember festgesetzt, der Wahlkampf aber bereits eröffnet worden. Von den 24 von der Bürgerschaft gewählten Mitgliedern des Gemeinderats (die vier befohlenen Stadträte werden vom Kollegium gewählt) scheidet ein Drittel aus. Vier von den acht Mandaten sind in unserem Besitz. Sie sind eine Erbschaft aus den Zeiten der Mehrheitswahl. Mit der neuen Gemeindeordnung 1907 ist die Verhältniswahl in Kraft getreten. Bei der letzten Gemeindevahl 1909 stimmten 9772 Wähler für unsere Kandidaten. Das sind 40,8 Proz. aller abgegebenen Stimmen. Mittlerweile hat sich der Klaffenabstand zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie ungemein vergrößert. Zu Hilfe kommt den bürgerlichen Parteien die Abwanderung vieler Arbeiter aus der Stadt in die Vororte mit billigerer Wohnmöglichkeit. Dem dadurch bewirkten Verlust an Wählern hat die Sozialdemokratie durch intensive Agitation unter den Indifferenten entgegenzuwirken versucht. Nicht ohne Erfolg. Von Juli 1910 bis dahin 1911 stieg die Zahl der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart von 5141 auf 6833. Die Parteidifferenzen haben erfreulichweise die Mitgliederzunahme nicht verlangsamt. Nur wird ein nicht geringer Teil der neu gewonnenen Mitglieder schon früher für uns gestimmt haben. Immerhin können wir auf eine absolute und relative Stimmenzunahme rechnen.

Damit nähert sich die Sozialdemokratie Stuttgart aber immer mehr dem Zeitpunkt, da sie über die absolute Mehrheit der Stimmen und damit auch über die Mehrheit der Mandate verfügt. Um dieser „Gefahr“ zu begegnen, die Sozialdemokratie nicht zur herrschenden Partei auf dem Rathaus der Hauptstadt des Landes werden zu lassen, scheuen die bürgerlichen Parteien kein Mittel. Es ist ernstlich damit zu rechnen, daß sämtliche bürgerliche Parteien, Zentrum und Nationalliberale, Volkspartei und Konservative sich zusammenschließen und ihre Listen verbinden, damit ihre Stimmenzahlen zusammengerechnet gegen die sozialdemokratischen Stimmen stehen.

Wie in Stuttgart, so steht es auch in den übrigen Gemeinden des württembergischen Landes. In 129 Gemeinden des Landes wirken 262 sozialdemokratische Gemeinderäte (eingeschriebene Parteimitglieder) auf den Rathäusern für unsere Ziele. Die fortschreitende Industrialisierung des Landes wird uns eine Anzahl neuer Mandate bringen, wird aber auch den Kampf verschärfen.

Die Gemeindevahl in Württemberg dürfte zur Probewahl für die kommenden Landtags- und Reichstagswahlen werden.

Oesterreich.

Ein Demonstrationsstreik.

Am Tage der Parlamentsöffnung, den 5. Oktober, streikten von den 42 000 Bergarbeitern des Kohlenreviers von Mährisch-Odrau 36 000, um dem Parlament seine Pflicht, gegen die Teuerung vorzugehen, zu lehren. Daß nicht mehr streikten, ist das Verdienst der tschechoslowakischen „Bruderpartei“, deren Wortführer, der Abg. Brotsch, gegen diese „Aktion der Zentralisten“ weiterte. Dafür hat er am 5. Oktober den tschechischen Madan in der Empfangshalle des Parlaments angeführt.

Eine Rede des Justizministers.

Das reaktionäre Brehgelichter beschuldigt bekanntlich die Sozialdemokratie, durch ihre „Seyreden“ Leute zu politischen Attentaten zu verführen. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht nun die Rede, die der jetzige Justizminister Dr. v. Hochenburger am 5. November 1898 gegen das Ministerium Thun gehalten hat, und zwar deshalb, weil diese Regierung den § 14 zur Erlassung des Budgetprovisoriums benützte. Das bekanntlich die Regierung Wienerth-Hochenburger ebenfalls getan hat. Wir geben aus dieser Rede folgende Stellen wieder:

„Es ist, meine hochverehrten Herren, der einzige Dank, den wir dem Herrn Ministerpräsidenten abzusagen haben, denn im übrigen folgt ihm der Fluch von Millionen Deutschen, ein Fluch, der sich an seine Herren besten soll wie das böse Gewissen an die Herzen der landstüchtig gewordenen Verbrecher. Und ist der Herr Ministerpräsident nicht schon ein Verbrecher? Wenigstens kein Landstüchtiger, so doch zum mindesten, meine Herren, vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte, die nicht bloß über Taten, sondern auch über den Willen zu urteilen und zu entscheiden hat. Der Herr Ministerpräsident hat ja doch gezeigt, daß er zwar imstande wäre, den Bürgerkrieg zu entzünden, aber nicht imstande ist, das Staatsruder zu führen, daß er zwar das Recht beugen, nicht aber nach Recht und Gesetz handeln kann.“

So, meine Herren, handeln Mörder, die, nachdem sie ihre Opfer hingeschlagen und alles geraubt, dessen sie habhaft werden konnten, Brand stiften, um glauben zu machen, daß die ausgebrochene Feuerbrunst das Vernichtungswort gegen den Vandalenbrecher, die schlecht gewirtschaftet und falsch gebucht, schließlich den brennenden Schwefelsäcken an die ihnen verblichene Lunge, oder hoch verführte Hölle legen, um dieselbe der Vernichtung preiszugeben, die Spuren der eigenen Unthat zu verwischen und später in Ruhe und Ruhe die behobene Versicherungssumme zu genießen.“

Weil nun, meine Herren, der § 14 dazu mißbraucht werden soll, die Handhabe zu diesem ungeheuerlichen, allen Grisen der Vernunft und des Anstandes höhnsprechenden Vorgang zu bilden, so ist ein Doppeltelbgenügend. Es ist notwendig, daß dieser Vorwurf, wenn nicht schon beseitigt, so doch dergestalt umgearbeitet oder ergänzt werde, daß derselbe auch für ein Ministerium der Republik keine Handhabe mehr zu Staatsstreikverbrechen bieten kann, außer auf die Gefahr hin, an dem nächsten Laternenstahl aufzuhängen zu werden. Es ist aber auch notwendig, das gegenwärtige Ministerium wegen der bereits begangenen Mißbräuche mit dem § 14 in den Anklagestand zu versetzen.“

Darum, Herr Ministerpräsident, der Sie allerdings nicht anwesend sind, hüten Sie sich und treiben Sie die Dinge nicht auf die Spitze, denn Sie könnten sonst leicht die Wahrnehmung und Erfassung machen, daß ein gereiztes Volk sich kein Recht auch durch Selbsthilfe verschaffen kann, daß es auch heute noch ein Notrecht von Vätern gibt, und daß heutzutage möglicherweise wohl Staaten, aber nicht Völker zugrunde gerichtet werden können.“

Portugal.

Die monarchistischen Verschwörer verjagt.

Lissabon, 8. Oktober. Halbamtlich wird gemeldet: Die Banden der Monarchisten verließen Vinhaes im

Augenblick des Eintreffens der republikanischen Truppen und flohen nach allen Richtungen. Einige wurden erschossen, andere ließen sich gefangen nehmen. Die Republikaner hatten zwei Verwundete. Die Verfolgung der Flüchtlinge bis zur Grenze blieb erfolglos. Nachrichten aus Berlin belagen, die in Galicien stehenden monarchistischen Truppen seien demoralisiert.

Lissabon, 8. Oktober. Aus Braganza wird gemeldet: Die Royalisten sind geschlagen worden und haben sich auf spanisches Gebiet zurückgezogen.

Oporto, 8. Oktober. Marinetruppen sind vorgestern abend hier eingetroffen und nach Villa Real und Miranda weitergegangen. Das Küstenpanzerschiff „Basco de Gama“ hat heute auf der Reede von Leixoes Anker geworfen. Republikanische Truppen halten die wichtigen strategischen Punkte besetzt. Einzelne Abteilungen verfolgen die Monarchisten.

Die offizielle Darstellung.

Die Berliner portugiesische Gesandtschaft hat vom Minister des Auswärtigen aus Lissabon eine Mitteilung erhalten, in der es heißt: Die Ordnung ist im ganzen Lande vollständig hergestellt. Man kann alle revolutionären Versuche der Royalisten als gescheitert betrachten. Fast 500 Personen sind verhaftet worden und werden in kurzer Zeit vor Gericht erscheinen müssen. Die Regierung hat strenge Anweisungen erteilt, daß man in der Nähe der spanischen Grenze keine Kämpfe liefern solle.

Persien.

Der Kriegszug des Schahs endgültig gescheitert.

Teheran, 8. Oktober. Salard Dauleh hat, nachdem er nach seiner letzten Niederlage Hamadan erreicht hatte, den Rest seiner Streitkräfte aufgelöst und will über Bagdad nach Europa gehen. Er erklärte aber, im Frühjahr wieder kommen zu wollen. Die Regierungstruppen zogen am 4. d. M. in Hamadan ein, kaum 12 Stunden später, nachdem Salard Dauleh die Stadt verlassen hatte; sie erbeuteten 13 Geschütze.

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

Der Parteiverein für den zweiten Hamburger Wahlkreis nahm in seiner letzten Versammlung den Bericht der Delegierten zum Parteitag entgegen. Genosse Stengels zog eine Parallele zwischen dem ersten und zweiten Jenaer Parteitag. Der erste Jenaer Parteitag habe die Ausnahme des Waffenstreiks unter die Kampfmittel des Proletariats beschlossen. Aus einer Rede Debels auf dem letzten Parteitag sei viel von der Schluß gezogen worden, daß auf den Waffenstreik als Kampfmittel verzichtet werde. Bei näherem Zusehen ergebe sich jedoch, daß es sich einfach um die Erklärung handelt, daß nach dem Kriegsausbruch der Waffenstreik undenkbar wäre. Von einem Aufheben des ersten Beschlusses könne nicht die Rede sein. Ausführlich behandelt Redner die Parolfrage. Die Passivität des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit sei von verschiedenen Seiten kritisiert worden. In der Tat mußte man auch den Eindruck gewinnen, daß durch die umfangreiche Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes seine Kräfte zu sehr absorbiert werden, daß er deswegen unmöglich den Vorgängen in der Welt mit genügender Aufsicht folgen könne. Der Parteivorstand habe allerdings Unterstützung gefunden, weil es gerade Rosa Luxemburg war, die zunächst seine Passivität kritisiert hatte. Diese Genossin sei nun einmal das Schreckgespenst für eine ganze Anzahl von Genossen und ohne Befinnen wenden sie sich gegen alles, was von ihr kommt. So habe sich denn eine ganz eigenartige Gruppierung des Parteitages ergeben, indem die süddeutschen und norddeutschen Revisionisten Sulkurs erließen durch die große Schär der Quietisten, der Leute, die um jeden Preis in der Partei Ruhe haben wollten. Durch die Aussprache hielt man schließlich die Angelegenheit für erledigt, da ja der Friede erreicht war. Späterhin habe dann Debels Marokkorede selbst den besten Beweis gegeben, wie berechtigt die Klagen über die Passivität des Parteivorstandes waren, denn Debels habe dargelegt, wie der „Panthersprung“ vom 1. Juli der Ausgangspunkt der ganzen Kriegshebe war. Redner hat, wie die meisten Hamburger Delegierten, für die Zulassungsanträge zum Parteivorstand gestimmt, jene Zulassungsanträge, die von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Hoch ausgingen und die die Resolution erst zu einer scharf sozialdemokratischen Zurückweisung der ganzen imperialistischen Politik gemacht hätten. In der lebhaften Diskussion erklärten sich die meisten Redner mit dem Verhalten ihrer Delegierten einverstanden. Auch die Sonderredaktionen der „Landmannschaften“ wurden erörtert. Hierzu bemerkte Stengels in seinem Schlusswort: Wie zurzeit in der Partei die Dinge ständen, so sei die Fühlungnahme der sich zur Linken stehenden Delegierten unerlässlich, da auch die andere Seite in bester Weise sich organisiert habe und gemeinsam vorgehe. Verständigung der gleichgesinnten Delegierten über bestimmte Fragen herbeizuführen, damit die Majorität nicht künstlich in eine Minoritätstellung gebracht werde, halte er für selbstverständlich, und wie er in Jena daran teilgenommen habe, so werde er gegebenenfalls auch in Jülich sich daran beteiligen.

Der Bezirkskongress für das östliche Westfalen und die lippschen Fürstentümer

fand am Sonntag, den 8. Oktober, in Blottho a. d. Weser statt. Außer den Parteifunktionären nahmen 136 Delegierte an dem Parteitag teil. Der Parteivorstand war durch Genossen Rolikenhühler vertreten. Aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1910/11 ist folgendes hervorzuheben: Die Bezirkskasse hatte inkl. 520,58 M. Kassenbestand und 3450 M. Zuschuß vom Parteivorstand 6664,16 M. Einnahme, die Ausgaben betragen 5331,92 M. Die Einnahmen der 9 Wahlkreise des Bezirks betragen 1910/11 40 644,31 M. gegen 31 604,11 M. 1909/10; die Ausgaben 32 787,72 M. gegen 28 482,47 M. An den Parteivorstand lieferten sie insgesamt 6155,11 M. ab. Die Mitgliederzahl betrug am 30. Juni 1911 10 819 (darunter 675 weibliche) gegen 9585 am 30. Juni 1910. Das ist eine Zunahme von 12,87 Proz. Gegenwärtig hat die Mitgliederzahl 11 000 übertraffen. Die Zahl der Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Vereine stieg von 94 auf 106.

Die „Vollmacht“ (Vielfeld) hatte am 30. Juni 15 930 Abonnenten, gegen das Vorjahr 2093 mehr. Durch intensive Agitation ist die Zahl inzwischen auf 16 500 gestiegen. Es wurden verbreitet 163 220 Flugblätter, 88 280 Broschüren und 40 100 „Vollmachten“. Im Bezirk fanden 1319 Versammlungen und Besprechungen zur Agitation statt. Die Zahl der Gemeindevorteiler stieg von 105 auf 135; die Zahl der Orte, in denen wir Vertreter haben, von 42 auf 57. Die „Arbeiter-Jugend“ hat rund 600 Abonnenten. Aus den Verhandlungen sei erwähnt, daß folgende Resolution Annahme fand:

„Der Parteitag für das östliche Westfalen und die lippschen Fürstentümer protestiert auf das Entschiedenste gegen den im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrag Hammer sowie gegen das Vorhaben der lippschen Regierung, welches bezweckt, gegen die Konsumvereine in Ausnahmegebieten zu schaffen. Die Parteigenossen verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen derartige Maßnahmen zu wirken. Der Bezirkskongress fordert die Genossen auf, für einen Masseneintritt in die Konsumvereine zu sorgen.“

Ferner wurde beschlossen, gegen die behördliche Verhinderung der freien Turn- und Arbeiterjugendbewegung energisch Front zu machen und diese Bewegung kräftig zu unterstützen.

Mit Referaten des Reichstagsabgeordneten Sebering und des Bezirkssekretärs Schred über die Reichstagswahl, wobei ersterer die politische Lage, speziell im Bezirk, letzterer die wahlrechtlichen Fragen behandelte, fand der Bezirkskongress sein Ende.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Festlegung der Tarifverhältnisse in der Wäscheindustrie

hat gestern nachmittag, soweit es möglich war, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts stattgefunden. Zunächst wurde das Protokoll der vorigen Sitzung der Schlichtungskommission und dann der allgemeine Tarifvertrag verlesen, um dessen genaue Formulierung festzustellen. Es wurden hierbei noch einige Änderungen, meist redaktioneller Art, vorgenommen. Außerdem wurde jedoch hinsichtlich der Bestimmungen über die Arbeitszeit der Wäscheindustrie, der sich auf die Maschinenführer und Stanzler bezieht, so daß für diese beiden Gruppen die Arbeitszeit nicht tariflich festgelegt ist. Die Streichung geschah auf Antrag der Arbeiter und zwar deswegen, weil die Arbeitszeit der Maschinenführer und Stanzler jetzt schon weniger als die im Tarifvertrag aufgeführten neun Stunden beträgt. Praktisch war der Passus so wie so von keiner Bedeutung, da ja der Tarifvertrag im übrigen bestimmt, daß, wo kürzere Arbeitszeit besteht, sie auch weiter bestehen bleiben muß. Ferner wurde auf Antrag der Arbeiter die Bestimmung gestrichen, die besagt, daß nach dreijähriger Vorkzeit der Mindestlohn der Zuschneider unter 21 Jahre 21 M., über 21 Jahre 24 M. beträgt. Auch hier war der Grund der Streichung der, daß bereits allgemein bessere Verhältnisse bestehen, also in dieser Hinsicht höhere Zeitlöhne gezahlt werden. Um irrigen Auffassungen vorzubeugen, erklärte der Arbeitnehmerverein, daß die Arbeitnehmer prinzipiell für die allgemeine tarifliche Festlegung der Zeitlöhne sind, hier aber nur deswegen darauf verzichteten, weil das, was in diesem Punkt von den Arbeitgebern zu erreichen war, allzu gering ist und unter den tatsächlichen Verhältnissen ausbleibt. — Die Arbeitgebervertreter erklärten sich mit dieser Streichung sowohl wie mit der oben erwähnten einverstanden. Auch im übrigen wurden die bei einzelnen Punkten gemachten Beanstandungen ohne größere Schwierigkeiten erledigt, so daß der allgemeine Tarifvertrag schließlich als endgültig festgelegt gelten konnte, und zwar auf drei Jahre. Daraus folgte die Vorlegung und Nachprüfung der in den einzelnen Betrieben vereinbarten, Artordnungen, wozu die betreffenden Fabrikanten sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Personale erschienen waren. Es zeigte sich, daß in den meisten Fällen eine Einigung zur Zufriedenheit beider Parteien erzielt worden war, so daß für diese Betriebe die Sache als endgültig erledigt gelten konnte. In einigen anderen Fällen lagen noch strittige Punkte vor, die zum Teil durch gegenseitige Aussprache vor der Schlichtungskommission beseitigt werden konnten, zum anderen Teil jedoch noch eine weitere Sitzung bedürftig werden. Das Endergebnis war, daß die Tarife bei 20 Firmen geregelt und von der Schlichtungskommission anerkannt sind, während dies bei sechs Firmen noch nicht der Fall ist. Für diese Firmen findet die Vorlegung und Nachprüfung der Tarife in einer neuen Sitzung der Schlichtungskommission statt, die auf den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, einberufen ist. Die Lohnverhältnisse, die dort festgelegt werden, gelten jedoch ebenfalls vom 1. Oktober ab, haben also für diese Firmen eine rückwirkende Kraft. Von den 26 Firmen, die dem Verbands der Wäscheindustrianten angehören, kommt eine nicht mehr in Betracht, da sie zu einer anderen Branche übergegangen ist.

Bei den Wäscheindustrianten W. Plume, J. u. M. Simon und W. o. H. u. H. e. m. a. n. n. dauert der Streik fort, da diese Firmen sich noch nicht zur Anerkennung des neuen Tarifvertrages bereit gefunden haben.

Die Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.

Die Mühlenarbeiter, organisiert im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, versammelten sich am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshaus, um den Bericht über den Stand ihrer Lohnbewegung zu hören. Nachdem die Unternehmer die Verhandlungen mit der Organisation der Arbeiter abgelehnt hatten, wurde in der Versammlung vom 24. September beschlossen, daß die Arbeiter der einzelnen Mühlen durch gewählte Kommissionen mit den Mühlenbesitzern verhandeln sollten, und zwar an der Hand der Forderungen, wie sie in dem Entwurf des Tarifvertrages aufgestellt worden sind. Das ist geschehen, aber das Ergebnis der Verhandlungen ist, wie der Vorsitzende Schuldt feststellte, ein recht mageres. Die Mühlenbesitzer, die die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen wollen, kamen in ihrer Organisation zusammen, um sich über die Bewilligungen, die etwa zu machen wären, zu einigen. Ganz winzig waren die Zugeständnisse; man wollte den Arbeitern 20 Pf., 15 Pf. und einmal sogar nur 5 Pf. pro Tagelohn zulegen. Das bedeutet bei der üblichen jeftündigen Arbeitszeit eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf., 1 1/2 Pf. und 1/2 Pf. Daß die Unternehmer es wagen durften, mit solchen Angeboten die Forderungen der Arbeiter zu beantworten, entspricht ganz den Organisationsverhältnissen, wie Schuldt hervorhob. Solange noch zahlreiche Mühlenarbeiter abschrifts stehen und zögern, sich dem Verbands anzuschließen, brauchen die Unternehmer die Organisation nicht zu fürchten. Auch die geforderte Anerkennung des Arbeitsnachweises des Verbandes wird erst in späteren Kämpfen gewonnen werden. Der Widerstand gegen diese Forderung war allgemein; davon wollte man durchaus nichts wissen.

Mit zwei Mühlen, der Wertheim- und der Salomonmühle, macht die Großverkaufsgesellschaft der Konsumvereine ihre Geschäfte. Die Verbandsleitung hat nun versucht, mit Hilfe der W. E. G. einen Druck auf diese Mühlenbesitzer zugunsten der Arbeiter auszuüben. Das ist nicht in der gewünschten Weise gelungen; die Besitzer gaben ausweichende Antworten und versicherten, sie würden mit ihren Arbeitern schon fertig werden. Ueber die Verhältnisse in der Salomonmühle herrscht viel Unklarheit; dort versteht man es, die Arbeiter durch verschiedene Lohnsätze uneinig zu machen und sie der Organisation fernzuhalten; von den 80 Arbeitern dieser Mühle waren nur sehr wenige in der Versammlung anwesend. Von diesen behauptete einer, daß die sanitären Verhältnisse der Mühle sehr viel zu wünschen übrig lassen, worauf die W. E. G. ihr Augenmerk richten mußte.

Die Vorsitzenden der Kommissionen in den einzelnen Mühlen berichteten über die stattgefundenen Verhandlungen und erklärten, daß die Arbeiter die gemachten Zugeständnisse als sehr ungenügend betrachten und daß sie sich damit nur vorläufig zufrieden geben könnten. — Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, die gegenwärtige Lohnbewegung abzubrechen und der Verbandsleitung anheimzustellen, zu gelegener Zeit und unter günstigeren Umständen mit den alten Forderungen wieder hervorzutreten. Unter diesen soll es die erste Pflicht aller Mitglieder sein, die unorganisierten Kollegen für den Verband zu gewinnen.

Die Wähler haben bei den Firmen Otto Thonack und Schumacher u. Koch Forderungen auf Abschluß eines Vertrages gestellt. Die erwähnte Firma hat befriedigende Zugeständnisse gemacht, während die letztgenannte Firma bis jetzt auf das Schreiben des Verbandes noch nicht geantwortet hat. Ferner beschloß eine gut besuchte Versammlung des Verbandes der Wähler, Weinkeller uin. gegen 3 Stimmen die Einführung einer Lokalaufsicht. Der Vertrag soll zu diesem Zweck vom 1. November ab um 5 Pf. erhöht werden. Die Auszahlung der Unterstützung beginnt am 1. Januar 1912. Die Ausarbeitung des Regulativs ist dem Vorstand und einer viergliedrigen Kommission übertragen worden.

Wahrung, Steinarbeiter! Die gesperrte Firma Jürgens u. Schille sucht in bürgerlichen Blättern Steinwehen unter dem Hinweis, Lohnunterschieden bestehen nicht. Demgegenüber stellen wir fest, daß genannte Firma noch wie vor gesperrt ist aus Gründen, welche sich gegen das von ihr geübte Arbeitssystem richten.

Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung im deutschen Steindruckgewerbe.

Wie wir bereits berichtet haben, stehen seit dem 23. September in Leipzig 1100 Lithographen und Steinrunder im Streik. Dem Vorgehen der Leipziger Kollegen schlossen sich die Lithographen und Steinrunder in einer Reihe anderer Städte an; sie machten die Leipziger Forderungen zu den ihrigen und reichten ihre Kündigungen ein, weil die gestellten Forderungen nicht bewilligt wurden. Da es in der vierzehntägigen Kündigungsfrist, die am 7. Oktober abgelaufen ist, zu keiner Einigung kam, so sind seit diesem Tage weitere 1500 Lithographen und Steinrunder in den Städten Berlin, Cassel, Grimnitzschau, Frankfurt a. M., Fürth, Grimma, Hannover, Nürnberg, Offenbach a. M., Stuttgart, Würzen und Jena in den Streik getreten. — Der Kampf richtet sich nur gegen Firmen, die dem Unternehmerschuhverband der deutschen Steinrunderangehörigen angehören, der wohl vorzuziehen ist, doch die rüchändige Verhältnisse nicht schätzen will, in Wirklichkeit aber unter keinen Umständen gewillt ist, den Gehilfen annehmbare Zugeständnisse zu machen. Denn während die Gehilfen eine tägliche Arbeitszeit für Steinrunder von 8 1/2 Stunden fordern, hat der Unternehmerschuhverband bei den gestrichelten Verhandlungen am 15. September eine wöchentliche Arbeitszeit von 53 Stunden als ein weitgehendes Entgegenkommen an. In vielen Geschäften haben jedoch die Gehilfen jetzt schon diese Arbeitszeit, im Durchschnitt beträgt sie 63 1/2 Stunden in Deutschland. Eine halbe Stunde wollte man also gnädigst bewilligen, pro Tag 6 Minuten! Und das nennen die Unternehmer weitgehendes Entgegenkommen und versuchen, die Öffentlichkeit zu täuschen. Um die Arbeiterschaft gefügig zu machen, spielt der Unternehmerschuhverband jetzt den letzten Trumpf aus, und zwar versucht er es mit dem bei den Oberschmiedemännern beliebten Mittel der Aussperrung. In 37 Städten Deutschlands sind am 30. September in Betrieben, die dem Schuhverband angehören, rund 2000 Lithographen und Steinrunder gekündigt worden. Selbstverständlich ist nur den organisierten Gehilfen gekündigt worden, während man den unorganisierten außerordentlich weit entgegenkommt. Mit den schmutzigsten Mitteln wird dabei gearbeitet und ein richtiges Zubastlaufen dabei inszeniert. Der Unternehmerschuhverband hat an alle seine Mitglieder ein Rundschreiben versandt, wonach alle Firmen versuchen sollen, die organisierten Gehilfen zum Austritt aus ihrer Organisation zu bewegen. Geld spiele jetzt keine Rolle. Gehilfen, die bisher 30 M. Wochenlohn hatten, werden bei 40 M. Beträge angeboten; selbst bei jetzigen Löhnen von 30, 38 und 40 M. werden Löhne bis 50, 60 und sogar 75 M. geboten. Also zu Verdienstdiensten sollen die organisierten Gehilfen gegen hohen Lohn gekauft werden. Vieles wurde von den Unternehmern auch ein Terrorismus angewendet, wie er nicht schmutziger erdacht werden kann. Den organisierten Gehilfen wurde oft die Frage vorgelegt, ob sie aus der Organisation austreten und im Geschäft verbleiben wollen. Sagten sie Nein, so wurde ihnen erklärt: „Gut, dann werden wir sorgen, daß sie in Zukunft in Schuhverbandsfirmen keine Stellung mehr finden.“ Zur Ehre der Gehilfen kann aber gesagt werden, daß sie den Lockungen und Drohungen der Unternehmer gegenüber bis auf ganz vereinzelte Fälle standhaft blieben. Ja, es kann sogar konstatiert werden, daß sich zahlreiche unorganisierte solidarisch erklärt und ihre Kündigungen eingereicht haben.

Schon im Jahre 1906 hatte die Gehilfenschaft einen schweren Kampf durchgemacht mit diesem Schornmacher-Unternehmerschuhverband, dessen Streben damals dahin ging, die Gehilfenorganisation zu vernichten, was ihm aber nicht gelang. Die Gehilfenschaft sieht dem jetzigen großen Kampfe, auch wenn er den vom Jahre 1906 übersteigen sollte, mit ruhiger Zuversicht entgegen. Sie muß eine Verbesserung ihrer Lage haben; die aufsteigende Tätigkeit und die Teuerung erscheinen es gebieterisch. Das Recht steht also auf Seiten der Gehilfenschaft. Wo der Unternehmerschuhverband nur um die Nacht kämpft, tritt die Gehilfenschaft für das Recht ein. — Falls also im Laufe dieser Woche keine Einigung zustande kommt, werden vom 14. Oktober ab rund 4500 Lithographen und Steinrunder in 49 Städten Deutschlands im Kampfe stehen. Außerdem kommt noch das Hilfspersonal dazu, das sich der Bewegung angeschlossen und ebenfalls Forderungen an die Unternehmer gestellt hat.

Zur Lohnbewegung in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Waffelinindustrie in Dresden.

Auf die den Fabrikanten zugestellten Forderungen haben bis zum 6. Oktober nur 7 Firmen (in Betracht kommen 58) eine Antwort gegeben, die direkt und indirekt jede Verhandlung mit den Organisationsvertretern über die Forderungen ablehnen. Die Unternehmer haben eine Sitzung abgehalten, in der sie die Löhne nach ihrem Ermessen festsetzten. Nach einer Bekanntmachung der Firma Hartwig u. Vogel will diese Firma eine Lohnerhöhung bei Stundenlohnarbeitern um 2 Pf., bei Arbeiterinnen um 1 Stunde eintreten lassen. Von Ferien ist darin keine Rede. Die Akkordarbeiter (rund 75 Prozent der Beschäftigten) gehen danach vollkommen leer aus. Die Firma begründet ihr Verhalten mit der enormen Steigerung der Rohmaterialien. Dabei steht fest, daß sämtliche Fabriken außerordentlich billige Abschlässe laufen haben, so daß sie von dieser Preissteigerung gar nicht berührt werden. Außerdem ist am 1. Oktober eine Preissteigerung der Industrieprodukte in Kraft getreten, die die Steigerung der Rohmaterialien vollkommen aufwiegt. — So wie die Firma Hartwig u. Vogel arbeiten alle Fabriken, teilweise sogar noch günstiger. Auf die Forderungen hygienischer und sanitärer Art und die Vereinfachung der Lebensverhältnisse hat die Firma überhaupt nicht reagiert. Es wird nunmehr das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen werden. Bei der bekannten Stellungnahme der Großkapitalisten den Einigungsämtern gegenüber, besteht wenig Aussicht, daß es vor dem Einigungsamt zu einer Einigung kommen wird.

Zum Streik der Bremer Brauereiarbeiter.

Die einmütige Arbeitniederlegung der Brauereiarbeiter ist nicht ohne Eindruck auf die Unternehmer geblieben, die eine solche Geschlossenheit der Arbeiter jedenfalls nicht erwartet hatten. Die von Hamburg importierten Hingebücker haben zweifellos auch Bedenken bei den Unternehmern hervorgerufen und sie zu der Ansicht gebracht, daß es doch wohl besser sei, mit den alten erprobten Arbeitern Frieden zu schließen, um die Arbeitswilligkeitsgruppe los zu werden. Auf Anfrage des Vorsitzenden des Gewerbegerichts erklärten sich beide Teile zu Unterhandlungen bereit. Eine solche fand am Sonntag, den 7. Oktober, statt. Es sind dabei den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht worden, namentlich auch in der Verfürgung der Arbeitszeit auf 10 bzw. 9 1/2 Stunden.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Wie uns aus Bochum gemeldet wird, hat nunmehr auch der Gewerbeverein Arifischer Bergarbeiter seine Aufgabe zu der jetzigen Lohnbewegung gegeben. Damit tritt diese in ein erneutes Stadium. Bei der letzten Lohnbewegung hatten sich die Christen bekanntlich abseits gestellt.

Ausland.

Herausziehende Konfikte in der Textilindustrie und Lederindustrie Schwedens.

Raum daß der langwierige Kampf im Waugewerbe vorüber ist, trifft das schwedische Unternehmertum schon Vorbereitungen zu neuen Kämpfen. Diesmal sind es die Textilfabrikanten, die den Anfang machen. Sie haben ungefähr fünfzig der für die einzelnen Fabriken geltenden Tarife auf den 31. Dezember gekündigt, verlangen aber gleichzeitig, daß von dem Datum ab eine provisorische Verlängerung der Verträge eintritt, bis ein allgemeiner Landestarifvertrag für die Textilindustrie zustande kommt. Damit ist jedoch die Textilarbeiterchaft nicht einverstanden, und in Korfförping, dem Hauptort der schwedischen Textilindustrie, hat ihre Organisation bereits beschlossen, den Fabrikanten Vorschläge zu einem totalen Tarifvertrag zu unterbreiten.

Die Schwedische Arbeitervereingung hat in 25 Lederfabriken die Tarifverträge gekündigt mit der Absicht, einen zentralen Tarif zustande zu bringen. Auch in diesem Industriezweige liegen die Verhältnisse so, daß man auf einen Konflikt gefaßt sein muß.

Versammlungen.

Die städtischen Arbeiter fordern Teuerungszulagen.

Daß gegenwärtig eine außergewöhnliche Teuerung herrscht, hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung bekanntlich anerkannt und die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag gestellt, den städtischen Arbeitern und Beamten zunächst Teuerungszulagen zu gewähren, dann aber auch die Löhne und Gehälter allgemein zu erhöhen. Nach diesen Vorgängen ist es natürlich, daß sich die zunächst Interessierten, nämlich die städtischen Arbeiter, melden, um den städtischen Behörden ihre Forderung einer angemessenen Lohnaufbesserung zu unterbreiten. Eine Versammlung der städtischen Arbeiter und Handwerker, die der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gestern Abend nach Körners Saal in der Kopenstraße einberufen hatte, war ungewöhnlich stark besucht. Obgleich sämtliche Tische aus dem Saale entfernt wurden, war derselbe samt den Galerien von einer Kopf an Kopf gedrängten Menge gefüllt. Mit regem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen des Referenten, Stadtverordneten Dr. Beyl, welcher im wesentlichen den Standpunkt vertrat: Die Stadt ist verpflichtet, ihre Arbeiter und Angestellten so zu entlohnen, daß sie nicht nur dürftig, sondern ausreichend leben können. Würden die Löhne und Gehälter von diesem Gesichtspunkt aus von Anfang an festgesetzt worden sein, dann wäre eine besondere Teuerungszulage nicht notwendig. Aber eine durchgreifende Lohnregulierung hat noch nie stattgefunden. Deshalb ist jetzt zunächst eine sofortige Teuerungszulage notwendig, die den Arbeitern und Beamten zu gewähren ist, deren Jahreseinkommen bis zu 3000 M. beträgt. Der Teuerungszulage muß dann eine den Zeitverhältnissen entsprechende allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter folgen. Es darf nicht gefragt werden: „Was kostet es?“ sondern „Ist es notwendig?“ Die Notwendigkeit aber läßt sich nicht in Abrede stellen. — In seinen allgemeinen Ausführungen zeigte der Referent, daß die Teuerung ihre wahre Ursache in der volkfeindlichen Zoll- und Wirtschaftspolitik der Regierung hat. Unter lebhaftem Beifall forderte er die Anwesenden auf, bei den Reichstagswahlen an der Beseitigung dieses volkfeindlichen Systems mitzuwirken. Nach einer regen Diskussion im Sinne des Referats wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die volkfeindliche Wirtschaftspolitik der in der Reichsregierung und im Reichstage herrschenden Agrardemagogie hat zu einer ungeheuren Vertuerung der wichtigsten Lebensmittel geführt, die unsehbar Not und Entbehrung in den Arbeiterfamilien zur Folge haben muß. Mit Rücksicht auf diese Tatsachen erklären die am 8. Oktober in einer Zahl von mehr als 3 1/2 Tausend versammelten Arbeiter und Handwerker der städtischen Betriebe Berlins es als eine Pflicht des Magistrats, schleunigst entsprechende kommunale Maßnahmen zu treffen.

Die Versammelten halten insbesondere den von der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung am 28. September unterbreiteten Antrag für vollkommen berechtigt und erwarten mit Bestimmtheit die baldige Gewährung von Teuerungszulagen an alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, legte Buhl in einem kurzen Referat dar, daß die Wünsche der städtischen Arbeiter in bezug auf eine Verbesserung der Bestimmungen über den Sommerurlaub, sowie die Revision des Arbeiteraufnahmereglements immer noch unerfüllt sind, obgleich die Arbeiter seit langer Zeit vergebens auf die endliche Erledigung dieser Angelegenheiten warten.

Dieszu wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung stellt vor der Öffentlichkeit fest, daß die seit mehreren Monaten zugesagte Revision der Arbeiteraufnahmereglements und der Sommerurlaubbestimmungen bis heute noch nicht erfolgt ist.

Die Versammelten sehen darin eine gänzlich unbegründete Verschleppung, die sich nur durch Mangel an Entgegenkommen für die städtischen Arbeiter erklären läßt. Dagegen erheben die Versammelten entschiedenen Einspruch und sprechen die Erwartung aus, daß die Erledigung der beiden für die Gesamtarbeitergemeinschaft bedeutungsvollen Forderungen in Kürze erfolgt.

Letzte Nachrichten.

Die monarchistische Bewegung in Portugal.

Liss., 8. Oktober. (W. T. Z.) Der Lissaboner Vertreter der „Königlichen Zeitung“ telegraphiert aus Badajoz vom 9. Oktober: Nach durchaus zuverlässiger Quelle hat ein Gesandter den Monarchisten zwischen Moimenta und Caacares festgestellt. Die Regierung erhielt die Mitteilung, daß zahlreiche Kriegsmaterial auf dem Kampfplatz zurückblieb. Diefüge konservative Kreise glauben fest an den Sieg Paiva Conceiros, dessen Hauptmacht noch nicht eingestiegen sein soll. Beim Kampf gab es Tote und Verwundete.

Die Stimmung in Lissabon ist ungemächlich schwül. Die Carbonarios bewachen die Kasernen sowie die auswärtigen Konsulate, um zu verhindern, daß verfolgte Monarchisten dort Schutz suchen. Der Mob macht sich unangenehm bemerkbar. Als die Verhafteten aus dem Kerker kamen, wurden sie von dem Pöbel gezwungen, die republikanische Fahne zu küssen.

Braganza, 9. Oktober. (W. T. Z.) Vierhundert in Oporto gelandete Marineinfanteristen sind hier eingetroffen. Sie waren während der ganzen Bahnfahrt Gegenstand lebhafter Huldigungen. Eine Schar Royalisten befindet sich immer noch in Portugal, einen Kilometer von der Grenze entfernt. Infanterie ist mit Maschinengewehren nach Moimenta und Montecors abgegangen. In Sinobas sind elf, in Moimenta drei Monarchisten verhaftet worden. Republikanische Freiwillige haben zwei Priester als Führer der monarchistischen Bewegung verhaftet.

Der die behütet, schläft noch schlummert nicht.

Sofia, 9. Oktober. (W. T. Z.) Von der im Bau befindlichen Alexanderkirche ist eine Glocke herabgestürzt. Drei Personen wurden getötet.

Judenhehe.

Oslo, 9. Oktober. (W. T. Z.) In Bergana kam es auf das Gerücht von dem Raub eines Sartenknechts durch Juden zu einer Kundgebung gegen die Juden. Eine große Menge Eingeborener begann Steine auf die Juden und ihre Fenster zu werfen. Ein Jude wurde dabei getötet, mehrere andere und deren eingeborene Verteidiger erlitten Verletzungen. Die Polizei war ohnmächtig, die Kundgebungen zu verhindern. Es wurden Truppen aufgeboden, die die Ruhe wieder herstellten.

Eine Falschmünzerei entdeckt.

Hankau, 9. Oktober. (W. T. Z.) Auf dem Bestium einer russischen Gesellschaft sind eine Werkstatt zur Herstellung von Fälschungen großer Mengen falscher Dollarsnoten und chinesische revolutionäre Flugchriften aufgefunden worden. Der von den Revolutionären zum Gouverneur gewählte Gersoffler fordert die Bevölkerung darin auf, sogleich die Republik zu erklären, dabei aber die Fremden und ihren Handel nicht zu schädigen, wofür sie sich nicht zu Verteidigern der herrschenden Dynastie aufzuwerfen.

Kinderschuhkommission von Groß-Berlin.

Die Zentralstelle für alle Kinderschuhangelegenheiten befindet sich bei dem Vorsitzenden der Kinderschuhkommission: Genossen Lorenz...

Beschwerden über Verhältnisse gegen das Kinderschuhgesetz sowie über Kindermisshandlungen werden von nachstehenden Kontrollleurinnen entgegengenommen:

- 1. Kreis. Frau Emilie Richter, Berlin W. 8, Leipziger Str. 42. 2. Kreis. Frau Elfe Seyfarth, Berlin SW. 47, Wartenburgstr. 9, Seitenflügel IV. 3. Kreis. Frau G. Torgler, SW. 61, Gitschiner Str. 93. 4. Kreis. Frau Mehner, O. 27, Andreasstr. 79. 5. Kreis. Frau Rosa Wolflein, Viehmannstr. 5. 6. Kreis. Frau Minna Lohse, N. 58, Oberberger Str. 20 III.

Tellev.-Verdram.

- Frau Effriede Ronek, Treptow-Paumschulenweg, Kiefholzstr. 180. Frau Toni Sufmann, Charlottenburg, Berliner Straße 130. Frau Siedel, Hixdorf, Idealpassage 8. Frau B. Viesch, Hixdorf, Wildenbruchstr. 56. Frau Singelmann, Adlershof, Kronprinzenstr. 20. Frau Stur, Brix, Germania-Promenade 20. Frau Tolle, Friedena u, Weideseimer Str. 3. Frau Gusz, Groß-Nichterfelde, Kochstr. 16. Frau Roesch, Grünau, Köpenicker Str. 91. Frau Rabumte, Johannisthal, Moonstr. 4. Frau Gadsbarth, Köpenick, Flemingstr. 15. Frau Kobrat, Lankwitz, Marienstr. 11. Frau Schwarz, Mariendorf, Raibaustr. 97. Frau Grentsch, Marienfelde, Kaiser-Allee 20. Frau Dreßler, Rowawes, Brieselerstr. 79. Frau Schuschenk, Schmaragdort, Sulzauer Str. 12. Frau Heide, Schöneberg, Köpfhäuserstr. 4. Frau Birde, Wannsee, Chausseest. 15. Frau Wolff, Treptow, Gröbstr. 64. Frau Klöter, Steglitz, Schötenwaldstr. 1. Frau Koloff, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 31.

Niederbarnim.

- Frau J. Schulze, Nummelsburg, A.-Vorhangen 1a. Frau M. Langer, Vorstgilde, Knitstr. 26. Frau Lieschen Gubela, Eiserer, Wilhelmstr. 27. Frau Berta Neumann, Französisch-Buchholz, Rosenhölzer Straße 16.

Kleines feuilleton.

Theater.

Theater in der Rüdigergräber Straße: „Hundstage“. Lustspiel von Rolf Holm. Der Verfasser hat sich, was Handlung, Psychologie und Motivierung anlangt, in keine Unkosten gespart. Aber er läßt seine Männlein und Weiblein aus dem Mäntelchen Künstler- und Bohémienleben so unbesangenen led, so munter parodieren und witzig plaudern, daß man die gute Laune dem ganzen Abend über nicht verlor.

Ein Kunstschaffsteller, ein Dyrker und Maler — lauter Individualitäten — und „moderne Menschen“, für die die eheliche Treue ein überwindenes Vorurteil beschränkter bürgerlichen Philisterismus ist — vergnügen sich und ihre Frauen in der Sommerfrische mit Schöholzraspeln und ständigen Liebesleien. Es sind nicht wirkliche Lebendige, aber immerhin durch treffende Charakteristischer-perfekturierende und ewig abgebildeten schöngeistigen Gefinnungslämpchen. Verächter jedes banausischen Erwerbes gedenkt er die soziale Frage für sich und seine Frau dadurch zu lösen, daß er nach vollzogener Scheidung ein Millionärsdötterchen ergattert und der Geschiedenen aus den Renten großmütig ein Stipendium aussetzt. Dem Dichter, der in noch bringenderen Nöten lebt, gibt er den guten Ratsschlag, das Recht auf alle Werke, die er künftig schreiben werde, im Voraus für rund 500 Tausend dem Verleger zu verkaufen und sich dann für alle Zeit zur Ruh zu setzen. Eine junge reiche in den Malerdomänen verlebte Witwe läßt den Herrn bei seinem pugilen Veruche, sich als Eheandabiten zu empfehlen, gründlich aufpassen und nimmt dann auch noch einer kleinen Eiferjuchtskampagne, die die verhängliche Frau des Künstlers inszeniert, von dem berechneten Meister freundschaftlichen Abschied. Veröhnung der Gatten und Alpenglücken im Hintergrund. „Es ist beinahe wie im Theater,“ mokiert der Autor sich selber lustig über seinen Schluß.

Dito Gebähr, der im Vesting-Theater den Doktor Jura, den heiter toleranten Ehephilosophen so ausgezeichnet spielte, brachte die gefinnungslämpige Toleranz des Kunstschaffstellers Lom mit ebenso verblüffendem Humor heraus. Sehr gut war auch Lilla Durieux, als hübsches, dummes, intrigantes Ehegändchen, wie die Darstellung des Malerparçasens durch Bruno Harprecht und Julia Serda.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: Die Legionäre von Alfred Roffig. Der Autor hat schon verschiedene Stücke geschrieben, darunter „Die Tragödie des

- Frau Luise Klotow, Fichtenau, Mollkestraße. Frau Anna Brand, Friedrichsfelde, Nummelsburger Str. 16. Frau S. Schwarz, Friedrichshagen, Seest. 110. Frau Charlotte Käter, Karlshorst, Adelsstr. 9. Frau Frida Hing, Hohen-Schönhausen, Berliner Str. 120. Frau Kobb, Lichtenberg, Friedr. 14a. Frau Mathilde Reich, Mahlsdorf, Bahnhofsstr. 41. Frau A. Steinhorn, Nieder-Schönhausen, Kreuzowstr. 52. Frau B. Brudhoff, Ober-Schönweide, Luisenstr. 28. Frau Auguste Schumann, Oranienburg, Jägerstr. 41. Frau Wätig, Panlow, Wäntstr. 51. Frau Dina Jevernid, Reinickendorf-Ost, Danast. 14. Frau Ehlert, Reinickendorf-West, Berliner Str. 108. Frau Elisabeth Hütter, Nummelsburg, Sonntagstr. 4. Frau M. Dabertow, Stralau, Friedrich-Jungstr. 5. Frau Damaskle, Tegeel, Bahnhofsplatz 1. Frau Hedwig Dietrich, Weihensee, Berliner Allee 217. Frau Elise Haeste, Wilhelmstr. 6.

Wir bitten, alle Fälle ungeschlichteter Erwerbsarbeit der Kinder, Mißhandlungen, fittliche Gefährdung und dergleichen an diese Genossinnen zu melden. Die Namen der Beschwerdeführer werden diskret behandelt, können also ohne Verzug obigen Personen mitgeteilt werden.

Kreditmöbel als kapitalistische „Wohlfahrt“!

Die Möbelleieferung auf Abzahlung ist das neueste auf dem Gebiete kapitalistischer „Wohlfahrt“-erzeuger. Von dem „Dorado“ der Farbenschlaven, aus Eberfeld-Leberufen, dem Sitz der Farbentfirma Bayer u. Comp., ist ja schon mancherlei „Wohlfahrt“ auf die Arbeiter herabgeströmt. Auf die Aktionäre der Firma strömt allerdings Jahr um Jahr ein viel reicherer Segen. Die der „Proletarier“, das Blatt des Fabrikarbeiterverbandes mitteilt, empfiehlt die Firma Bayer u. Comp. in Leberufen den Lohnslaven „ihre“ Möbelhandlung auf Abzahlung.

In einer Bekanntgabe an die Arbeiter der Werke heißt es darüber:

„Wir haben diese Einrichtung getroffen, damit in Zukunft un- bemittelte junge Eheleute und Familien, die genötigt sind, ihre Wohnungseinrichtung zu ergänzen, nicht mehr darauf angewiesen sind, die Möbel und andere Haushaltsgegenstände auf Abzahlung zu kaufen.“

Damit gibt die Firma ja zu, daß an sich der Lohn der Gicht- hüttenproletarier deart niedrig ist, daß sie auf die Abzahlungs- geschäfte angewiesen waren und sind. Ueber die „Bezugsbedingungen“ beim kapitalistischen Wohlfahrtsmöbelkreditbetrieb erfahren wir folgendes:

Der Bewerber muß mindestens 1 Jahr im Dienste der Farbentfabriken leben und durch eine einwandfreie Führung die nötigen Garantien dafür bieten, daß er gewillt ist, die eingegangenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Die Möbel werden zunächst nur mietweise überlassen. An Miete sind jährlich 5 Proz. des Anschaffungswertes zu zahlen. Die Miete ist in Wochenbeiträgen bei der Lohnzahlung bar zu entrichten. Bei einem Anschaffungswert von 500 M. beträgt also die Miete pro Jahr 25 M., die in 50 Wochenraten zu 50 Pf. eingezogen wird. Als Anzahlung auf den zukünftigen Kauf der Möbel hat der Mieter wenigstens 10 Proz. des Kaufpreises zu leisten. Die Anzahlung des Mieters wird auf den Namen des Mieters in der Sparkasse für Arbeiter der Farbentfabriken angelegt und zu 5 Proz. verzinst. Außerdem muß der Mieter sich verpflichten, sich wöchentlich 1 Proz. des Anschaffungswertes (also bei einem Anschaffungswerte von 500 M. 5 M.) von seinem Lohne einzahlen zu lassen und die Beiträge ebenfalls der Sparkasse für Arbeiter der Farbentfabriken zu überweisen, die sie zu 5 Proz. verzinst.“

Zu dieser Rechnung bemerkt der „Proletarier“:

„Nehmen wir bei dem Beispiel von 500 M., das die Farbwerke anführen, so hat der Arbeiter zuerst zu leisten 50 M. als Anzahlung und außerdem 20,20 M., zusammen 70,20 M. im ersten Jahr. Das ist eine Summe, die sich wohl Duisberg und sein Sozialsekretär Schulze mit Leichtigkeit alle Monate leisten können, keineswegs aber ein Arbeiter, der mit einem Jahreseinkommen von 1200 bis 1500 M. eine vier- und fünfköpfige Familie zu ernähren hat. Selbst junge Eheleute sind nicht in der Lage, unter jetzigen Verhältnissen sich solche Summen abzugeben.“

Gedankens“, ein Giordano Bruno-Drama voll markiger Kraft. Er ist Anhänger des Versdramas, und so sind auch die „Regionäre“ in Versen geschrieben.

Es war entschieden ein originaler Gedanke, der Bühne das ent- schiedene Los der französischen Fremdenlegionäre zuzuführen. Im ersten Akt sowie einigen späteren Szenen wird dazu ein sehr fruchtbarer Anlauf genommen; die Tragheit der Bilder auf und hinter der Bühne läßt sich poetisch rechtfertigen. Ein überrasgender Gestalter würde nun die Handlung konsequent durchgeführt haben. Nicht so Roffig. Er kommt mit subtropischer Räuberromantik. Die Soldaten rebellieren, weil sie weder die vom Kommandanten anbefohlenen bestialischen Hinrichtungen der Eingeborenen mit ansehen können, noch die brutale Behandlung ihrer Kameraden länger dulden wollen. Das alles ist höchst dramatisch gemacht. Dann gehts in den Kampf gegen den schwarzen Feind; er wird natürlich niedergezwungen; die An- führung der Amazonentruppe: „Etioni“ fällt dabei in die Hände der Sieger. Von jetzt an verliert sich der Dichter in Rebutile. Etioni ist die Tochter des schwarzen Wänters, der unschädlich gemacht wird, indem man ihn samt seiner Burg in die Luft sprengt. Sie dozieren, wie ein deutscher Professor und verliert sich obendrein in den Regionäre Konrad, der sie gefangen genommen hat. Im gegen- seitigen Liebeswerben ergiebt sich die flut salomonisch-orientalischer Wilderproakt. Und als fern mit lautem Knall die Dynamit- mine aufsteigt, da schweben sich Etioni und ihr Adolar Konrad, die Welt vom Kriege zu erlösen. Man merkt die Absicht des Dichters; ihm war der Stoff gerade gut genug, um offen von der Bühne für eine große humane Idee ein- zutreten. Roffig besand sich schon auf dem richtigen Wege; nur erlahmte die Dichterkraft: das ist das fatale. So entstand ein Drama, das zwar in manchen Einzelheiten den starken Schilderer lennisch macht, jedoch als Ganzes den Reim eines frühen Todes in sich trägt. Es wurde nicht ohne Widerspruch aufgenommen, der aber doch von lautem Beifall überstimmt ward. Unter den Darstellern fiel eigentlich nur Käthe Wittenberg als roter lebenskraftige Marientendin auf. Sonst machte sich mancherlei Schaa me bemerkbar, sowohl bei der Regie, als auch bei den meisten Haupt- und Nebendarstellern. a. k.

Humor und Satire.

Europa.

Mein Erdteil der Humanitäten, Des Rechtsgeföhls und Gleichgewichts, Was sagst du, wenn's anders täten? Galt' anderswo das Recht für nichts?

Marokko einfach einzufassen, Wegpften fehlen über Nacht, Und jetzt noch Tripolis zu packen, Wie man's in Tunis vorgemacht!

Der Maul doll schöner Redensarten, Der Menschheit edle Schägerin,

Wie ist es aber, wenn der Arbeiter die „Nase voll“ hat von dem ganzen Wohlfahrtbetrieb in Leberufen, wenn er das Farben- paradises verläßt? Darüber heißt es:

Nimmt der Mieter seine Entlohnung oder tritt er aus anderen Gründen von dem Mietvertrage zurück, so hat er entweder den Restbeitrag in bar zu entrichten oder die Möbel wieder herauszugeben. Im letzten Falle erhält er dann das angefallene Sparlassenguthaben nach Abzug des Ver- trages zurück, der für etwaige Reparaturen der Möbel erforder- lich ist.“

Das genügt. In das Abzahlungsgefchäft ist also durch den Wohlfahrtbetrieb ein neues Kommt gebracht: während es bisher keinem Händler einfiel, sich darum zu kümmern, wo ein Kunde arbeitete, wenn nur die fällige Rate bezahlt wurde, ist es bei der Farbentfirma Bayer u. Comp. anders, da werden die Möbel wieder weggenommen, wenn der Restbeitrag nicht auf einmal beim Arbeits- wechsel bezahlt werden kann!

Wahrlich, es ist etwas abschreckend Häßliches mit der egoisti- schen „Wohlfahrt“-plage des Großkapitals. Was wird die Profit- gier höchstens ausbütten?

Wenn der Abzahlungsandel allgemein deart kapitalistisch in „eigene Regie“ übernommen wird, kann ja auch der Lohn für die Arbeiter allgemein mehr der Lebensnotdurft des ledigen Mannes angepaßt werden, als der des verheirateten. Welche „glänzenden“ Aussichten für die Ausbeuter im Zeitalter der „gehobenen“ Ar- beiterexistenz!

Aus der Partei.

Eine Rieserversammlung gegen die koloniale Raubpolitik der kapitalistischen Staaten und gegen die Kriegszübele der Diplomatie fand am Sonnabend, den 7. Oktober in Stuttgart statt. Die Parteileitung Stuttgarts, die im Auftrage der Kreisversammlung des 1. württembergischen Wahlkreises die Versammlung einberufen und Genossin Luzemburg als Rednerin berufen hatte, hatte das größte Versammlungsfokal der Stadt, den Juliusbau gemietet. Aber auch dieser Raum reichte nicht aus, die Menge zu fassen. Weit über 5000 Personen waren anwesend. Als die Polizei das Lokal längst gesperrt hatte, strömten noch immer neue Massen herzu. In überaus eindrucksvoller Rede behandelte die Genossin Luzemburg das Thema. Als sie schloß mit der Aufforderung, die Kräfte anzuspannen, um die kapitalistische Wirtschafts- ordnung zu zerstückeln und damit Teuerung und Krieg unmöglich zu machen, durchbrannte donnernder Beifall den Riesensaal. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale revolutionäre Sozial- demokratie schloß der Stuttgarter Parteigenossenschaft gegen die Kriegsgelüste der raubgierigen Clique der Kolonialinteressen aller kapitalistischen Staaten und ihrer Handlanger veranstaltet wurde.

Personalien. Zum zweiten Parteisekretär wählte die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Adin- Stadt und Adin-Land den Genossen Rudolf Jßland (Adin- Ehrenfeld).

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Rettung der Reichsversicherungsordnung.

Das Zentrum sieht wohl ein, daß all sein Reden und Schreiben zum Lobe der Reichsversicherungsordnung unter der christlichen Ar- beiterschaft nicht hinreichend wirkt. Seine Leute veranstalten des- halb eine umfangreiche Rettungsaktion des „großen sozialen Wertes“ vor dem Radil Unser Eßsen et Parteiblatt hatte die Arbeiter- vertreter des Zentrums wegen des Verhaltens zur Versicherungs- ordnung scharf angefaßt, nicht zuletzt den Eßener Abgeordneten Giesberts. Dieser hat nun in Gemeinschaft mit den Abge- ordneten Becker, Behrens und Fleischer Privatklage gegen die Arbeiterzeitung angekrengt. Verhandelt wird die origi- nelle Ehrenrettung einer politischen Mißgeburt am 27. Oktober. Auf das Ergebnis darf man gespannt sein.

Das Raubspiel zu einem Gastmahl.

In Pforzheim in Baden wurden am 6. Oktober vor dem Schöffengericht nach siebenstündiger Verhandlung die Genossen Schäbelin, Redakteur der „Freien Presse“, und Hamann, Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wegen Ver- leidigung des Fabrikdirektors Emil Kollmar, Chef der Firma Kollmar u. Jourdan, zu je 500 M. Geldstrafe und zur Ertragung sämtlicher Kosten verurteilt.

Im vergangenen Jahre gab die besagte Firma einige Zeit vor Ausbruch des Streiks im „Saalbau“ in Pforzheim ein Essen für

Kunst du, erlauben dir's die Karten, Vergnügt den schmutzigsten Gewinn.

Des Christentumes Grundgedanken, Die deinen Staaten eigen sind, Sie kommen wirklich oft in Schwanken, Verflüchtigen sich leicht im Wind.

Europas Völker, wahrst die Güter, Die heiligsten, in guter Aush! Und siehst als treubeforgte Hüter, Soviel ihr stehlen könnt, dazu!

B. Schlemihl im „Simplicissimus“.

Notizen.

Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelm- städtischen Schauspielhaus sind aus „Gründen, die auf politischen Gebiete liegen“, „Die Legionäre“ vom Spielplan ab- gelöst. Es geht statt dessen am Montag, Dienstag und Mittwoch Ludwig Thomas Komödie „Moral“ in Szene. (Diese seitliche Repertoireänderung soll auf eine Einwirkung der französischen Wirt- schaft zurückzuführen sein. Wir haben also jetzt neben der welt- bekannten eigenen Jenseit auch noch eine französische, der sich ein deutscher Theaterdirektor ohne weiteres unterwirft. Männerholz!)

Preussische Kultur. Prof. Heinrich Wölfflin, der hervorragende deutsche Kunsthistoriker, wird sein Lehramt an der Berliner Universität aufgeben und einem Rufe nach München folgen. Gründe: W. fühlt sich in dem absolutistisch-bureaunkräftig regierten Preußen nicht wohl, um so weniger, da er den Mut hat, seine Kunstanschauungen auch auf das moderne Leben anzuwenden und seine Meinungen nicht nach der offiziellen preussischen Kunst- politik zu richten. So hat er gegen verschiedene von bekannter Seite protegierte Pläne (die Umgestaltung des Opernhauses usw.) protestiert. Die Vongen rächten sich daher, indem sie die von Wölfflin vor- geschlagene Ernennung Liebermanns zum Ehrendoktor verhinderten und ihm sonst Schwierigkeiten machten. — W. folgt also Richard Weisfeld, und Preußen hat das Nachsehen.

Die nicht nachgesuchte Konzession. Die Auf- führung der „Dressie“ im Julius Schumann ist verboten worden, weil Direktor Reinhardt nicht um eine besondere Konzession hierfür nachgesucht hat und die Polizei für jede Währe eine besondere Konzession verlangt. Direktor Reinhardt hält das nicht für nötig. Die Angelegenheit wird von beiden Seiten prinzipiell behandelt und dürfte erst durch ein Verwaltungsstreitverfahren entschieden werden.

Antwerpen als größter Exporthafen der Welt. Die Entwicklung Antwerpens als Hafenplatz schreitet un- aufhaltsam vorwärts. Im Jahre 1910 ließen nicht weniger als 8717 Schiffe ein mit einem Gehalt von 12 654 153 Tonnen. Gegen das Jahr 1901 stellen diese Zahlen eine Verteilungszunahme von nicht weniger als 41 Proz. dar. Die Hafenerweiterungsarbeiten werden energisch fortgeführt.

Ihre Arbeiter mit Münchener Bier, Schweinefleisch und Sauerkraut. Damals war auch Genosse Schülke hingegangen, um vielleicht einige Vorteile für die Arbeiter durch die Teilnahme zu erringen. Einige Zeit darauf besichtigte der Landtag die Fabrik, die natürlich vorher zu diesem Zweck schon herausgeräumt worden war. Daran anschließend gab die Firma den Besuchern ein Banlett, wobei der Champagner in Strömen floß und das Loblied der Firma in allen Zonarien gelungen wurde. An diesem Banlett hatten auch zwei sozialdemokratische Abgeordnete teilgenommen.

Als dann der Streik ausbrach, erschienen unter anderem ein Zeitungsartikel und ein Flugblatt, in denen der Firma zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie ungesetzliche Einträge, wegen Streik ausgeübt" u. a. in die Invalidentaxen machte. Ferner, daß nach dem Streik eine Anzahl Arbeiter entlassen wurden, weil sie zum Verbands gehörten. Auch war scharfe Kritik an dem Benehmen Kollmachers gegenüber einer verletzten Arbeiterin und an sogenannten Wohlfahrtsanstalten des Betriebes geübt. Der Anwalt der Firma verlangte in äußerst scharfmascherischer Weise Unschädlichmachung des Angeklagten auf sechs Monate! Das Gericht erkannte jedoch auf die oben erwähnte Strafe.

Eine Staatsaktion. Die „Freie Volkszeitung“ in Göttingen veröffentlichte am letzten Freitag einen „Reserve hat Ruhi!“ überschriebenen Artikel, in dem die militärentlassenen Reservisten aufgefordert wurden, in die Reihen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften einzutreten. Daraufhin erschienen Sonnabend nachmittag auf der Redaktion des Blattes vier Beamte der Ulmer Staatsanwaltschaft und nahmen eine Hausdurchsuchung nach dem Manuskript des Artikels vor, die natürlich ergebnislos verlief.

Jugendbewegung.

Eine berechtigte Beschwerde.

Wir berichteten im Juli von dem geschwundenen Vorgehen einiger Polizeibeamten, welche eine vom Berliner Jugendauschuss einberufene Versammlung störten, in welcher der Schriftsteller H. H. über Leben und Dichten Schubarts berichtet sollte.

Der Genosse Dr. Kurt Rosenfeld wandte sich damals als Vorsitzender des Berliner Jugendauschusses beschwerdeführend an den Berliner Polizeipräsidenten, indem er hervorhob, daß das Vorgehen der Polizeibeamten jeder Begründung entbehre, da eine nicht-politische Versammlung stattfinden sollte, die Versammlung noch gar nicht begonnen hatte und ein Auflösungsgrund nicht vorlag. Die Beschwerde richtete sich ferner gegen das Verhalten derjenigen Polizeibeamten, welche die Vernehmung der zur Sache festgenommenen Personen vorgenommen haben, da bei der Vernehmung Worte, wie z. B. frecher Lämmel von den Polizeibeamten den jungen Leuten zugerufen wurden.

Genosse Rosenfeld hat jetzt den Bescheid erhalten, „daß die angelegten Ermittlungen die Berechtigung der Beschwerde ergeben haben. Den beteiligten Beamten ist das Erforderliche eröffnet worden.“

Hoffentlich verschont manne die Polizei die Veranstaltungen des Jugendauschusses mit weiteren ungesetzlichen Verhaftungen.

Aus Industrie und Handel.

Die deutsche Roheisenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats September 1911 insgesamt 1 250 702 Tonnen gegen 1 284 302 Tonnen im August 1911 und 1 432 477 Tonnen im September 1910.

Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für 1910 angegeben ist:

Gießereiroheisen	248 980 To. (247 787 To.)
Stahlrohheisen	26 357 „ (36 155 „)
Thomassoheisen	805 167 „ (782 194 „)
Stahl- und Spiegeleisen	134 095 „ (115 368 „)
Budderoheisen	36 213 „ (50 975 „)

Die Erzeugung während der Monate Januar bis September 1911 stellte sich auf 11 507 749 Tonnen gegen 10 922 529 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

In der Aufsichtsratsitzung der Berliner Elektrizitätswerke wurde seitens des Vorstandes Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr erstattet. Es soll nach Abschreibungen von 4 455 343,58 M. die Verteilung einer Dividende von 4 1/2 Proz. auf 20 Millionen Mark Vorzugsaktien und von 12 Proz. (im Vorjahre 11 Proz.) auf 44,1 Millionen Mark Stammaktien vorgeschlagen werden. Die Aufsichtsratsversammlung hat die des Vorjahres wieder überflogen. Die Zahl der Abnehmer ist auf 33 165 (+ 4320), die der Anschlüsse im Kilowatt auf 206 726 (+ 23 504) gestiegen. Kupfer abgegeben wurden in Berlin und Vororten 108 031 743 Kilowattstunden (+ 23 600 806). Die Zahlungen an die Stadt Berlin bezifferten sich auf 6 283 733,63 M. (im Vorjahre 5 613 316,61 M.). In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September er. wurden 9432 Kilowatt neu angegeschlossen; weiter angemeldet waren am 30. September 3387 Kilowatt für Licht- und Kraftzwecke sowie 2350 Kilowatt für Hochspannungsanlagen. Die in den ersten zwei Monaten des neuen Geschäftsjahres nutzbar abgegebenen Kilowattstunden beliefen sich ausschließlich des Selbstverbrauches auf 23 599 615 (+ 3 209 213).

Rohensyndikat. Aus Essen wird berichtet: Die Besenbesitzer versammlung setzte die Verteilungsanteile für November in Köln auf 85 Proz. (bisher 87 1/2 Proz.), in Köln auf 60 Proz. (bisher 65 bzw. 60 Proz.) und für Brickets auf 77 1/2 Proz. (bisher 80 Proz.) fest. Da die Drucklegung des Monatsberichts noch nicht erfolgen konnte, erstattete der Vorstand einen vorläufigen Bericht über die Marktlage, wonach sich die Absatzverhältnisse im September im allgemeinen im Rahmen des Vormonats abgewandelt haben.

Ein Run auf die Göttinger Banken.

Die Göttinger Bank, Aktiengesellschaft, hat kürzlich wegen finanzieller Schwierigkeiten ihre Zahlungen eingestellt, wodurch im Publikum eine große Verwirrung hervorgerufen wurde. Gestern erfolgte der Zusammenbruch einer zweiten Bank, des Bankhauses Sedel u. Hirsch in Göttingen, das ebenfalls seine Zahlungen eingestellt hat. An dem fallierten Bankhaus Sedel u. Hirsch ist das große Bankhaus Wertzauer in Kassel kommanditistisch beteiligt, so daß für die Gläubiger wenig zu befürchten sein dürfte.

Als gestern vormittag die Zahlungseinstellung bekannt wurde, brach in der Geschäftswelt wie in Privatpublikum eine förmliche Panik aus. Alles lief schamstracks zu den Banken und hob an, was nur irgend möglich war. Die Banken hatten sich gut vorgeesehen, so daß sie jede geforderte Summe auszahlen konnten, auch solche, die erst hätten gelündigt werden müssen. Die Göttinger Banken haben einen derartigen Run noch nie erlebt. Eine einzige Privatbank hat gestern vormittag über 600 000 M. ausgezahlt.

Um die große Aufregung zu beseitigen, haben die Handelskammer und die kaufmännische Innung durch Extrablätter eine Beruhigungserklärung erlassen, in der sie dem Publikum empfehlen, nicht durch überhöfete Maßnahmen die Lage noch zu verschlimmern.

Gründungen in Oesterreich. Nach einer Veröffentlichung des A. I. Handelsmuseums wurden im ersten Halbjahre 1911 21 Aktiengesellschaften mit 48 Millionen Kronen Kapital gegründet — die stärkste Gründungstätigkeit seit 1907. 60 Gesellschaften haben ihr Kapital um 222 Millionen erhöht, davon 19 Banken um 146 Millionen. 236 G. m. b. H. wurden gegründet, ihr Kapital ist 43,3 Millionen, davon sind 37,8 Millionen eingezahlt. An Einzelunternehmungen entstanden 139 neue Fabriken und 26 neue Emissionen erhöhten das

industriell verwendete Kapital um 739 Millionen, mit den Kapitalerhöhungen sogar um 908 Millionen.

Kriegsfolgen. Aus Kofstov a. D. wird berichtet: Die Getreideexporteure in Kofstov und Zaganog sind abermals zu einer Beratung zusammengetreten, um Vorbeugungsmaßnahmen gegen den drohenden Ruin zu treffen; das Steigen der Frachtraten und das Aufhalten der Dampfer rufen große Unkosten hervor. Die Lage ist besonders dadurch verschlimmert, daß die Staatsbank die Diskontierung der Skanoffemente eingestellt hat und die Privatbanken die Versicherung gegen das Kriegsrisiko fordern, was gleichbedeutend mit dem Ruin des Exporthandels ist. Auf Ansuchen der Exporteure sind die Vorkomitees bei dem Ministerpräsidenten um Fürsprache zur Wiederaufnahme der Diskontierung der Skanoffemente durch die Staatsbank vorstellig geworden.

Soziales.

Eine Folge der vielen Schachtungsläden.

Die Oberbergämter in Breslau, Dortmund, Halle, Klausthal und Bonn sind angewiesen worden, die Ergebnisse der letzten Revisionen an die Ministerialabteilung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen einzusenden. Als Normen für die Betriebsbrauchbarkeit der Förderanlagen gelten die politischen Ergebnisse des Gesamtverbandes der Revisionen. Im Etat 1912 sind für die händigen Revisionen 10 neue Bergrevierbeamte (Revisoren) ausgesetzt. Davon entfallen auf das Oberbergamt Dortmund drei, auf das Oberbergamt Breslau vier, Halle, Klausthal, und Bonn erhalten je einen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Maßnahmen der Regierung auf die in den letzten Jahren vielfach vorgekommenen Schachtungsläden zurückführt.

Zwangsetatifizierung von Polizeikosten.

Die Stadt Hildesheim bei Solingen hielt den Polizeibestand der Gemeinde, fünf Polizeiergeanten und einen Hilfspolizeibeamten, für ausreichend. Sie weigerte sich deshalb auch einstimmig, auf das Verlangen des Regierungspräsidenten nach Einstellung eines Polizeikommissars und zweier weiterer Polizeiergeanten einzugehen.

Der Regierungspräsident erließ darauf eine Verfügung, durch die er feststellte, daß die Stadtgemeinde verpflichtet sei, durch einen Kommissar und zwei Sergeanten ihren Polizeibestand zu vergrößern, und forderte die Gemeinde auf, die erforderlichen Besoldungsbeträge, die er näher spezifiziert, bereitzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte das durch einstimmigen Beschluß vom 14. März 1911 ab und erhob gegen die dann erfolgte Zwangsetatifizierung Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Diese bestritt, daß die Anstellung weiterer Polizeibeamten notwendig sei. Die vorhandenen Kräfte seien bei den mehr ländlichen Verhältnissen der Gemeinde ausreichend. Auch wären die Gemeindefazisten in der etwa 16 000 Einwohner zählenden Gemeinde schon sehr hoch. J. W. würden an Grund- und Gebäudesteuer 260 Proz. Zuschlag und 270 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben. Die Armenlasten und die Ausgaben für das Schulwesen seien besonders hoch; ferner seien neue Schulbauten durchaus notwendig.

Nachdem das Oberverwaltungsgericht ohne mündliche Verhandlung einen ungünstigen Vorbescheid erteilt hatte, stand jetzt auf Antrag der Stadtverordnetenversammlung vor dem ersten Senat dieses Gerichts Termin zur mündlichen Verhandlung an. Rechtsanwalt Diefel als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung erklärte, daß der Regierungspräsident willkürlich verfahren sei und daß er dies nachweisen möchte. Dazu wären aber gewisse Akten notwendig, die der Bürgermeister vom Regierungspräsidenten zurückbehalten habe, die aber bis zur Abreise des Vertreters noch nicht zurückgeliefert seien. Er bitte deshalb um Vertagung. Neben der Klage sei auch noch Beschwerde beim Minister des Innern erhoben worden, die noch nicht entschieden sei.

Das Oberverwaltungsgericht wies unter Ablehnung des Vertagungsantrages jedoch die Klage endgültig ab und führte aus: Gegenüber der Zwangsetatifizierung habe das Oberverwaltungsgericht nur zu entscheiden, ob sie gesetzmäßig und vom Regierungspräsidenten innerhalb seiner Befugnisse erlassen sei. Weibes sei aber nach den §§ 3 und 4 des Polizeiverwaltungsgesetzes der Fall. Der Verwaltungsrichter habe hier weder die Zweckmäßigkeit noch die Notwendigkeit zu prüfen, noch darüber zu entscheiden, ob Willfür abzuwählen. Deshalb müsse die Klage abgewiesen werden. — Die Fragen der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit sowie den Einwand der Willfür könne dagegen der Minister in dem Beschwerdeverfahren berücksichtigen. Der Minister sei berechtigt, die Verfügung des Regierungspräsidenten aufzuheben.

Gerichts-Zeitung.

Eine polizeiliche Siftierung.

die man nicht mit Unrecht als eine kleine Razzia bezeichnen könnte, führte zu einer Anlage gegen den Genossen Hans Weber. Der Verleumdung von Polizeibeamten des 115. Polizeireviers und der Rötigung des Polizeileutnants Schnarke und der Schupleute Schloffer und Köhmisch soll sich Weber schuldig gemacht haben. Der Anklage lag nach der vor kurzem vor dem Schöffengericht Berlin-Wedding stattgefundenen Verhandlung folgender Sachverhalt zugrunde: In der Nacht vom 15. zum 16. April befand sich in einem Restaurationslokal in der Widdher Straße eine Anzahl Gäste, darunter Weber. In dem Lokale tagte am dem Abende ein Verein, dem aber nicht alle Anwesenden angehörten. Nach Mitternacht erschien in dem Lokale ein Polizeileutnant mit den beiden Schupleuten. Einige Gäste wurden vom Leutnant gefragt, ob sie Mitglieder des Vereins seien. Dann erklärte der Polizeioffizier, daß der Wirt sofort sein Lokal schließen müsse und alle anwesenden Gäste den Beamten zur Wache folgen sollten. Weber hatte ausreichende Legitimationspapiere bei sich und bot sie dem Polizeileutnant zur Einsicht an. Dieser lehnte jedoch die Legitimation ab; Weber mußte mit den anderen Gästen den Weg nach der Wache antreten.

Nach Angabe des Polizeileutnants Schnarke sowie der beiden Schupleute soll Weber, nachdem die Beamten in das Lokal gekommen waren, gesagt haben, es sei doch unerhört, zur Nachtzeit hier einzudringen und Feststellungen vorzunehmen; er werde das in die Öffentlichkeit, in die Zeitung bringen. Vor der Haustür zur Polizeiwache angekommen, ließ der Polizeileutnant Halt machen. Mit dem Bemerkten des Leutnants: „Den nehmen Sie besonders!“ wurde nun einer der festgenommenen Zeugen der angeblichen Uebertretung der Polizeistunde die Treppe zur Wache hinaufgebracht. In einem Abstand von zwei Minuten folgte ein zweiter Zeuge, ebenfalls allein, mit einem Beamten. Dieses ganz absonderliche Verfahren erwiderte bei Weber die Befürchtung, er könne auf der Wache geschlagen werden. Er sagte daher zu dem Polizeileutnant Schnarke: „Herr Leutnant, sehen Sie mich an, daß ich unversehrt bin. Ich hoffe auch so von der Wache wieder herunterzukommen.“ Durch diese Äußerung, die Weber in lauter und erregtem Tone gesagt haben soll, fühlten sich Polizeileutnant Schnarke und die Beamten des Reviers beleidigt. Der Leutnant hat am 18. April Anzeige erstattet, worin nur von dieser Verleumdung als der einzigen Straftat Webers die Rede ist. Auch in einer späteren Vernehmung des Leutnants ist nur die Verleumdung erwähnt. Eine Randbemerkung von anderer Hand weist in den Akten auf den Rötigungsparagraphen hin und erst am 12. Juni ist Polizeileutnant Schnarke zu der Ansicht gekommen, daß Weber ihn nötigen wollte, indem er sagte, er werde die Sache in die Zeitung bringen. Die Bemerkung sei eine Drohung, zu der Siftierung will der Leutnant veranlaßt worden sein, weil er eine Verdunkelung des Uebertretungsdeliktes vermutete, durch die

Schnarke veranlaßt werden sollte, eine Anklagehandlung zu unterlassen. Die Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, ob die Äußerung, sein Verhalten der Öffentlichkeit zu unterbreiten, ihn bestimme, eine Anklagehandlung zu unterlassen, mußte der Polizeileutnant natürlich verneinen.

Welche Anklagehandlung sollte denn der Polizeileutnant unterlassen? fragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Eine Anklage liegt doch nur dann vor, wenn eine zukünftige Anklagehandlung durch Drohung verhindert werden soll. Als der Angeklagte die Bemerkung machte, da war aber die von ihm kritisierte Anklage, nämlich das Eindringen in das Lokal, bereits vollbracht; dagegen war die Siftierung noch nicht angeordnet, konnte also gar nicht verhindert werden. Wenn der Angeklagte der Meinung war, er könne auf der Wache geschlagen werden, dann handelte er nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als er sagte, er sei unversehrt und hoffe, auch so wieder herunter zu kommen. Der Angeklagte müsse daher auch wegen dieses Delikts freigesprochen werden.

Das Gericht folgte dem Antrage des Verteidigers, sprach den Angeklagten frei. In der Begründung wurde u. a. gesagt: Es sei nicht erwiesen, ob die Äußerung des Angeklagten, er werde das Verhalten der Beamten in die Öffentlichkeit oder in die Zeitung bringen, vor oder nach der Anordnung der Siftierung gemacht wurde. Das Gericht habe deshalb das Vorliegen einer Rötigung verneint, zumal der Angeklagte durch seine Äußerung offenbar nicht auf die Handlung der Beamten einwirken, sondern wie es oft in solchen Fällen geschehe, nur seiner Erregung über das seiner Meinung nach vorliegende Unrecht habe Ausdruck geben wollen. Darüber hinaus sei nichts festgestellt worden. Was die Verleumdung anbetreffe, so seien leider öfter Gerichtsverhandlungen in die Öffentlichkeit gelangt, in denen auf der einen Seite Polizeibeamte unter ihrem Eid ansagten, daß sie auf der Polizeiwache nicht geschlagen hätten, während auf der anderen Seite die eidlischen Aussagen zahlreicher Zivilpersonen ständen, die von denselben Beamten geschlagen sein wolle. Insbesondere sei dies erst in den letzten Tagen in einem Prozeß geschehen, in dem es sich darum handelte, ob Kriminalbeamte durch den Ausdruck „Knüppelgardien“ beleidigt seien. Derartige Fälle hätten einen großen Teil der Bevölkerung in die Annahme verführt, sie könnten auf der Polizeiwache mißhandelt werden. In diesem Sinne hat der Angeklagte seine Äußerung gebraucht. Sie sei berechtigt vom Standpunkt dessen, der an die Richtigkeit der Nachrichten über Mißhandlungen auf der Polizeiwache glaubt. Der Angeklagte habe also in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Das Interesse des einzelnen am Schutz seiner körperlichen Integrität gehe dem Interesse am Schutz gegen Verleumdungen vor. Auch die Form der Äußerung lasse nicht die Absicht der Verleumdung erkennen.

Nebrigens ist dies umfangreiche Polizeiaufgebot zur Feststellung der Uebertretung der Polizeistunde auch gegen den Gastwirt erfolglos geblieben. Durch ein unerforschliches Versehen der Polizei erhielt nicht der Gastwirt, sondern ein unbeteiligter Bruder, ein Straßmandat. Dieser wurde natürlich freigesprochen, ohne daß erst festgestellt war, ob überhaupt eine Uebertretung vorlag. Ein Verfahren, in dem der Gastwirt seine Verteidigung hätte führen können, unterblieb, weil bei Entdeckung der polizeilichen Verwechslung der Brüder Verjährung eingetreten war.

Freier der Dolly Landsberger.

Wolf Wertheim veröffentlicht im „Neuen Journal“ von Meran aus eine längere Erklärung, der wir folgende interessante Angaben über Freier der Frau Dolly Landsberger entnehmen. Der Schriftsteller Dr. Artur Landsberger, der das noch nicht 16 Jahre alte Fräulein Dolly Pinkus in England heiratete, sei auf seiner Brautreise von seiner Geliebten begleitet gewesen und habe pränter

70 000 Mark

Spesen für Entführung und Heirat gegen ein Schweigeverprechen erhalten. Der Oberleutnant v. Vetter habe häufig sehr wertvolle Geschenke von Frau Wertheim erhalten, sei als Freier der Frau Dolly betrachtet, es sei in Aussicht genommen gewesen, daß er den Offiziersrock ausziehe und eine gut bezahlte Stellung annehme. Es habe Herr v. Vetter von Frau Wertheim

monatlich 1000 Mark

erhalten; um Kapitalisierung dieser Summe habe er später gebeten. Wolff Metternich habe in dem Wertheim'schen Hause eine nebensächliche Rolle gespielt. Zu Silvester habe er Frau Dolly zu Tisch geführt, weil Frau Wertheim erkrankt war. Deshalb sei auch das Essen so schlecht gewesen. Das Holen der Pfannkuchen aus Hotel Eplanade habe die Entdeckung zur Folge gehabt, daß Metternich auf Dolly's Hand schon mit Schulden spekulierte, und zum Abbruch jeder Beziehung zu ihm geführt. — Netie Kavaliere, wenn die Wertheim'sche Darlegung zutrifft.

Zurechnungsunfähig.

Ein Meineidprozeß von großem psychologischem Interesse beschäftigte das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Karsten. Unter der Anklage des Meineides stand die Dienstmagd Helwig Krüger, verteidigt durch Justizrat Margoninski, außerdem hatten sich der Geländevermieter Robert Lipski und dessen Ehefrau, beide durch Rechtsanwält Dr. Wertzauer verteidigt, wegen Verleitung zum Meineid zu verantworten. Lipski sah seit neun Monaten in Untersuchungshaft. Die Krüger war im Jahre 1909 etwa fünfmal durch das Lipskische Bureau auf das Land verurteilt worden gegen eine Vermietungsgeld, die bis zu 40 M. betrug. Dabei hatten die betreffenden Landwirte nichts davon gewußt, daß das Mädchen, welches im November 1909 einem kräftigen Jungen das Leben schenkte, schon bei der Vermietung in anderen Umständen war. Auf die Beschwerde der Landwirte war gegen ihn ein Straßmandat erlassen worden, weil er die Vermietung bewerkstelligt hatte, ohne vorher die vorgeschriebenen sorgfältigen Erkundigungen über die Brauchbarkeit des Mädchens, dessen Schwangerschaft ihm bekannt sein mußte, eingezogen zu haben. Er wurde vom Schöffengericht wegen Uebertretung zu 25 M. Geldstrafe verurteilt, von der Straßammer eher freigesprochen, weil es sich herausstellte, daß nicht er, sondern seine ihn vertretende Ehefrau das Mädchen vermietet hatte. Es entwickelte sich sodann aber ein Strafverfahren wegen Betrages gegen L. und es kam zu einer nachmaligen Vernehmung des Mädchens, welches seinerzeit eidlich bestritten hatte, überhaupt schwanger gewesen zu sein. Bei dieser nachmaligen Vernehmung, die in Rathenow stattfand, erklärte die Krüger plötzlich, sie habe in Berlin falsch geschworen; die Eheleute L. hätten auf dem Gerichtskorridor auf sie eingewirkt und ihr auch Ratschen gegeben, damit sie falsch aussage. Es wurden nach dieser Dichtung hin Ermittlungen angestellt und die jetzige Anklage gegen die drei erhoben. Ein im Juli angelegter Termin mußte vertagt werden, weil Jagen über die Glaubwürdigkeit der L. gehört, auf Antrag der Verteidigung L. als Gerichtsarzt geladen werden sollte. In der Verhandlung ergab sich nun, daß die Anklage der L. im Januar 1910 nicht protokolliert war, L. aus formalem Grunde freigesprochen worden war und die zwei Weitzer des damaligen Gerichtshofes sich nicht mehr der Anklage des Mädchens erinnerten. Trotz aller ermahnenen Vorhaltungen des Vorsitzenden verblieb die L. dabei, sie sei damals vom Gericht über ihre Schwangerschaft befragt worden, habe sie wider besseres Wissen abgelehnt und sei von den beiden Witangeklagten dazu angelstet worden. Letztere bestritten immer wieder diese Behauptung unter dem Hinweis darauf, daß sie gar kein Interesse daran gehabt hätten, daß das Mädchen ihren Zustand leugnete. Die Zeugenvernehmung zog sich viele Stunden hin, ohne

doch wesentliches autage trat. Da kamen plötzlich eine Reihe früherer Dienstverhältnisse der K. an die Reihe, welche durch die Polizei ermittelt waren und sehr ungünstig zu berichten wußten. Als der Vorsitzende die K. anforderte, sich zu äußern, erklärte diese, sie kenne die Leute nicht! Allgemeines Erlaunen. Als weitere Zeugen gegen sie auftraten, wiederholte sich dieselbe Szene. Die Angeklagte blieb auch dabei, obgleich auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Werthauer die polizeilichen Anmeldungen herbeigeholt wurden, die bewiesen, daß sie bei den betr. Personen gebüdet hatte. Die Sache wurde immer rätselhafter. Da erhob sich der Sachverständige Rechtsanwalt Dr. Wilhelm aus Kyritz und erklärte: er sei zunächst der Ansicht gewesen, daß die K. die Wahrheit gesagt und in psychologischer Abhängigkeit in der Tat Werkzeug der Angeklagten gewesen sei. Nachdem er aber nun den ganzen Gang der Verhandlung verfolgt und auf Grund seiner eingehenden Untersuchung die Persönlichkeit der K. beobachtet habe, komme er zu der Ueberzeugung, daß hier der seltene Fall der psychologischen Unwahrheit vorliege. Die K. sei erblich belastet, in der Entwicklung stehen geblieben, sage aus wie ein Kind, ohne Verantwortlichkeitsgefühl, wie sie ja auch in freier Beziehung den Dienstherren alles mögliche nachsage. Es sei daher wohl möglich, daß sie Dichtung und Wahrheit mische. — Der Staatsanwalt beantragte gegen alle drei Angeklagte das Schuldig im Sinne der Anklage, unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Die Geschworenen aber folgten den Anträgen des Justizrats Margoninski und Rechtsanwalts Dr. Werthauer und verneinten sämtliche Schuldfragen auch die gegen die Sträger, die sich selbst beschuldigt hatte. Der Gerichtshof erkannte demgemäß auf Freisprechung.

Vom Spandauer Schöffengericht.

Einer besonderen polizeilichen Fürsorge erfreut sich seit einiger Zeit der Vorsitzende des Kreiswahlvereins Spandau-Potsdam-Osthavelland Genosse E. Schubert, der in Spandau eine Schankwirtschaft betreibt. Fast keine Woche vergeht, in der er nicht wegen angeblicher Uebertretung der Polizeistunde einen polizeilichen Strafbefehl erhält.

Da das Schöffengericht fast ausschließlich von geschlossenen Gesellschaften frequentiert wird, die ihre Sitzungen und Besprechungen dort abhalten, so kommt die Polizei sehr oft in die Lage, feststellen zu können, daß nach 11 Uhr noch Betrieb im Lokale ist, und ebenso oft kommt dann jedesmal der Strafbefehl, der in den letzten Fällen schon über 60 Mark lautete. Auf einen Einspruch des Genossen Schubert hat das Schöffengericht schon einmal auf Freisprechung erkannt, da festgestellt werden konnte, daß um 11 Uhr das Lokal für den öffentlichen Verkehr geschlossen wurde. Jetzt hatte sich das Gericht wieder in zwei Fällen mit Schubert zu beschäftigen, in denen der Beschuldigte Einspruch erhoben hatte. Besonders stützte sich die Anklage in dem einen Fall darauf, daß die Tür zum Lokal, in welchem sich Gäste befanden, nach 11 Uhr noch aufstand, das Lokal also jedem zugänglich war. Das bestritt der Beschuldigte auch gar nicht, gab dafür aber eine einfache Erklärung. Der Theaterverein „Spandauer Volksbühne“ kam an dem betreffenden Tage von einer Krempelpartie zurück und lud die von dem Beschuldigten entliehenen Gegenstände bei ihm ab. Der Ausschuss des Vereins trünkte dabei seine Pferde und ließ währenddem die Tür offen. Der Staatsanwalt hielt demnach die Bestrafung für zu Recht erfolgt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Karl Lieberich beantragte in beiden Fällen Freisprechung. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte in beiden Fällen auf Freisprechung.

Aus der Frauenbewegung.

Auf dem Wege zum staatsbürgerlichen Frauenwahlrecht in Schweden.

Die nun abgeschlossene Neuwahl der Zweiten Kammer des Schwedischen Reichstags bedeutet offenbar einen Fortschritt auf dem Wege zur Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts. Die Sozialdemokratie hat die Zahl ihrer Abgeordneten von 35 auf 61 erhöht, während die Liberalen in ihrer alten Stärke mit 102 Mann in die Kammer zurückkehrten, die Zahl der konservativen Abgeordneten aber von 93 auf 64 zurückgegangen ist. Die konservative Partei ist im Grunde genommen eine Partei von Gegnern des allgemeinen Frauenwahlrechts und ihre Regierung, das Ministerium Lindman, das nun infolge des Wahlergebnisses seinen Abschied genommen hat, stand der Forderung des Frauenwahlrechts stets ablehnend gegenüber. Die liberale Partei aber, die jetzt zur Regierungspartei geworden ist, hat die Forderung des Frauenwahlrechts auf ihrem Programm und wird sich sicherlich

auch der Pflicht nicht entziehen können, sie durchzuführen, zumal die Wahlrechtsbewegung der schwedischen Frauen eine außerordentliche Stärke erreicht hat und noch immer mehr anwächst. Vor allem wird selbstverständlich auch die sozialdemokratische Partei und ihre Fraktion dafür sorgen, daß die Frauen nun endlich einmal auch auf dem Gebiete des Wahlrechts zu gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht werden. Für die liberalen Kandidaten wurden bei den Wahlen 242 127 Stimmen abgegeben, für die sozialdemokratischen 172 780, es sind somit 414 907 der wahlberechtigten Männer Schwedens, die für die beiden Parteien stimmten, welche das Frauenwahlrecht fordern. Dem gegenüber stehen 188 247 konservative Stimmen. Es hat sich also die männliche Hälfte des schwedischen Volkes bei diesen Wahlen mit einer außerordentlich starken Majorität für das Frauenwahlrecht ausgesprochen. Eine Vorlage zur Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts wird, wenn der Schwedische Reichstag Anfang nächsten Jahres zusammentritt, um so mehr Aussicht auf Annahme haben, als auch eine Neuwahl der Ersten Kammer bevorsteht, bei der die Konservativen voraussichtlich 30 Mandate teils an die Liberalen, teils an die Sozialdemokraten verlieren werden. Durch diese bevorstehenden Wahlen wird die liberale Partei zur stärksten Partei des gesamten Reichstags werden, und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, beide Kammern zusammengenommen, wird sich auf ungefähr 77 erhöhen.

Die schwedischen Frauen haben übrigens bei den verflochtenen Wahlen auch selbst eine sehr eifrige Agitation entfaltet und so ihr gut Teil dazu beigetragen, daß die Konservativen eine solche schwere Niederlage erlitten. Die Landesvereinigung für politisches Frauenwahlrecht hatte in allen Provinzen des Landes besondere Wahlleitungen eingeseht, um die Forderung zu propagieren, und sowohl in Verbindung mit den Liberalen wie mit den sozialdemokratischen Wahlausschüssen für die Abhaltung von Frauenversammlungen wie für die Vermittlung weiblicher Referenten zu sorgen. Nach den Mitteilungen des Zentralvorstandes der Landesvereinigung haben während der Wahlbewegung in 217 Versammlungen Frauen als Referenten gesprochen und die Zahl der Besucher wird auf rund 80 000 angegeben. Außerdem aber wurden die Frauen auch zu einer großen Anzahl der von den Männern veranstalteten Wählerversammlungen als Rednerinnen eingeladen. Selbstverständlich haben unsere Parteigenossen ebenfalls alle Kraft aufgeboten und keine Mühe gescheut, um Seite an Seite mit den männlichen Genossen für den glücklichen Ausgang des Wahlkampfes zu sorgen und damit auch die Forderung des Frauenwahlrechts ihrem Ziele näher zu bringen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Potsdam. Die Frauenabteilung des Wahlvereins hält am Dienstagabend im Lokal Kaiser-Wilhelm-Str. 38 ihren Lesabend ab. Wichtige Besprechung.

Aus aller Welt.

Ein freiwilliges Liebeswerk.

Der Erfolg der Kornblumen- und Margeritentage hat zur Nachahmung angepornt. Während sich früher die Komitees an einen unbestimmten Geberkreis gewandt haben, soll bei dem neuen Blumentage, der von den Veranstalter „Christiansheim-Tag“ gekauft worden ist, ein engbegrenzter Personenkreis angebetelt werden, nämlich die Beamten und Arbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und der Reichseisenbahnen. Der Feldzug auf die Taschen der Eisenbahner soll in den Tagen vom 16. bis 18. Oktober d. J. durch Verkauf von Christblumen vorgenommen werden. Es besteht die Notwendigkeit, daß in Erfurt errichtete Eisenbahn-Töchterheim auszubauen, wofür 200 000 Mark notwendig sind. Für diesen Zweck soll gesammelt werden. Da der Blumentagbettel vom Eisenbahnminister v. Breitenbach genehmigt ist und eine ganze Reihe hoher Eisenbahnbeamten einen Ausruf als Hauptausforschung unterzeichnet hat, dürfte der klingende Erfolg nicht ausbleiben. Wenigstens heißt es in dem Ausruf:

Er (der Erfolg) ist mit aller Zuversicht zu erwarten, wenn in allen Kreisen des Eisenbahnpersonals sich Männer finden, die mit Eifer und Geschick die nötigen Anordnungen treffen.

Um ja nicht einen Hilfsverweigerer oder Eisenbahnarbeiter mit 2 R. Tagelohn der Gefahr auszusetzen, bei der Bettel übergegangen zu werden, ist folgende Organisation des Blumentages vorgesehen:

In einem dieser Tage sollen in allen Behörden, Ämtern und Büros, bei allen Dienststellen und Aufsehern, in den Aufenthaltsräumen des Lokomotiv- und Zugpersonals, in den Stellwerken, Weichenstellen und Bahnwärterhäusern, an allen Arbeitsstätten, wie Bahnhöfen, Güterböden, Werkstätten, Lokomotiv- und Wagenschuppen, auf den Bahnstrecken usw., durch Töchter von Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung Blumen und Blumenpostkarten zugunsten des Erweiterungsbau des Christiansheims an Eisenbahnbedienstete verkauft werden. . . .

Kamentlich werden die Dienstvorsteher — die Bureau-, Bahnhof-, Güter-, Maschinen-, Bahnmeister, Werkmeister — sowie auch die Wagenmeister, Werkführer und Motorenführer zu einem wirksamen Vertrieb der Blumen und Karten beitragen können. Sie alle werden freundlichst gebeten, uns hilfsreich zur Seite zu stehen. . . .

Wenn es so gelingt, ohne alle Ausnahme jeden Beamten und Arbeiter um eine kleine Gabe anzugehen, wird reicher Erfolg nicht ausbleiben. Handelt es sich doch in unserer großen Verwaltung um mehr als eine halbe Million Beamte und Arbeiter!

Besonders hervorgehoben wird in dem Ausruf, daß auch die Töchter des Eisenbahnministers von Breitenbach sich dem Sammelwerk unterziehen!

Wir sind durchaus der in dem Ausruf ausgesprochenen Meinung, daß sich niemand von den vielen Hunderttausenden der Eisenbahner von dem Liebeswerk ausschließt. Sollte sich aber doch ein Ungeratener unter den Eisenbahnern finden, der die Taschen zuhält, dann sind wir ebenso sicher, daß das seiner festen Anstellung oder Beförderung durchaus keinen Abbruch tut. Denn es handelt sich ja um ein freiwilliges Liebeswerk!

Der revolutionäre Hansabund.

Die dem Hansabunde angehörenden Abonement der Berliner Morgenpost werden am Montag nicht wenig erschreckt aufgeföhren sein, als sie beim Lesen ihres Leib- und Wagensblattes gewahr wurden, welche landesverräterische Organisation sie angehören. Stand doch in dem Blatt zu lesen:

Die Zeitung, unter der ganz Deutschland leidet, hat den Hansabund zu einem Revolutions- und Petitionssturm veranlaßt, der überall, wo der Bund Ortsgruppen hat, veranlaßt wurde.

Öffentlich haben nicht allzuviel stramm monarchisch gestunte Hansabündler ihre Mitgliedschaft aufgegeben, denn der in Deutschland so spurlos vorübergegangene Revolutionssturm ist nur ein papiererner Revolutionssturm. Was natürlich nicht hindert, daß die agrarische Presse um ein neues Argument für die Staatsgefährlichkeit des Hansabundes bereichert ist.

Bombenexplosion in einem Pariser Café.

Das Pariser „Petit Journal“ meldet aus Toulon, daß dort am Sonntagabend in einem Kaffeehause am Boulevard de Strasbourg eine Bombe explodierte, die von einem Unbekannten unter einem Tische versteckt worden war. Der Tisch flog in die Luft, während die Bombe ein tiefes Loch in den Boden bohrte. Fünf Personen wurden durch Verbrennungen und Splitter verwundet. Der Boulevard de Strasbourg ist dieselbe Straße, in der sich jüngst bei der Vererdigung der Opfer von der „Liberté“ die große Panik abspielte.

Kleine Notizen.

Ein Familiendrama in der Mark. In einem Anfall von Verfolgungswahn hat in Cuijendorf (zwischen Werder und Pehlin) die 25-jährige Arbeiterfrau Minna Horning ihre beiden kleinen Kinder und dann sich selbst aufgehängt. Die Frau hatte mit ihrem Manne in glücklicher Ehe gelebt, doch zeigte sie in letzter Zeit Spuren von Geisteschwäche.

Schwerer Eisenbahnunfall in Belgien. In Harniegles ist am Sonntag ein Personenzug entgleist. Sechs Wagen wurden umgeworfen und zertrümmert, 21 Reisende mehr oder weniger schwer verletzt.

Deutschland Sieger in der Gordon-Bennett-Ballonfahrt. In der letzten Woche ist von Kansas City aus die diesjährige Gordon-Bennett-Ballonfahrt veranstaltet worden. Sieger im Weltkampfe, an dem sechs Ballons teilnahmen, wurde der deutsche Ballon Berlin II, Führer Ingenieur Hans Gericke-Verein. Der Ballon hat eine Strecke von 708 Kilometern durchflogen.

Goldfischere Existenz!
Waldhof, nahe Berlin, schöne Gebäude, in großem Ausmaß, Saal m. Bühne, Wintergarten, Gesellschafts-, Obst- u. Gemüsegarten, Kuchenschrank, ganz nahe Bahnhof, See u. Wald (Parseltal), nur noch 1000 Mark zu verkaufen. Preis 40 000 Mk., Anzahlung 8000 Mk., Rest 32 000 Mk. Beste Hypothek. — Näheres: **Frühau**, Pantow, Uferm. Nr. 178. (10268)

Blumen- und Fraubinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Sunlicht

Seife

10 & 25 Pfennig

Alle Stoffe, Möbel, Böden,
Und Geschirr, was eben schmutzt,
Wird allein mit Sunlichtseife
Einwandfrei, wie neu geputzt!

„Fürst Bülow“
das vollkommenste Chaiselongue-Bett
der Gegenwart
in Verbindung mit einem modernen Metallbett.
Großer Raum für die Aufbewahrung der Betten.
Kopflage in jed. Schräge stellbar. — Jubiläums-Katalog 198 gratis und franko.
R. Jackels Patent-Möbel-Fabrik
Berlin, Markgrafenstr. 20.
München, Dinerstr. 6.

Ziehung 13.-16. Oktbr.
Düsseldorfer
Ausstellungen-
Lotterie
12 150 Gew. i. Werte v. Mk.
90000
15000
10000
5000
Lose à 50 Pf., 11 Lose Porto und Liste 30 Pf., versendet
General-Debit
Bankgeschäft, Düsseldorf 24.
Auch zu haben in allen kenntlich gemachten Verkaufsstellen.
Haupt-Vertrieb für Berlin:
Kuno von Holwede,
Wallstraße 1, am Spittelmarkt.

Möbel
Liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.
Aergern Sie sich nicht
auch stets, daß die Abfallimer in der Küche so unangenehm riechen? Sie können dieselben leicht geruchlos machen, wenn Sie einige Tropfen **Lyosform-Lösung** darüber sprängen. 133/1

Plasmon-Cacao
Bester Nähr cacao der Welt
Erhältl. in Apotheken, Drogerien u. Nahrungsmittelgeschäften.

Herren-Moden
Monatszahlung 10 Mt. oder Woche 3 Mt. Alle Größen am Lager vorräthig. Anerkannt vorzügliche Ausführung. Auch erstklassige Web- u. Anfertigung.
Großes Stofflager.
Goldstein, Poststr. 51. Begr. 1892

Pollmanns Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummilwaren etc.
Berlin N., Postringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegante Herren-Moden
fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75, 1
Eingang Tilsiter Straße.

Seal
Reparaturen. Eyeg.: Unerschütterlich saubere Arbeit für Schüler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem all-italienischen Tone täuschend ähnlich ist. Besondere Vorzüge für Hornbläser-Instrumente. Unvergleichlich ebene Anfertigungen.
Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgegenbau in Berlin C., Joachimstr. 110.

Enorm billig
Vorjährige feinste Ulster-Anzüge
von 20-60 M.
Billige Hosenwoche.
Versandhaus Germania
Unter den Linden 21.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69 (Laden).
Sobald erschienen:
Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner
von
Dr. Aug. Främans.
Preis gebd. 2 Mt.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Dirksenstraße 20
zwischen Bahnhöf Alexanderplatz und Volksgedächtnis. — Amt VII, 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Spezialist für alle Krankentouren.

Café Meyer
Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, Hell u. Dunkel 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen: Billard 2 Pf., 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Unserem Genossen
Wilh. Wolter und seiner
 lieben Frau **Martha Arlt**
 zu ihrer am Montag
 gewesenen
 Hochzeitsfeier
 die herzlichsten Glückwünsche.
 Der Bezirk 530.

Unserem Genossen
Hermann Möser nebst Frau
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur Silberhochzeit.
 Die Genossen und Genossinnen
 des 76. u. 77. Bezirks.

Unserem Genossen
Hermann Haasch und
 seiner Gattin, Genossin **Anna**
Haasch zu ihrer Silber-
 hochzeit 1832
 die herzlichsten Glückwünsche.
 Die Funktionäre der
 30. Abteilung.

Unserem Genossen
August Schmidt und Frau die
 besten Glückwünsche zur
 Silberhochzeit.
 Die Genossen d. 657. Bez. 6. Kr.
 Ob sie sich mal mal merken
 legt.

Die Geburt eines kräftigen
 Töchterchen zeigen hochsehr am
 Friedenau, den 8. Oktober 1911.
 10235 Moritz Kohn und
 Frau Elvira geb. Gragort.

**Achtung! Ortskrankenkasse
 der Tischler, Spandau!**
**Außerordentliche
 General-Versammlung**
 am Dienstag, den 17. Oktober,
 abends 8 Uhr, im Lokal von F. Böhle,
 Savelstr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zum Uebertret
 der im eingemeindeten Gutbezirk
 Dalesdorf beschäftigten Versicherungs-
 pflichtigen Mitglieder aus der Erd-
 krantenkasse Spandau-Land und Um-
 gebung in die Ortskrankenkassen in
 Spandau. (Verfügung des Herrn
 Regierungspräsidenten.)
 2. Mitteilung der Herren Dr. Dr.
 Gostermann und Buttermann als
 Kassenärzte. 979/4
 Der Vorstand.

Syphilis-Nachweis
 in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft.
 Fäll. durch wissenschaftl. Untersuchung.
 sofort; desgl. Harn (Spez. auf Gon-
 orrhoe-Keime) u. Sputum-Analysen.
 Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborant,
 Friedrichstr. 189, im Kronen- und
 Mohrenstraße, I. 8734. Perf. Nachspr.
 bistr. u. telefon. geöffnet von 8-8
 Sonntags von 12-1.

**Öffentliche Wählerversammlung
 des 5. Landtagswahlkreises**
 Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, bei Graumann, Naunynstr. 27.
 Tages-Ordnung:
 1. Der preussische Landtag.
 Referent ist der Kandidat des Kreises, Genosse **Julian Borchardt.**
 2. Freie Diskussion.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Das Wahlkomitee.
 U. A.: **Paul Hoffmann, Königsberger Straße 28.** 222/10*

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**
 Dienstag, den 10. Oktober 1911, abends 8 1/2 Uhr,
 im Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung der Debatte über den Parteitag in Jena.
 2. Berichterstattung von der Brandenburger Provinzial-Konferenz.
 Mitgliedsbuch legitimiert! 231/12* **Der Vorstand.**

**Gardinen-
 Spezialhaus**
Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158
**Abgepaßte Fenster,
 weiß und crème**
 p. Fenster 2⁰⁵, 3⁵⁰, 4²⁵-80 M.
 Imit. Point-lace-Gardinen, p. Fenster M. 6⁵⁰
 Elegante Sezessions-Tüll-
 Stores M. 2⁰⁰
 Gestickte echte Spaetel-
 Stores M. 7⁷⁵
 Goldfarbige reichgestickte
 Band-Stores M. 9⁸⁵
 Tüllbettdecken, Größe 150/220 cm 2⁹⁰, 3⁰⁰
 Reichste Erbstüll-Bett-
 decken M. 6⁷⁵
 Elegante Tüll-Bettdeck-
 wände M. 6⁷⁵
 Brise-Biss (Scheibenschleier)
 0,30 M., (Wert 0,50 M.)
 Nach auswärts p. Nachnahme.
Spezial-Katalog
 650 Abbildungen gratis u. franko.

Todes-Anzeigen

Am Sonnabend, den 7. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr,
 entschlief sanft nach längerem, schwerem Leiden, mein
 innigstgeliebter Mann, unser unvergesslicher Vater,
 Schwieger- und Großvater, der Gastwirt
Wilhelm Uckel
 im bald vollendeten 68. Lebensjahre.
 Dies zeigt schmerz erfüllt an im Namen der Hinter-
 bliebenen
Emilie Uckel geb. Goile,
 Berlin SW. 30, Forsterstr. 19.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. Mts.,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirch-
 hofes, Hermannstraße, aus statt. 1035b

Deutscher Bauarbeiterverband.
 Bureau: Engelufer 15, Zimm. 53. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, 4097.

Sektion der Gips- und Zementbranche.
 Freitag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
 (großer Saal):
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht vom 3. Quartal. 2. Sektionsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Sektionsvorstand.**
 Zahlreichen Besuch erwartet

Sektion der Kunststeinversetzer.
 Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 9 des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 140/10* **Der Sektionsvorstand.**
 Ziehung vom 13.-16. Oktober 1911.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz.
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Sie hat etwas
 sehr reizvolles, die Mode von
 1911-12. Entzückende, für jeden
 Geschmack passende Modelle ent-
 hält das reich ausgestattete
 Favorit-Modenalbum (nur 60 Pf.),
 franko 70 Pf., Jugend-Modenalbum
 50 Pf., franko 60 Pf., bei C. Müller,
 Berlin, Spittelmarkt 5.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
 Görlitzer Viertel,
 (Bezirk 225).
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Gastwirt
Wilhelm Uckel
 Forster Str. 19
 am Sonnabend gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 11. Oktober, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Emmaus-Kirchhofes in der
 Hermannstraße aus statt.
 Der Vorstand.

**Zentral-Verband
 der Steinarbeiter.**
 Zahlstelle Berlin.
 Am 7. Oktober starb unser
 Kollege
Georg Franzky
 im Alter von 47 Jahren an
 der Brustkrankheit.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 nachmittags 4 1/2 Uhr von der
 Leichenhalle des Sophien-Kirch-
 hofs, Fiederswalder Str., aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 172/11 Die Ortsverwaltung.

**50 Pfg. für ein Los
 muss jeder
 erschwingen können.**

Düsseldorfer Lotterie.
 12 158 Gewinne, Gesamtwert Mk.

**90 000
 15 000
 10 000
 5 000**

Hauptgew. W.

Los 50 Pfg. 11 Lose 5 Mk., Porto
 und Liste 50 Pfg.

Ferd. Schäfer,
 General-Debit,
 Düsseldorf, Königsallee 52.
 Lose auch zu haben in allen kenntlich ge-
 machten Verkaufsstellen. Hauptvertrieb für
 Berlin: **Kuno von Holwede, Wallstraße 1,**
 am Spittelmarkt. 165/14*

Konsumverein für Charlottenburg u. Umgegend
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Charlottenburg
 in Liquidation.
 Mittwoch den 18. Oktober 1911, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus,
 Charlottenburg, Köpenickerstr. 3:
Ordentliche Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. 2. Genehmigung der
 Liquidationsbilanz. **Der Aufsichtsrat, Otto Storch, Vorsitzender.**
 107/13

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Metallarbeiter
Wilhelm Müller
 am 6. Oktober an Leberleiden
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 11. Oktober, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Andreas-Kirchhofes in
 Wilhelmshagen aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, der
 Schlosser
Paul Merkel
 am 6. Oktober.
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 10. Oktober, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Golgatha-Kirchhofes in
 der Vorfußstraße aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.

Nach kurzem Leiden verschied
 am 6. d. Mts. unser lieber Kollege,
 der Schlosser
Paul Merkel.
 Ein ehrendes Andenken be-
 wahren ihm 1842
 Die Kollegen der Firma
 „Typograph“, Gutfenstraße.
 Die Beerdigung findet am
 10. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, von
 der Leichenhalle des Golgatha-
 Kirchhofes, Vorfußstraße, aus statt.

Dankfagung.
 Zunächst Dank allen Freunden und
 Bekannten, die meinem lieben Mann
 bei seinem so plötzlichen Hinscheiden
 die letzte Ehre erwiesen haben, ins-
 besondere dem Chef sowie dem ge-
 samten Personal der Firma D. Eisner,
 ferner dem Rixdorfer Männerchor für
 den erhabenen Gesang, dem Rixdorfer
 Wahlverein, dem Pflanzerverein von
 der Kolonie „Morgenrot“ und dem
 Verband der Buch- und Steinbrucker-
 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
 Deutschlands.
 Im Namen der Hinterbliebenen
 Die tiefbetrübte Witwe
Anna Höstermann.

Dankfagung.
 Für die mir anlässlich des Hin-
 scheidens meiner lieben Frau be-
 wiesene Teilnahme sage ich allen
 Freunden und Bekannten meinen
 herzlichsten Dank. Besonders danke
 ich dem Genossen Walter Ranno für
 die am Grabe gesprochenen trö-
 stlichen Worte, sowie dem Ranne-
 gängerverein „Sangeslust“-Tempelhof.
 Im Namen der trauernden Hinter-
 bliebenen
Ferdinand Ewald
 Schulzestr. 6

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
 Dienstag, den 10. Oktober 1911, abends 6 1/2 Uhr,
 gleich nach Feierabend:
**Versammlung für die Tischlereien, in denen
 Theaterdekorationen hergestellt werden**
 im Lokale von Meyer, Oranienstr. 103.
Bodenleger. Donnerstag, den 12. Oktober, abends
 6 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3,
 in Charlottenburg:
Branchen-Versammlung.
Achtung! Kistenmacher.
 Die Arbeitsvermittlung für alle Kistenmacher findet vom
 10. bis 12. Oktober ab am paritätischen Arbeitsnach-
 weis, Eingang Rixdorfer Str. 9, von 1 1/2-3 1/2 Uhr nachmittags statt.
 Als Legitimation gilt die Invalidenkarte. 90/3

Nachruf.
 Zur ferneren Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Metallarbeiter
Karl Kleist
 gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 124/4 Die Ortsverwaltung.

Für die so herzliche Teilnahme bei
 der Beerdigung meines unvergesslichen
 Mannes sage ich allen Verwandten
 und Bekannten sowie den Kollegen
 der K. S. G. meinen herzlichsten
 Dank.
Ww. Emma Schatz,
 Badstr. 62-63.

Nachruf.
 Zur ferneren Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Metallarbeiter
Karl Kleist
 gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 124/4 Die Ortsverwaltung.

**Tadellos
 1 M.**

wöchentliche Teilzahlung
 liefert eleganter

Herren-Moden
 fertig und nach Mass
 Garantie für tadellosen Sitz und
 feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
 Maß-Schneiderei

Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
 direkt am Hackeschen Markt | part. - Ecke Friedenstraße



Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
 Hofl. Amt 3, 1239. Charlottenstr. 8 Hof III. Amt 3, 1937.
 Donnerstag, 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engelufer 15, Saal 1:
Versammlung der Bananschlager.
 Tages-Ordnung:
 1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert!
 Zahlreicher Besuch wird erwartet.
 Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die
 Protokolle der 10. ordentlichen Generalversammlung
 unseres Verbandes erschienen und zum Preise von
 20 Pf. im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu
 haben sind.
 Desgleichen sind noch Jubiläumnummern „500 000“
 zum Preise von 50 Pf. im Bureau zu haben.
 214/5 **Die Ortsverwaltung.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
 Engel-Afer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
 Stets frisch zu den besten Engrospreisen.
 Amt IV, 3014.

Berliner Landpachtgenossenschaft
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Aktiva. Erste Bilanz am 30. Juni 1911. Passiva.
 Konto Einzahlbelegter . . . 15,50 Mitgliederbeiträge . . . 310,-
 Pacht . . . 466,75 Unkosten . . . 364,99
 . . . 41,-
 . . . 40,05
 . . . 108,69
 Sa. M. 674,99 Sa. M. 674,99

Mitgliederbewegung: Mitgliederstand am 1. Juli 1911: 31 Personen.
 Bestände der Genossen 620 M.

Berliner Landpachtgenossenschaft (Eingetragene Genossenschaft mit be-
 schränkter Haftpflicht.) **Der Aufsichtsrat, Emil Maatzke.** 1022b

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den
 Inferatenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts
 Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 268 bis 278 findet am Mittwoch im Gewerkschaftshaus (Saal I) ein gemeinsamer Wahlabend mit einem Vortrage des Stadtverordneten Genossen Adolf Ritter über Kommunalpolitik statt.

Karlshorst. Mittwoch, den 11. d. M.: Zahlabend bei August Sabrowski, Trestowallee 66. Vortrag des Genossen Reichstags-Abg. Robert Schmidt: „Das System der Einfuhrzölle und der Liebesgaben.“ Die Bezirksleitung.

Wilmersdorf-Halensee. Die Parteigenossen wollen sich heute Dienstag, abends von 7 Uhr ab, zur Erledigung einer wichtigen Wahlarbeit im Lokale des Genossen Fischer, Durlacher Str. 8, einfinden.

Wannsee. Am Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, im Restaurant „Fürstenthor“: Wahlvereinsversammlung. Genosse Portly-Adlerhof wird Bericht vom Parteitag erstatten.

Kaulsdorf a. d. Hbf. Mittwochabend 8 1/2 Uhr: Mitglieder-versammlung bei Vobry am Bahnhof. Bericht der Genossin Buchmann vom Parteitag. Die Bezirksleitung.

Königs-Wusterhausen, Wildau und Deutsch-Wusterhausen. Mittwoch, 11. Oktober findet für alle Bezirke Zahlabend statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Seefischverkauf in Berlin.

An den Anschlagfäden macht der Magistrat bekannt, daß Dienstag und Donnerstag in den städtischen Markthallen Seefischverkäufe unter Aufsicht städtischer Verkaufsvermittler stattfinden. Bisher ist der Verkauf von Seefischen in Groß-Berlin auf 15-16 000 Zentner pro Monat geschätzt worden. In den Wintermonaten und namentlich im Herbst, wo fast regelmäßig eine Fleischnotung eintritt, steigt der Verkauf sogar bis auf 20 000 Zentner pro Monat. Die Stadt Berlin wird die Fische, die sie aus Geestemünde bezieht, zum Einkaufspreis mit einem Aufschlag von 5-6 M. pro Zentner an die Fischhändler abgeben, die gezwungen sind, die Ware zu dem von der Stadt vorgeschriebenen Preise abzugeben. Die Stadt Berlin kauft die Seefische in Geestemünde, dem größten deutschen Fischereihafen, wo täglich 8000 bis 10 000 Zentner Fische auf den Markt gebracht werden. Die Stadt läßt durch einen erfahrenen Zwischenhändler die nötigen Quantitäten in der Auktion einkaufen. Hierbei kommt es natürlich besonders darauf an, daß der Vermittler ein gewiegener Kenner der Seefische ist. In Geestemünde laufen täglich Fischereidampfer ein, die Seefische aus der Nordsee, von Island, dem Weißen Meer und aus Schweden bringen. Die Qualität der Fische richtet sich nun ganz nach der Länge der Reise, die der Dampfer unternommen hatte. Obwohl die gefangenen Meerbewohner unmittelbar, nachdem sie dem großen, durch Dampfwinden angetriebenen Schleppnetz entnommen sind, abgeflächet und in besonders gekühlten Kammern unter kleinstmöglichem Eis aufgespeichert werden, sind die am letzten Tage gefangenen Fische die begehrtesten und im Preise am höchsten. So werden zum Beispiel für den größten Teil der Fische im Einkauf 40-42 Pf. bezahlt, die dann im Verkauf mit 20 Proz. Aufschlag weitergegeben werden, so daß sie sich beim Detailverkauf auf 50 bis 60 Pf. stellen. Geringere Qualitäten kosten im Einkauf 15 bis 22 Pf. und werden mit 20-25 Pf. weiterverkauft. Interessant ist übrigens, daß Berlin, das ja gewissermaßen eine Lebensmittelzentrale ist, prozentual nicht halb so viel Seefische verbraucht, als zum Beispiel Dresden, Leipzig, Düsseldorf und Köln. Ueberhaupt ist der Verkauf der Seefische in Süddeutschland weit verbreiteter als in Norddeutschland. Ein bedeutender Aufschwung im Berliner Seefischhandel ist erst seit zwei Jahren in Berlin zu verzeichnen und es ist nach der Statistik der großen Dampf-fischereigesellschaften, die in Berlin Verkaufszentralen besitzen, ein ständiger Aufschwung zu konstatieren.

Der Transport der Seefische wird in besonders eingerichteten Waggons erfolgen, die mit Eis ausgefüllt sind und außerdem eine Luftventilatorenkühlung enthalten. Im Auftrag der Stadt Berlin weilen gegenwärtig Stadtverordneter Giese und der städtische Vermittler Melzer in Geestemünde. Der Verkauf findet in folgenden Markthallen statt: Dresdenstraße, Andreasstraße, Büdlerstraße, Arminplatz, Marheinekeplatz, Wörtherstraße und Reinholdendorferstraße.

Die Armenverwaltung hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, beim Magistrat die Herabgabe geeigneter Räume für ein neu zu errichtendes Armenamt (Nr. IV) zu beantragen. Das neue Armenamt soll auf dem Restbau der Straßenreinigungsdeputation, Urbanstraße 123, untergebracht werden.

Nach der Anweisung für die Verwaltung der offenen Armenpflege sollen Mitglieder einer Armenkommission zur Lieferung von Naturalien an Unterhaltungsempfänger des Bezirkes nicht herangezogen werden. Angeordnet dieser Vorchrift ist dies doch häufig der Fall; namentlich bei der Lieferung von Milch ist dies in letzter Zeit mehrfach vorgekommen. Die Armenverwaltung beschloß gestern mit dieser Angelegenheit und beschloß, durch eine Umfrage bei den Armenkommissionen zunächst festzustellen, in welchem Umfange solche Lieferungen geschehen.

In vielen Armenkommissionen im Innern der Stadt hat sich durch die bauliche Entwicklung die Zahl der Armen erheblich vermindert. Es ist deshalb eine anderweitige Einteilung dieser Bezirke erforderlich. Nach dem von einem Ausschuss vorbereiteten Pläne sollen circa 40 Kommissionen mit anderen Kommissionen zusammengelegt werden.

Zur Milchpreissteigerung schreibt uns der Gemeinnützige Verein für Wilmersdorf: Während die Großmolkereien und die Milchhändler Berlin und der Vororte den Preis der Milch auf 24 Pf. (ab Wagen oder Raden), auf 26 Pf. (frei Haus) erhöht haben, liefert der Gemeinnützige Verein für Wilmersdorf noch wie vor beste Vollmilch in 1/2 Liter-Flaschen zu 9 Pf., das Liter also zu 22 1/2 Pf. In seinen 12 Milchhäusern liefert das Glas warme und kalte Milch, die Tasse Kaffee, noch immer 5 Pf., ohne daß das Maß verkleinert worden wäre. Derselbe ausgezeichnete Vollmilch zu denselben niedrigen Preisen verkauft in seinen Erfrischungshallen und an seinen Erfrischungstischen der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholismus. Die Geschäftsstelle beider Vereine befindet sich Berlin-Wil., Tübinger Str. 1.

Der Berliner Viehhof auf's neue für die Viehhandlung gesperrt. Nachdem erst am Sonnabendvormittag die Viehhandlungspforte auf dem Berliner Viehhof aufgehoben worden war, mußte, wie die „Allgem. Fleisch-Ztg.“ berichtet, am Sonnabendnachmittag der Viehhof

auf's neue gesperrt werden, da unter dem Vieh des Engrosfleischermeisters Paul Höge aus Weichensee bei einem Kind die Maul- und Klauenseuche festgestellt wurde. Der Viehtransport von 7 Rindern, unter denen das verseuchte Tier sich befunden hatte, war der Firma Wagner u. Co., Berlin, aus der Gegend von Elbing zugegangen.

Kiesensalkament in der Berliner Pappenbranche. In der Berliner Papier- und Pappenbranche hat sich ein aufsehenerregendes Salkament eines bekannten Geschäftshauses vollzogen, das durch seinen Sturz noch einige andere Firmen mit sich reißen dürfte. Vor etwa einer Woche ist die Papier- und Pappenfabrik von Celar Cassa, Magazinstr. 15/16, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiven betragen etwa 670 000 M., denen annähernd 80 000 Mark Aktiven gegenüberstehen. Der Inhaber der Firma, der Kaufmann Max Verholdt, ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden.

Der paritätische Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe ist nunmehr als gesichert anzusehen. Das Grundstück in der Hermannstraße, wo das allgemeine Arbeitsnachweisgebäude sich befindet, bietet genügend Raum für ein zweites Gebäude, dessen Front nach der Küderstraße gehen und worin neben dem Gastwirtsgewerbe noch das Holzgewerbe untergebracht werden soll. Die notwendigen Gelder für den Bau, der in Kürze begonnen werden soll, strect die Landesversicherungsanstalt Berlin vor; die Finanzgarantie übernimmt der Magistrat der Stadt Berlin.

Für das Gastwirtsgewerbe sind umfangreiche Räume in zwei Stockwerken vorgesehen; die Vermittlung findet, nach den verschiedenen Branchen geordnet, statt. Die angeschlossenen Verbände der Unternehmer und der Arbeiter werden einen Teil der Kosten für die angestellten Beamten aufzubringen haben. — Es steht zu hoffen, daß die Zentralisierung des gewerkschaftlichen Nachweises mit dazu beitragen wird, die gewerkschaftliche Stellenvermittlung verschwinden zu machen.

Der taubstumme Messerschneider, der vor einiger Zeit ein Attentat auf die Prostituierte Wanda Schaubert aus der Brandenburgerstraße verübt hat und nach dem die Kriminalpolizei mehrere Tage fahndete, ist gestern festgenommen worden. Die angestellten Ermittlungen hatten zu dem Resultat geführt, daß für die Täterin ein wohnungsloser taubstummer Schneidergehilfe Tiener, der sich auch Diener nannte, in Frage kommen konnte. Gestern erfuhr die Kriminalpolizei daß Tiener in einem Lokal der Landsberger Straße an einer Zusammenkunft von Taubstummen teilnehme. Mehrere Beamte begaben sich dorthin, fanden den Gefuchten und schritten zu seiner Verhaftung. Anfänglich benahm sich Tiener renitent und wollte von einer Messerschneiderei nichts wissen. Schließlich bequemt er sich aber doch zu einem vollen Geständnis. Er sei, so gab er in der bei den Taubstummen üblichen Zeichensprache zu verstehen, in Wut geraten, weil sich das Mädchen seinen Anträgen gegenüber abweisend verhalten habe, und da habe er zum Messer gegriffen.

Ein Unglück im Familienbad Wannsee, das seinerzeit in der Deffentlichkeit lebhaft besprochen wurde, hat jetzt zu einer Leichen- ausgrabung geführt. Am 14. August d. J. ertrank im Familienbad der 32 Jahre alte Fremdenführer Johann Schläge aus der Landsberger Allee 3, der an einer tiefen Stelle plötzlich unterging. Nach etwa 5 Minuten holtten Mißbadebe und Angestellte des Bades den Mann aus dem Wasser heraus. Er war aber schon tot und Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Das Publikum war empört, daß der Badebesitzer keine Rettungsmittel zur Stelle hatte und die Entziehung der Leiche aus dem Zeitungslifebhaft zum Ausdruck. Die Leiche wurde von dem Amtsvorsteher in Grunewald beisetzungsamt am nächsten Tage aber zur Beerdigung freigegeben. Der ärztliche Totenschein lautete: Tod durch Herzschlag beim Ertrinken. Am 17. August wurde der Verunglückte auf dem Friedhofhof an der Friedenstraße beerdigt. Als die Witwe dann von den Mängeln im Rettungswesen des Familienbades erfuhr, schrieb sie an den Richter, er möge sich wegen eines Schadenersches für sie und ihre beiden Kinder im Alter von drei Jahren und vier Monaten gütlich mit ihr auseinandersetzen. Der Richter antwortete darauf nicht. Deshalb wandte sich Frau Schläge vor vier Wochen an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht III und brachte in ihrem Schreiben auch zum Ausdruck, daß sie an den Herzschlag nicht glaube. Einem Verbleib hat sie darauf noch nicht erhalten. Gestern morgen aber ordnete das Amtsgericht Verlin-Mitte bei der Friedhofverwaltung an, die Leiche des Ertrunkenen auszugraben und zur Obduktion nach dem Schandhaufe zu bringen.

Ein aufregender Vorgang spielte sich Sonntagabend in dem Hause Tiedstr. 19 ab, wo es im zweiten Stockwerk zwischen einem fremden Manne und einer Frauenderson, die beide nicht ins Haus gehörten, zu einem erregten Streit gekommen war. Wüthlich rannte die Fremde aus Korridorfenster und stürzte sich, ehe sie daran gehindert werden konnte, auf die Straße hinab. Mit zerfetztem Gliedern blieb die Lebensmüde auf dem Bürgersteig liegen. Ein Säugmann brachte sie in einer Droßkule nach der Unfallstation und von dort wurde die Schwerverletzte nach der Charité übergeführt. Es handelt sich um eine etwa zwanzigjährige Person. Da sie bisher noch nicht die Bestimmung wieder erlangt hat, vermochte über die Persönlichkeit der Lebensmüden nichts ermittelt zu werden.

Beim Absteigen vom Straßenbahnwagen verunglückt ist Sonntagabend die 66 Jahre alte Hospitalistin Witwe Marie Pierrat aus der Palisadenstraße. Die alte Frau hatte mit einer Stubengenossin eine Verwandte besucht. Bei der Rückkehr nach ihrem Heim wollte sie an der Ecke der Koppen- und Gr. Frankfurter Straße absteigen, dabei fiel sie hin und brach sich den rechten Oberschenkel. Die Verunglückte wurde von der Rettungswache in der Koppenstraße nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Von einem Kraftdreirad überfahren und getödtet wurde Sonntagabend um 7 Uhr der 7 Jahre alte Sohn Paul der Postboten Köhr aus der Soldiner Straße 70. Der Knabe hatte sich an einen Bierwagen, der die Soldiner Straße entlang fuhr, hinten angehängt, wie es Kinder oft tun. Als nun aus der entgegengesetzten Richtung der Fabrikant Fischer aus der Simplonstr. zu Vorkahren-Nummelsburg mit seinem Kraftdreirad gefahren kam und ein Hupezeichen gab, ließ er los und sprang nach der linken Seite zu, fiel hin, wurde von dem Rad überfahren und erlitt einen Schädelbruch. Fischer brachte den Verunglückten gleich zu einem Heilgehiffen in der Kochbarstraße und ließ einen Arzt holen. Dieser konnte nur noch feststellen, daß der Kleine schon gestorben war. — Unter eine Kraftdreirad geriet um dieselbe Zeit, gerade an seinem 44. Geburtstag, der Geschäftsfreisende Richard Paust aus der Gudumstraße 40 zu Lichtenberg, als er an der Ecke der Großen Frankfurter und Andreasstraße den Domn überfahren wollte. Er hatte den Wagen übersehen, wurde überfahren und zog sich schwere Verletzungen an den Armen und Beinen zu. Die Rettungswache in der Koppenstraße verband ihn und brachte ihn auf seinen Wunsch nach seiner Wohnung.

Im städtischen Obdach vom Tode überrascht wurde Sonntagvormittag ein älterer Mann von etwa 50-60 Jahren. Nach Papieren, die man bei ihm fand, handelt es sich um einen früheren Zollomtin-führer Adolf Klappert, der im Jahre 1865 zu Frankfurt a. O. geboren ist. Es steht aber noch nicht fest, ob die Papiere auch dem Verstorbenen gehören. Der Mann ist 1,70 Meter groß und kräftig gebaut und hat graugemischtes Kopfhair und einen grauen Bart.

Der Selbstmord einer geisteskranken Frau wird vom Gütlicher Ufer gemeldet. Die 66 Jahre alte Ehefrau Veria des Gastwirts Gartner vom Gütlicher Ufer 11 war schon seit zehn Jahren geistig nicht mehr gesund. Das Leben steigerte sich in der letzten Zeit so, daß der Mann sie vor 14 Tagen in eine Privatheilanstalt bringen mußte. Als er sie dort am vergangenen Mittwoch besuchte, hat sie

ihn, sie wieder mit nach Hause zu nehmen. Gartner tat dies auch, weil es mit ihr besser geworden zu sein schien, hielt aber die Kranke ständig in Obhut. Vorgestern morgen aber ließ seine kleine Tochter, die der Mutter Koffer brachte, aus Versehen die Tür auf. Diese Gelegenheit benutzte die Kranke, die sich früher schon einmal aus dem Fenster hatte stürzen wollen, sich heimlich zu entfernen. Sie ging geradenwegs nach dem Landwehrkanal und sprang ins Wasser. Gestern nachmittag landete man ihre Leiche an der Ecke der Reichberger Straße.

Reiche Beute machten Wohnungsbrecher, die den Gerberel-festher Schneider in der Prinzenallee 59 heimsuchten, während er sich mit seiner Familie in Tegelort aufhielt. Bei ihrer Rückkehr fand die Familie die Hintertür und alle Vorhänge in der Wohnung erbrochen und durchwühlt. Das harte Geld, das im Kontor lag, hatten die Einbrecher nicht gefunden, dagegen hatten sie für 8000 M. goldene Schmuckfächer, Silberzeug, Kleidungsstücke, Hands- und Leibwäsche, Strampfenfedern, einen Persierleuchter, einen Persierarmmuff und einen Wandteppich weggeschleppt. Nicht genug damit, hatten sie auch noch die Polstermöbel zertrümmert und Teppiche, Käufer und Figuren mit Lackfarbe bedeckt. Niemand im Hause hatte von dem Treiben der Vandalen etwas gehört.

Eine teure Nacht. Um 670 Mark wurde ein Kaufmann B. aus der Charlottenstraße bestohlen. B. hatte in der Nacht zum Sonntag eine fidele Bierreise unternommen und in der Friedrichstadt die Bekanntheit eines hübschen jungen Mädchens gemacht. Er fuhr später mit ihm nach dem Kottbuser Damm und als sich die holde Begleiterin von ihm verabschiedet hatte, mußte er die unangenehme Entdeckung machen, daß sie seine Brieftasche und das Portemonnaie mitgenommen hatte. Die Diebin hatte 600 Mark, vier Zehnmarsk-scheine sowie 80 Mark in Silber erbeutet.

Zwei hohe Beamte des japanischen Justizministeriums haben das Berliner Gewerbegericht und Kaufmannsgericht besichtigt und vielen Sitzungen beigewohnt. Die Herren interessierten sich auch namentlich für das Einigungsamt. Sie hatten bei der gegenwärtig starren Inanspruchnahme des Einigungsamts Gelegenheit, Schlichtungs-kommissionen usw. verschiedener Gewerbe kennen zu lernen. Im Anschluß an diese Besichtigung wurden unter Führung des ersten Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts das Berliner Gewerkschaftshaus sowie das Gewerbevereinshaus besucht.

Dachstuhlbrand in Berlin-Südost. Ein großer Dachstuhlbrand wüthete gestern nachmittag in der Tuvryststraße 36 im Südosten Berlins. Das Feuer hatte seinen Herd im Dachstuhl des Duer-gebäudes und war schon außerordentlich weit vorgeschritten, als man die Gefahr bemerkte. Die Feuerwehr rückte mit zwei Bagen an und ging sofort mit drei Schlauchleitungen gegen die Flammen vor. Trotzdem dauerte es fast zwei Stunden, bis „Feuer aus“ gemeldet werden konnte. Der Dachstuhl ist größtenteils zerstört. Ueber die Brandursache ist nichts ermittelt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die siebente Abendstunde hin.

Großfeuer in einem Asphaltwerk. Ein großer Brand, der der Charlottenburger Feuerwehr viel zu schaffen machte, brach gestern früh kurz nach 8 Uhr in dem Asphaltwerk der Straßenbaugesellschaft Joeller, Wolfers u. Droge in der Straße 74a am Spah-dauer Schiffahrtskanal aus. Das Feuer entzündete in der Darrmühle, wo der Asphalt gedarrt wird und sprang sofort auf das in einem turmartigen Aufbau untergebrachte Teerpapenlager über. Als der erste Lösungsangriff der Charlottenburger Wehr anrückte, schlugen die hellen Flammen aus dem Fabrikgebäude hervor und gewaltige Rauchschwaden verdunkelten das Gelände. Es wurde daher sofort nach ein zweiter Lösungsangriff zu Hilfe geholt. Zwei Dampfsprizen legten direkt am Spandauer Schiffahrtskanal an und gaben mit mehreren Rohren Wasser. Die Maschinen des Asphaltwerkes konnten noch geschützt werden, doch brannte das Lager größtenteils aus. Da das Fabrikgebäude isoliert steht, waren die übrigen Bau-lichkeiten des Werkes nicht gefährdet. Nach einstündiger Lös-tätigkeit konnte die Gefahr nicht beseitigt gelten. Eine Betriebs-störung wird durch den Brand nicht verursacht, da genügend Reserve-räume vorhanden sind. Wodurch das Feuer entstanden ist, konnte mit Bestimmtheit noch nicht festgestellt werden, doch wird vermutet, daß beim Darren eine Flamme in den Asphalt geschlagen ist. Erst um die Mittagszeit konnte die Charlottenburger Wehr wieder ab-rücken.

Arbeiter-Bildungsschule. In der Koffiz in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ ist ein Irrtum enthalten. Der Sonnabend-unterricht in der neuesten deutschen Geschichte (Vortragender: Konrad Gaemisch) fällt nicht am kommenden Sonnabend, den 14. d. M. aus, sondern erst am Sonnabend, den 21. d. M. Dieser aus-fallende Unterrichtsabend wird vorweggenommen am Donnerstag, den 19. d. M. Der nächste Unterrichtsabend findet also ordnungsgemäß statt am Sonnabend, den 14. Oktober.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Halensee.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Am Mittwoch hat die dritte Abteilung im 9. und 10. Wahlbezirk drei Stadtverordnete zu wählen. Im 9. Bezirk, wo uns kein Quabestverwandter zur Verfügung steht, unterstützen wir den Kan-didaten der Demokratischen Vereinigung, Hausbesitzer Adolf Pinew, Ringbahnstr. 120. Im 10. Bezirk hingegen sind als sozialdemo-kratische Witterkandidaten aufgestellt: Tischler Alfred Nibel, Kaiserallee 172, und Kaufmann Siegfried Marcusson, Kochod-str. 24. Man beachte wohl, daß im 10. Bezirk jeder Wähler zwei Kandidaten zu wählen hat. Das Wahllokal für den 9. Bezirk ist der Viktoriagarten, Wilhelmstraße 115, für den 10. Bezirk die Restauration von Gramkau, Kaiserplatz 14. Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 4 Uhr nach-mittags bis 9 Uhr abends.

Das Wahleresultat wird Mittwochabend 9 Uhr im Wilmers-dorfer Stadtpark, Kaiserallee 61/62, verkündet werden. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, sich dort zahlreich einzufinden.

Steglich.

Mit einer Partie begann die letzte Sitzung der Gemeindever-treter, nämlich mit der „Wahl“ zweier Vertreter und deren Er-fachmänner für die Verammlung des Juederbands Groß-Berlin. Die Versammlung sollte dazu mißbraucht werden, die von der Hausbesitzermehrheit bestimmten Herren zu wählen. Auf diese Komodie, die nach dem Zeremoniell der Landgemeindeordnung auf-geführt wurde, verzichteten unsere beiden Vertreter ausdrücklich, eine weitere Anzahl der Herren von der Linken stillschweigend, einige gaben weiße Zettel ab oder wählten „Cassiber“, damit man nicht behaupten kann, daß die Kandidaten einstimmig „gewählt“ worden seien. Die Besprechung des Antrages auf Erweite-rung der Badeanstalt zeitigte das einhellige Ergebnis, daß die Anstalt dem Bedürfnis nicht mehr genügt. Die Vergrößerung durch Ankauf des Nachbargrundstückes dürfte an dem unerkennbar-mäßig hohen Kaufpreis scheitern. Der Gemeindevorstand plant deshalb nur einen Ausbau zur Vermehrung der medizinischen

Röder und den Bau eines Freibades am Teltowkanal, das mit einem Licht- und Luftbad verbunden werden soll. Da auf dem Grundstücken des Gemeinde-Elektrizitätswerkes der erforderliche Raum vorhanden ist, dürfen die Kosten nicht erheblich sein. Eine Anfrage über den Stand der Angelegenheit betr. Anlegung einer gleislosen Bahn fand ihre Beantwortung darin, daß die Arbeiten der Firma Daimler übertragen worden sind nach dem System „Mercedes-Electric“. Am 1. März, spätestens am 1. April 1912, soll der Betrieb aufgenommen werden, womit dann endlich der neue Schöneberger Ortsteil eine Fahrverbindung von der Schöneberger Grenze durch die Bismarck-, Berg-, Klitzstraße nach dem Steglitzer Bahnhof erhält. Ferner steht der Gemeindevorstand mit dem Magistrat von Schöneberg in Unterhandlung wegen der eventuellen Heranführung der Untergrundbahn an die Steglitzer Grenze. Ebenso glaubt der Gemeindevorstand die baldige Weiterführung der Brunenwaldbahn durch die Witzbuschstraße nach dem Steglitzer Hofen in Aussicht stellen zu können. Zur Einrichtung von Schulparzellen für sämtliche Gemeindegemeinschaften wurden die geforderten Mittel bewilligt. Die Vorlage betr. Regelung der Wohnverhältnisse der Gemeindevorsteher wurde nach längerer Diskussion, die von unserem Vertreter Ahmann eingeleitet wurde, einstimmig angenommen, jedoch nur als Abschlusssache, wie Genosse Ahmann ausführte. Seine weitergehenden Wünsche in bezug auf schnellere Steigerung der Löhne, Bezahlung der Feuerlage, Urlaubsbewilligung schon nach zweijähriger Beschäftigungsdauer, Erhöhung der Familienzulage, Differenzzahlung in Krankheitsfällen usw. habe er, wie schon in der Kommissionsberatung bemerkt, nur deshalb zurückgestellt, um die Erhöhung der Löhne nicht hinauszuschieben. Er sei mit dem bisherigen Erfolg seiner Anträge zufrieden und werde mit seinem Freunde Hamburg für die Vorlage stimmen, zumal ja der Bürgermeister auch heute ausdrücklich erklärt habe, daß der Gemeindevorstand die angeführten Punkte in wohlwollender Weise prüfen und zur nächstjährigen Etatsberatung eine entsprechende Vorlage machen werde. Der Bürgermeister glaubte ausdrücklich feststellen zu müssen, daß die Anregungen zu der Vorlage „nicht nur von einer Seite, sondern von verschiedenen Seiten gemacht worden seien“. Genosse Ahmann behauptete dagegen mit Recht, daß nur er allein diesbezügliche Anträge sowohl bei der Staatsberatung als auch in der vorigen Sitzung gestellt habe. Auf die Frage nach dem zweiten Antrag Ahmann aus der vorigen Sitzung betr. Feuerzulage an die unteren Beamten antwortete der Bürgermeister, daß diese Frage noch weiter beraten werde. Ueber die bisherige Tätigkeit des Marktausschusses wurde berichtet, daß er sich in zwei Sitzungen mit der Feuerungsfrage beschäftigt und beschlossen habe, Kartoffeln durch die Gemeinde aufzukaufen und an die Geschäftsleute zum Weiterverkauf zu von der Gemeinde bestimmten Preisen abzugeben. Auch sei für billigen Bezug von Seefischen vorgesorgt. Die Filiale der Nordseefischerei in der Schloßstraße habe schon am gestrigen Donnerstag einen billigen Fischtag veranstaltet, den sie jeden Donnerstag wiederholen wolle; ebenso habe der Fischhändler Studier in der Albrechtstraße sich bereit erklärt, jede Woche einen billigen Tag abzuhalten. Die Bevölkerung habe also schon jetzt an zwei Tagen der Woche Gelegenheit, Fische gut und billig zu kaufen, sogar billiger, als in Charlottenburg. Ob und welche weiteren Maßnahmen noch zu treffen seien, müsse weiterer Beratung vorbehalten bleiben.

Rigsdorf.

Feuerungszulagen an die städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeiter fordert ein sozialdemokratischer Antrag, mit dem sich am nächsten Donnerstag die hiesige Stadtverordnetenversammlung beschäftigen wird. Ebenso liegt ein Antrag unserer Genossen auf Einführung der Sonntagswahlen für die zweite Wählerabteilung vor. Auch soll über die Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten Beschluß gefaßt werden.

Sichtenberg.

Sonntagswahlen für die dritte Wählerklasse. Der Magistrat ist in seiner letzten Sitzung dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlen der dritten Wählerabteilung an einem Sonntag stattfinden zu lassen, beigetreten. Die nächsten Stadtverordnetenwahlen sollen wie folgt stattfinden: III. Abteilung am Sonntag, den 19. November, von 12 bis 7 Uhr nachmittags; II. Abteilung am Montag, den 20. November, von 2-8 Uhr nachmittags; I. Abteilung am Dienstag, den 21. November, von 10-12 Uhr vormittags.

Storkow.

Eine liberale Leistung. Der Wahlverein der Liberalen hatte zu Sonnabend, den 7. Oktober er, die Wähler zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Referent war der liberale Kandidat Professor Dr. Spiegel-Charlottenburg, der in nächster und trodener Weise das Programm der Freisinnigen zum größten Teil aus einer Broschüre vorlas. Einige seiner Ausführungen verdienen festgehalten zu werden, da sie zeigen, wie auch ein Mann der Wissenschaft mit platten, abgedrohtenen Phrasen gegen die Sozialdemokratie zu operieren weiß, die allerdings ihre Wirkung völlig verfehlten. Sein Hauptargument war: „Die Sozialdemokratie will das Bestehende niederreißen, so hätten die Führer erklärt! Wie sich der Professor dieses „Niederreißen“ eigentlich vorstellt, darauf blieb er allerdings trotz der andrängenden an ihn gerichteten Frage die Antwort schuldig. Einer der Schlimmsten der bösen Sozialdemokraten ist aber der jetzige Vertreter des Wahlkreises Teltow-Westorf-Storkow-Charlottenburg im Reichstag, der Genosse Juchacz. War er es doch, der auf dem Magdeburger Parteitag die Budgetbewilliger mit Schimpf und Schande aus der Partei jagen wollte. Die süddeutschen Genossen sind noch in den Augen des Herrn Spiegel passabel, aber ein Vertreter der Sozialdemokratie vom Schlage Juchacz verdient nicht in den Reichstag entsandt zu werden. Auch bei einer event. Stichwahl, mit der er sicher rechnen, lehne er — wie die Konservativen schon drohten — die unerbetene Hilfe der Konservativen ab. (Sollten dem liberalen Herrn die Trauben zu hoch hängen?) In sozialer Beziehung verlange er die Aufgestaltung des Koalitionsrechtes, auch den Schutz der Arbeitswilligen, Arbeitslosenversicherung u. a. mehr. Entsprechend der Beschäftigung des Liberalen Vereins setzte der Vortragende die Redezeit auf eine Viertelstunde fest, trotz des Einspruchs einzelner Versammlungsteilnehmer. Es wäre für unsere Genossen ein leichtes gewesen, eine unbeschränkte Redezeit durchzusetzen, da es eine öffentliche Versammlung war, in der unsere Genossen zwei Drittel der Versammelten repräsentierten. Gen. G. r o g e r ging besonders auf die Theorie und Praxis der Liberalen ein. Einen besonders charakteristischen Fall dieser Gegenfälligkeit, der mehr als lokales Interesse hat, konnte er zur Illustration dieser Tatsache der Versammlung vor Augen führen. Der Kandidat der Liberalen tritt für unbeschränktes Koalitionsrecht ein und der Vorsitzende der Versammlung, Herr Schuhwarenfabrikant Ulla, entließ vor einigen Jahren die Arbeiter seiner Fabrik, die sich gewerkschaftlich zu organisieren wagten! Herr Prof. Dr. Spiegel, sowie der freisinnige Parteifreund Herr Eibel hatten für diese mit dem Programm der Liberalen und den Ausführungen des Referenten kein Wort der Kritik. Statt dessen behauptete der letztere läch, um die anwesenden Kleinbürger in die nötige Stimmung zu versetzen, daß die Sozialdemokratie den „gewalttätigen Umsturz“ wolle, stehe ja in deren Programm! Was bei einiger Gewissenhaftigkeit jeder politische ABC-Schäme wissen muß, daß diese Behauptung platter Unsinn ist, braucht ein freisinniger Parteifreund noch lange nicht zu wissen. Wie wenig der liberale Kandidat geeignet ist, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen oder zu vertreten, erhebt die Behauptung: daß die eigentlichen Arbeiter sich augenblicklich nicht in einer so schlechten Lage befinden; welcher Auspruch auch mit dem entsprechenden Respekt seitens der versammelten Arbeiter aufgenommen wurde, da Löhne von 12-16 M. wirklich in

Storkow keine Seltenheiten sind und zwar gerade in den Fabriken, deren Inhaber dem liberalen Verein sehr nahe stehen. Das Debüt des freisinnigen Kandidaten stand unter keinem günstigen Stern.

Teltow.

Der im Februar hier neugewählte Bürgermeister Palleske scheint unseren Genossen geringere Zehde angefangen zu haben. Diese Mitteilung muß alle diejenigen überraschen, die die unmittelbar nach seinem Amtsantritt aufgestellten und auch von uns veröffentlichten Zeitsätze ernst nahmen. Es waren das Verpflegungen, die in die Tat umgesetzt, jedem Verwaltungsbeamten als nachahmenswert empfohlen werden konnten. Unsere in der Gemeindevertretung sitzenden vier Genossen empfingen den Bürgermeister trotz seiner vielberühmten Amtsgrundsätze mit dem größten Mißtrauen, und hierzu hatten sie alle Ursache. Denn noch ehe die Wahl des Herrn Palleske, des ehemaligen Bürgermeisters von Höchst a. M., vorgenommen wurde, hatten sie sich über seine zwölfjährige Tätigkeit von dortigen Kommunalvertretern Auskunft geholt. Die Urteile, die unsere Genossen selbst von dortigen bürgerlichen Vertretern erhielten, ließen in ihnen die Meinung entstehen, daß Herr Palleske für Teltow völlig ungeeignet sei. Als nämlich in Höchst die Neuwahl eines Bürgermeisters vorgenommen wurde, erhielt Herr Palleske von den 30 Stadtverordneten und 8 Magistratsmitgliedern, die nach der Städteordnung für Hessen-Rhessien den Wahlkörper bilden, ganze vier Stimmen. Daraus geht hervor, wie wenig es Herr Palleske verstanden hatte, sich bei der Bürgererschaft in den zwölf Jahren seiner Amtstätigkeit beliebt zu machen. Es wird dem ehemaligen Bürgermeister von Höchst a. M., der zugleich Chef der dortigen Polizei war, nachgesagt, daß er seine Polizeigewalt nicht selten mit einer Schärfe handhabte, die in der Bürgererschaft als Härte empfunden wurde. Herr Palleske bekam außer seiner gesetzlichen Pension von 6300 M. noch 1000 M. hinzu bewilligt, um ihm den Abgang von seinem Amt etwas weniger schmerzlich zu machen.

Als nun für Teltow die Bürgermeisterstelle ausgeschrieben wurde, meldete sich neben 200 Bewerbern auch Herr Palleske. Die Wahlkommission hatte zuerst sein Gesuch gar nicht berücksichtigt. Dies änderte sich, als Herr Palleske sich erbot, auf Pension sowie freie Wohnung verzichten zu wollen, und als er gar das von der Regierung festgesetzte Gehalt von 4500-5200 M. mit 3200 M. unterbot. Nebenbei soll Herr Palleske sich sogar beim Landratsamte noch besonders in empfehlende Erinnerung gebracht haben. Jetzt wurde nun für den neuen Mann Stimmung in der Bevölkerung gemacht. Das Amtsblatt, die „Teltower Zeitung“, brachte in seiner Nummer vom 11. Februar d. J. bereits eine Notiz, worin es mitteilte, daß die bürgerlichen Stadtverordneten beschließen hätten, den bisherigen Bürgermeister von Höchst a. M. zu wählen. „Wie die Dinge zurzeit bei uns liegen,“ so schrieb das Blatt, „kann nur eine starke und energische Hand das zur Tat reifen lassen, was mit weit über die Leistungsfähigkeit Teltows hinausgehenden Mitteln geplant worden ist. Wollen wir nicht unter der jetzigen Steuerlast, die namentlich dem Grundbesitz auferlegt worden ist, ersticken, so müssen wir neue Wege gehen.“

Am Schluß wird gegen unseren Genossen Röder zu Felde gezogen, der auf Grund der von Höchst über Herrn Palleske erlangten ungünstigen Auskünfte gegen dessen Wahl als Bürgermeister aufgetreten war. Gleichwohl suchte sich auch Herr Palleske unseren Genossen so darzustellen, als werde er sich später mit ihnen zum größten Teil in Uebereinstimmung befinden.

Nach dem, was unsere Genossen auf Grund der praktischen Tätigkeit des Herrn Palleske erfahren haben, sind sie in ihrem Urteil, das sie anfangs über denselben hatten, nur bestärkt worden.

Doch Herr Palleske gibt sich einer gründlichen Täuschung hin, wenn er glaubt, das System von Höchst mit Erfolg auf Teltow übertragen zu können. Die Bürgerlichen gehen mit ihm durch Dick und Dünn, und als besondere Anerkennung dafür, daß er sich so recht als ihr Mann zeigt, haben sie sich eine Aufmachung seiner Umzugskosten von Höchst nach Eberswalde sowie von Eberswalde nach Teltow vorlegen lassen. Auch eine in Eberswalde gemietete Wohnung mit 1100 M. wurde in Rechnung gestellt. Unsere Genossen widersprachen einem solchen Beschluß. Vom Magistrat erhielten sie den Bescheid — daß man dem Bürgermeister das ganze Gehalt zuwenden wolle. Sollte dies abgelehnt werden, so würde der Magistrat diese Forderung auf andere Art einbringen. Unsere Genossen haben sich jetzt beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten gewandt. Schon zweimal haben sie bereits eine Zurückweisung des Stadtverordnetenvorsitzers sowie der Stadtverordnetenversammlung wegen rechtswidrigen Vorgehens herbeigeführt.

Dem Herrn Palleske wird mit der Zeit zum Verwunssein kommen, daß mit den Vertretern der Arbeiterschaft nicht so leicht umzuspringen ist, wie mit den zwei „Ausharbeitsvertretern“ des Höchster Stadtverordnetenparlamentes.

In dem Kampf um ihr Recht werden unsere Genossen natürlich von den bürgerlichen Vertretern sowohl wie auch vom hiesigen Amtsblatt (letzteres leistet sich in Anpöbelungen gegen den Genossen Röder ganz besonderes) begeistert, doch das wird sie nicht hindern, manhaft ihr Pflicht zu erfüllen.

Reinickendorf.

Ueber Theorie und Praxis des Koalitionsrechtes in Gemeindebetrieben referierte in einer Versammlung der hiesigen Gemeindearbeiter und Krankenhausangestellten Kollege Stamer. Redner kam zu dem Schlusse, daß die Gemeindearbeiter und Angestellten zwar das Koalitionsrecht haben, daß es aber höchst ungern gesehen wird, wenn sie davon Gebrauch machen. In der Diskussion wies der Gemeindevertreter Genosse Ohl darauf hin, daß die Arbeiter nicht lediglich alles von unseren Gemeindevertretern allein erwarten, sondern dieselben durch einmütiges Zusammenstreben im Verbande unterstützen müßten. Unter „Verschiedenes“ kamen wieder lebhaftest Klagen der Krankenhausangestellten über Belästigung, scharfe Behandlung und Rigorosität bei der Urlaubsbewilligung zutage. Außer der Regelung der Besoldungsverhältnisse ist alles beim alten geblieben, ausgenommen, daß man die Ausgehzeit um eine Stunde verkürzt hat. Bieleicht soll den Angestellten dadurch das noch fehlende Vertrauen zu dem Verbandsausschusse beigebracht werden. Hier haben die Angestellten nur alle 14 Tage einen freien Halbtage, während ein solcher für Berlin und auswärts alle 8 Tage zugebilligt wird. Zur Abstellung all dieser Uebelstände kann das Personal selbst am besten beitragen, wenn es geschlossen und einig zusammensteht.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Der Stadtv. Winkler trägt dem Magistrat, ob ihm bekannt sei, daß die Einwohnerzahl Potsdams im letzten Vierteljahr um über dreihundert zurückgegangen sei und was er zu tun gedente, um einen weiteren Rückgang zu vermeiden. Die Zahl der leer stehenden Wohnungen sei erschreckend groß. Der Magistrat schob die Schuld auf den Quartalswechsel und den Abgang des Militärs. Diese Antwort ist jedoch nicht zureichend. Schuld ist vielmehr der Umstand, daß man in Potsdam keine Industrie, aufkommen läßt und fast die Hausgarrier der Dreifigkeit besitzen, die Wohnungsmieten fast Jahr für Jahr um über 10 Proz. und mehr zu erhöhen, so daß hauptsächlich der Arbeiter und kleine Beamte die Miete nicht mehr erschwingen kann und er in der Nachbarschaft sein Heim aufgibt. Die Synagogengemeinde hat den Anschlag der am Wege nach dem Pfingstberge neu errichteten Friedhofkapelle an die Kanalisation beantragt. Die Kosten in Höhe von 4500 M. werden bewilligt mit der Bedingung,

daß diese Summe von der Synagogengemeinde mit 5 Proz. solange zu verzinsen ist, bis sich die Anlage durch Bebauung der Gegend rentiert. — Dem Magistrat wird die Ermächtigung erteilt, nicht nur wie bisher den Volksschullehrern, sondern auch den Lehrern höherer Schulen selbständig Umzugskosten in Höhe der vom Staat festgesetzten Entschädigungen zu gewähren, dieselben jedoch wieder einzuziehen, wenn der Lehrer nicht mindestens fünf Jahre an einer hiesigen städtischen Schule wirkt. — Zur Anlegung von einer Straße nebst den dazu gehörigen Plätzen in der Berliner Vorstadt werden 54 400 M. bewilligt, welche bis auf die Kosten für die Anlegung der Schmutzwasserleitung von den Anliegern wieder eingezogen werden. — Einige neue Straßen sollen erhalten, und zwar sind es die Straßen 76 und 77 in der Teltower Vorstadt, die Trebbiner und Dremiker Straße heißen sollen, ferner zwei Straßen auf dem Küßelgelände, die Küßelstraße und die Tornowstraße. Die Verlängerung der Kasanienallee erhält den gleichen Namen.

Zur Bornimer Nordaffäre. Der Invalide Ahle, der sich seinen eigenen Sohn und den Dienstknecht van Scholten, wie gemeldet, des Mordes an dem Rikshändler Pränke beschuldigt, ist gestern nacht im hiesigen städtischen Krankenhaus, wohin er vor mehreren Tagen aus dem Bornimer Armenhaus gebracht worden war, gestorben. Noch am Sonnabend war der Untersuchungsrichter im Krankenhaus, um Ahle zu verhören, doch war der Alte bereits zu schwach. Die Untersuchung Ahles auf seinen Geisteszustand ergab die typischen Symptome einer veralteten Geisteskrankheit, die sich auch in Halluzinationen äußerte. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß Ahle, wie viele Patienten seines Schlages, Vorgänge, die auf ihr Leben mit Nachdruck eingewirkt haben, während ihrer Krankheit reproduzieren, ohne dabei die Tragweite ihrer Reden beurteilen zu können, ähnlich solche Vorgänge selbst erlebt zu haben glaubte. Ahle starb infolge Entkräftung und Unterernährung. Bezeichnend für die augenblickliche Beurteilung der Situation ist ein Fund, den man im Armenhaus zu Bornim unter dem Bett des Ahle gemacht hat. Man holte dort einen Stiel, der dunkle Flecken zeigte, und ein Beil hervor, das schon lange dort gelegen haben muß. Die chemische Untersuchung wird über die Beschaffenheit dieses Fundes Aufschluß geben. Es ist seinerzeit im ärztlichen Obduktionsgutachten in der Nordaffäre behauptet worden, daß Pränke mit einem stumpfen Werkzeug erschlagen worden ist, man nahm damals an, mit einem Messer oder einem Beil.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist unser Heft Nr. 1 des 22. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Rot. — Bedels Lebenserinnerungen. — Der Kampf der französischen Arbeiterfrauen gegen die Lebensmittelerhöhung. Von Alexandra Kolontaj. — Aus der Geschichte der menschlichen Unwissenheit. I. Von B. Sommer. — Die Bewegung gegen die Teuerung in Oesterreich und der Bluffnotstand in Wien. Von Adelheid Vopp. — Aus der Bewegung: Von der Kollation. — Rabesberichte der Genossinnen in Potsdam und Rannheim. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Hungernde Textillaven. Von h. j. — Die Bildung von Frauenagitationskommissionen in Hamburg. Von og. — Notizen: Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Verschiedenes. — Für unsere Mütter und Hausfrauen: Die Zwillingen. Von Ernst Almsloh. — Bilder vom proletarischen Frauenleben und Hausdahl in Japan. I. Von Fritz Kummer. — Hygiene. — Für die Hausfrau. Heftletzte: Der Steuermann. Von A. Niemojen. — Zwei Welten. Von A. P. Jacobsen.

Für unsere Kinder: Herbstmorgen. Von Eduard Mörike. (Gedicht.) — Deutschland, Deutschland über alles! Von Roland. — Die sieben Juchten. Von Ludwig Kurbacher. — allerlei Kinderspiel und Ausruf in alter Zeit. Von E. Hoernle. — Wundersame Reise einer Mählenmaus und ihr trauriges Ende. Von Fr. Pfiffner. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 M.; unter Kreuzband 55 M. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist unser Heft Nr. 21 Nummer des 28. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge:

Bilder: Der Polizeipräsident ist los! Von M. Engert. — Die Geheimnisse der russischen Polizei. Von G. G. Jenisch. — Russische Spitzel. Von E. G. — Auf der Höhe von Jena. Von E. G. — Deutscher Herbst 1911. Von G. G. Jenisch. — Wilhelm Reichart. Von E. G. — Hoffnungen und Enttäuschungen. Von R. Wenzel. — Ein Nippenhäutchen. Von E. G. — Erklärter Jünger. Von E. Schilling. — Im Klub der Darmlosen. Von E. G. — Aus Wien. Von D. Deising. — Der besorgte Konstabler. Von E. G. — Text: Deutscher Herbst. Von P. E. — Düsseldorf. — Am Dom zu Speyer. — Eulenburg. Von Kl. — Oktober-Bild. Von P. E. — Unsere Diplomaten. — Lieber Jacob! Von J. J. — Werte Redaktionen! Von Claus Swartmann. — Das Zentrumsbild. — Das Winter-Gedicht. Von Fritz Sänger. — Altschöne Stimmungs-Bild. Von Balduin Reingarten! — Stolp. — Teuerungskrawalle in Wien. Von R. Keller. — Studiosus Bummel auf dem Kriegsfeld gegen die Sozialdemokratie (Austria). — Das Algauer Original. Humoreske von Keller-Berg. — Hohe Politik. Von Fritz Sänger. — U. u. u.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. J. S. V. T. V. K. G. m. b. H. in Stuttgart (sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen).

Am letzten Punkt. Roman von R. Wenzel. 340 S. — Das Granatarmband. Novellen von A. Rupprecht. 319 S. — G. Müller in München. Geographisch-statistische Tabellen 1911. Von O. Häbner. Fortgeführt durch Dr. Fr. v. Zuroschel. 1,50 M. — G. Keller, Frankfurt a. M.

Marktpreise von Berlin am 7. Oktober. 1911. nach Ermittelung des Königl. Polizeipräsidenten. Marktpreise (Reinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Nochen 35,00-36,00. Speisebohnen weiße, 35,00-36,00. Linen 34,00-36,00. Antofeln 7,00-12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30-1,80. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,30-2,00. Butter 2,40-3,40. 60 Stück Eier 3,80-6,40. 1 Kilogramm Karfen 1,00-2,40. Kote 1,20-2,80. Zander 1,40-3,60. Dorsche 1,30 bis 2,80. Barsche 1,00-2,00. Schleie 1,40-3,00. Bleie 0,80-1,60. 60 Stück Krebse 2,50-30,00.

Witterungsbericht vom 9. Oktober 1911.

Station	Barometer	Wind	Wolke	Temp. in C.	Station	Barometer	Wind	Wolke	Temp. in C.
Stettin	761	SW	2	10	Darmstadt	749	W	6	11
Dresden	764	SW	3	bed.	Berlin	745	E	2	11
Berlin	763	SW	2	bed.	Schw.	764	SW	6	12
Königsbr.	765	ND	2	bed.	München	773	SW	3	bed.
München	765	ED	3	10	Wien	764	SW	3	bed.
Wien	764	SW	3	bed.					

Wetterprognose für Dienstag, den 10. Oktober 1911.

Ein wenig kühler, aber bei ziemlich trübem nördlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 10.	am 7. 10.	Wasserstand	am 8. 10.	am 7. 10.
Remel, Mühl	64	+2	Saale, Gröblich	95	-8
Regel, Ankerberg	-7	-1	Saale, Spandau	14	+4
Seidel, Thon	-8	+4	Saale, Rathenow	-10	-10
Oder, Hartbor	105	-3	Spre, Ebersberg	80	0
Krossen	25	+1	Preßlau	87	+8
Potsdam	46	+1	Spre, Rauen	77	+4
Spandau	-38	0	Rhein, Rind	146	0
Waldh., Schimm	-59	+1	Rhein, Rind	341	-1
Waldh., Sandberg	-94	0	Rhein, Rind	130	-2
Waldh., Borban	-57	-7	Rhein, Rind	96	-2
Waldh., Leimert	-57	-7	Rhein, Rind	21	+1
Waldh., Dresden	-27	+3	Rhein, Rind	7	-2
Waldh., Barmby	-27	+3	Rhein, Rind	7	-2
Waldh., Magdeburg	-27	+3	Rhein, Rind	7	-2

*) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterwasser

H. Esders & Dyckhoff

Berlin C, Gertraudenstraße 8-9

Kleine Gertraudenstraße 1-2, { an der Petri-Kirche
Scharrenstraße 18,

Modernes neues Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Parterre: Kinder-, Knaben- und Jünglings-Abteilung : : : Herren-Hosen u. Westen - Herren-Artikel
Erster Stock: Fertige Herren-Konfektion
Zweiter Stock: Maß-Abteilung und englische Damen-Schneiderei

Theater.

Dienstag, 10. Oktober 1911:
Anfang 7 1/2 Uhr.

Reed. Don César.
Anfang 7 1/2 Uhr.

S. Opernhaus. Romeo und Julia.
S. Schauspielhaus. Die Nader-Heinerin.

Deutsches. Penthesilea.
Haberland. Spezialitäten.
Virtus Busch. Ein Jagdfecht am Hofe Ludwigs XIV.
Sirne Schumann. 1000 Jahre auf dem Meeresgrund.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Laubstroläher 48/49.
Scheitnisse der belebten Natur.
Im Nebel: Dr. Berndt: Der Ursprung des Lebens.
Neues S. Opernhaus. Doktor Raus.

Sommerstücke. Verkauftte Seelen.
Luffing. Glaube und Helmut.
Neues Schauspielhaus. Raifan der Belle.

Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Königgräber Straße. Donnerstag.
Romische Oper. Die teufliche Sultane.
Neues Operetten. Geflohen.
Yachtclubhaus. Der Großfürst.
Trianon. Mein Baby.

Schiller. O. Es lebe das Leben.
Schiller. O. Es lebe das Leben.
Schiller. O. Es lebe das Leben.
Friedr. W. W. Schauspielhaus.
Moral.

Wife. Die Weltliche.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Berliner. Bummelstudenten.
Neues. Die Naderin.
Kleines. Papa.

Westen. Die Dame in Rot.
Dalia. Polnische Wirklichkeit.
Zuifin. Die Nacht der Liebe.
Casino. Der selige Holschinsky.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollon. Spezialitäten.
Vorlage. Spezialitäten.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Wolffes Caprice. Kobi Krach. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Volgt. Die Kamillendame.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Der Sittenapostel.
Arimes. Von - Lebensabenteuer.
Neues Volkstheater. In Behandlung.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Neu: 2. Jaktus.
Konstantinopel. 3. Wanderungen am Gardasee.

Schiller-Theater O. Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Es lebe das Leben.
Drama in 5 Akten von O. Sudermann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

Berliner Theater.
8 Uhr:
Bummelstudenten.

Theater in der Königgrätzer Straße
Anfang 8 Uhr.
Hundstage.

Königstadt-Kasino.
Dolmarstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Erstklass. Spezialitäten
Anf. wochentl. 8, Sonntag 6 1/2 Uhr.
25 Sonntag, d. 8. Oktober ca. beginnenden Familien-Nachmittags-Vorstellungen um 4 Uhr zu ermäßigten Preisen. (Entrée 20 Pf.)

Neues Theater.
Anf. 8 Uhr. Schauspiel Hansi Niese:
Die Näherin.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertroum.

Belle-Alliance-Theater.
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Robitäl: Der Sittenapostel.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Nader.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 10. Okt., abends 8 Uhr:
Moral.

Mittwoch nachm. 3 1/2 Uhr (zum Einheitspreis von 50 Pf.):
Kabale und Liebe.
Abends 8 Uhr: Moral.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akten v. Rêroul u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volker-Baerfeld.
Wochen- und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Zuifin-Theater.
Dienstag und folgende Tage:
Die Macht der Liebe.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Peitsche.
Mittwoch:
Das Räthchen von Heilbrunn.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von G. Dollander.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Kausen gestaltet.

Apollon Theater
Ab 8 Uhr:
10 sensationelle Novitäten.
- Experimental-Psychologie
Leo Erichsen.
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.
New Yorker Barleeste Gesellschaft n/w.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Kobi Krach.
Bunter Tell.
Nr. 14.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

PASSAGE :: :: ANOPTIKUM
Die wilden Lebend!
Heul-Derwische
aus Ceylon
mit ihren fantasch. Produktionen. **Merino**, der lebende Amboß. **AGA**, die schwelbende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entrée.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
die japan. Mimodramatikerin mit ihrer Truppe i. ihr. Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
15 eingeb. Springer u. Agadir.
Georg Kaiser in ihren **Putzi Cassani** Parodien und das **gr. Oktober-Prgr.**
14 Spezialitäten.

Doncks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Don Cesar
od.: König und Straußenfängerin.
Schauspiel mit Gel. in 5 Akten von B. Friedrich.
Don Cesar: Dr. Rob. Dill.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorverf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Union-Theater
Direktion: Willi Cremer.
Täglich die glänzende Revue
Täglich d. prächt. Neuheiten
Alexanderplatz
Unter den Linden
Wedding
Moritzplatz
Hasenheide
Voranzeige:
Der schwarze Traum
Näheres morgen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr: **Geheimnisse der belebten Natur.**
Hörsaal 8 Uhr, Dr. Berndt: **Der Ursprung des Lebens.**

CLOU BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppel-Konzert.
Musik d. K. Franz-Garde-Rgt. **Becker.** Oberm.
Musik d. Garde-Fuß-Art-Regis. **Jolly.** Oberm.
Anfang 8 Uhr.

Ausstellung Nordland
Kurfürstendamm 151
nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg.
Geöffnet ab 10 Uhr vorm.
125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Renntierherde, Polarbären.
Eintritt für Ausstellungsh. 50 Pf.
Vorführungen:
Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
Sonntags 12, 3, 4 1/2, 6, 7, 9 Uhr.
Hauptvorführung abends 8 Uhr.
Eintrittspreis 30 Pf.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Sonntag, den 15. Oktob., nicht 4 Uhr nachm., sondern **abends 8 Uhr,**
im Blüthner-Saal, Lühowstr. 76:
1. Konzert zur Feier des 100. Geburtstages Franz Liszts
unter Mitwirkung von Frä. Maria Gheblad (Sop. Solocoloradängerin), Herrn Emanuel Reichler (Viol. d. K. Hofopertheater), Herrn Egon Petri (Klavier), Frau Margarete Gille (Sop.), Frau Walter Fischer (Orgel).
Billetts a 50 Pf. sind zu haben bei Henschel, Engelstr. 15, Gottfried Schulz, Admiralstr. 40, Frau Klotzsch, Richtigstr. 1, Frau Jordan, Lübecker Straße 43, Frau Kullicke, Brinzenstr. 102, Frau Köhler, Schreinerstr. 58, Frau Panzeram, Pappelallee 76, Frau Guhn, Bornborser Str. 38, Frau Öring, Steinmühlstr. 23, Frau Hannemann, Rixdorf, Fontanestr. 25, Frau Jacoby, Bismarckstr. 10, Frau Pohl, Kottbuser Str. 27; falls nicht ausverkauft an der Kasse.
85/16

Montag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, in Rekers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97: Vortrag: Ernährung. Einkommen und Besteuerung. Referent: **Emanuel Wurm.**
Der Vorstand.

SPORTPALAST
Potsdamer Str. 72
Abendlich: **Hurra! Parade!** Gr. militärische Revue in 6 Bildern. **Sport-Attraktionen** I. Ranges. Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnelllauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw. **Zirka 200 Mitwirkende.**
2 Musik-Kapellen. - Feceabatte Beleuchtung.
Grösster Eispalast der Welt!

CLOU BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppel-Konzert.
Musik d. K. Franz-Garde-Rgt. **Becker.** Oberm.
Musik d. Garde-Fuß-Art-Regis. **Jolly.** Oberm.
Anfang 8 Uhr.

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorverf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Union-Theater
Direktion: Willi Cremer.
Täglich die glänzende Revue
Täglich d. prächt. Neuheiten
Alexanderplatz
Unter den Linden
Wedding
Moritzplatz
Hasenheide
Voranzeige:
Der schwarze Traum
Näheres morgen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr: **Geheimnisse der belebten Natur.**
Hörsaal 8 Uhr, Dr. Berndt: **Der Ursprung des Lebens.**

Neue Welt
Hasenheide 100/14 Hasenheide 100/16
Mittwoch, 11. Oktober,
abends 9 Uhr:
Polnische Wirtschaft.
Preis der Platte: Vorverkauf:
Entrée 50 Pf., Ballon 75 Pf.,
2. Parterre 1 Pf., 1. Parterre 1,25 Pf.,
Korperkassstellen: Neue Welt;
K. Böhm, Rixdorf, Bergstr. 136;
Körner u. Ueberl., Hermannplatz 1;
Otto Schönte, Rixdorfstr. 115.

Zirkus A. Schumann.

Heute abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Frä. Dora Schumann, Freiheitsdresuren. Holler Bros., Kunst- radfahrer. 4 flying boys, Trapez- u. Spring-Akt. - Außerdem die übr. Spezialitäten. - 9 1/2 Uhr: die mit so großem Beifall aufgenommene Feerie:
1000 Jahre
auf dem
Meeresgrunde
in 5 Bildern nach Motiven aus 1001 Nacht.



Ausstellung Nordland
Kurfürstendamm 151
nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg.
Geöffnet ab 10 Uhr vorm.
125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Renntierherde, Polarbären.
Eintritt für Ausstellungsh. 50 Pf.
Vorführungen:
Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
Sonntags 12, 3, 4 1/2, 6, 7, 9 Uhr.
Hauptvorführung abends 8 Uhr.
Eintrittspreis 30 Pf.

Neue Welt
Hasenheide 100/14 Hasenheide 100/16
Mittwoch, 11. Oktober,
abends 9 Uhr:
Polnische Wirtschaft.
Preis der Platte: Vorverkauf:
Entrée 50 Pf., Ballon 75 Pf.,
2. Parterre 1 Pf., 1. Parterre 1,25 Pf.,
Korperkassstellen: Neue Welt;
K. Böhm, Rixdorf, Bergstr. 136;
Körner u. Ueberl., Hermannplatz 1;
Otto Schönte, Rixdorfstr. 115.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 15./10.: **Raffes**, Detektiv- komödie in 4 Akten von U. Sauter.
Montag, 16./10.: **Fra Diavolo**, Laubertische in 3 Akten nach der gleichnamigen Oper von Huber.

Boigt-Theater.
Heute: Schauspiel im Wobditer Winter-Garten, früher
Artushof; Pechberger Str. 29.
Die Kameliendame.
Dram. Gemälde von A. Dumas, Sohn.
Kaffeeöffnung 7, Anf. 8 1/2 Uhr.

Zirkus Busch
Heute abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
Die größte und neueste Attraktion aus C. Hagenbecks berühmtem Tierpark Stellingen:
die beiden Menschen-Affen „Max und Moritz“.
Nur kurzes Gastspiel.
Herr Burkhardt-Fottit, Schallr.
4 origin. Perez 4.
Der Aeroplan im Zirkus! Zum 1. Male auf dem Kontinent. - **Viola und Bra!** - Herr Ernst Schumann, Neudress. - Gehr. Mariani's Schwwestern Diamonoid. **Ein Jagdfecht am Hofe Ludwigs XIV.**
Vorher das gr. Gala-Programm.

Casino-Theater

Kottbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr
Abendlich der neue
Berliner Vossen-Schlager
Der selige Holschinsky.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Papa Nitsch.

Castans Panoptikum.
Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
u. a.:
Das unkom. Zwerginnen-Duett.
Entrée 50 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Seeger
Moyssal, Britten, Seidel,
Horst, Schröder, Schubert
Grünig A. u. R. S. Stadler.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstrasse
Fis-Arena.
für Schlittschuhläufer u. Zuschauer täglich uninterbrochen ab 10 Uhr vorm. geöffnet. Unterricht im Schlittschuhlaufen.
Mittags von 12-2 Uhr.
Korso bei Musik.
Nachmittags:
Militär-Konzert
und
Produktionen v. Sololäufers.
Abends zum 203. Male:
Das grandiose Eisballlet
Montreal.
Die kleine Charlotte
mit ihrer Novität
Der Lichtertanz
und die übr. erstklass. Kunstlaufproduktionen.
Restaurant I. Ranges.
Bis 6 Uhr u. nach 10 1/2 Uhr
halbe Kassapreise.

Union-Theater
Direktion: Willi Cremer.
Täglich die glänzende Revue
Täglich d. prächt. Neuheiten
Alexanderplatz
Unter den Linden
Wedding
Moritzplatz
Hasenheide
Voranzeige:
Der schwarze Traum
Näheres morgen.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 15./10.: **Raffes**, Detektiv- komödie in 4 Akten von U. Sauter.
Montag, 16./10.: **Fra Diavolo**, Laubertische in 3 Akten nach der gleichnamigen Oper von Huber.

Boigt-Theater.
Heute: Schauspiel im Wobditer Winter-Garten, früher
Artushof; Pechberger Str. 29.
Die Kameliendame.
Dram. Gemälde von A. Dumas, Sohn.
Kaffeeöffnung 7, Anf. 8 1/2 Uhr.

